Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Nr.6/Jhg.1

Preis 4.- 11. November 1976

Die Völker müssen den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte mit klaren Forderungen entgegentreten!

Die Einbeziehung Österreichs in den NATO-Kriegsplan

"Wir müssen uns darauf einstellen, daß im Falle eines Krieges Kräfte des Warschauer Paktes auch über Österreich vorstoßend in Süddeutschland eindringen", führte der NATO-General Schnell in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 22. Oktober dieses Jahres aus.

Das hat den Bundeskanzler Kreisky gereizt. So eine Situation sei zwar vorstellbar, aber normalerweise nennt man bei solchen Überlegungen nicht ein Land beim Namen. Warum wohl? Einerseits, weil solch lautes Denken wie das von Herrn Schnell die offiziellen Phrasen von Sicherheit und Entspannung demoliert. Andererseits, und das ist noch wichtiger, weil der General mehrmals auf die Einbeziehung Österreichs in die NATO anspielt und seinen ganzen Beitrag unter die Devise stellt: Mitteleuropa, das "Tor zum freien Westen, ... muß weit vorwärts verteidigt werden." Das schaut dann so aus:"Unsere Verteidigung beginnt mit der Aufnahme des Kampfes durch die Verzögerungskräfte. Es schließt sich an der Kampf um die Verteidigungsräume sowie der Einsatz der Reserven. Es käme dann zum Hauptgefecht, dem Einsatz der Reserven und den Gegenangriffen". Als eine Aufgabe der Luftwaffe bezeichnet er, "den Gegner auf den Anmarschwegen und in Bereitstellungsräumen am ersten Tag wirksam bekämpfen". Also Österreich als Verzögerungsraum, die österreichische Armee als Verzögerungskraft und Reserve für den Gegenangriff und das österreichische Volk als Kanonenfutter der westlichen Imperialisten - die österreichische Monopolbourgeoisie miteingeschlossen - gegen den Vormarsch sozialimperialistischer Truppen im Falle jenes drohenden Krieges, auf den das Ringen der Supermächte zutreibt. Diese Tatsachen treten heute immer klarer hinter dem Gerede vom Schutz der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs hervor. Prompt betonten Kreisky und Armeekommandant Spannocchi auf die Aussagen des NATO-Generals hin, daß sie hierin keine Kritik an den "österreichischen Verteidigungsanstrengungen" erblickten, sondern sich ohnehin auf eine entsprechende Teilnahme am drohenden Krieg eingestellt hätten und dafür laufend Maßnahmen träfen. Staatliche Krisenvorsorge, Wehrgesetznovelle, Abfangjäger-Kauf können tatsächlich nur daraufhin richtig erkannt und bekämpft werden

Welches Interesse hat die österreichische Bourgeoisie an der sogenannten Entspannungspolitik ?

Es gibt heute wohl niemanden, der den Truppenaufmarsch besonders der beiden Supermächte in und um Europa sowie die verstärkten Aufrüstungsmaßnahmen der imperialistischen Länder bis hin zu den wachsenden Atomwaffenarsenalen abstreiten oder als unbe-

Fortsetzung auf Seite 3

Es lebe Genosse Hua Guo-feng, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas!



In großen Demonstrationen begrüßten die Massen ganz Chinas die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas und die Zerschlagung der parteifeindlichen "Viererbande". Im Bild: der Vorsitzende Hua Guo-feng grüßt die an der Festkundgebung am 24.Oktober teilnehmenden Armeeangehörigen und Einwohner Pekings, insgesamt eine Million Menschen.

Aus dem Inhalt

Urteil im IBERIA-Prozeß S.2
Erweiterung der staatlichen Risikohaftung..8
Zweite AKW-Veranstaltung der Regierung in Linz geplatzt..14/15
Spendensammlung ..18/19
Militärbündnisse der Supermächte:NATO und Warschauer Pakt..20
35.Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens.....24

Nach dem 14. November:
Vor neuen Bedingungen im Kampf um die Rechte der Minderheiten
(Siehe Artikel auf Seite 5)

Boykottiert die Minderheitenfeststellung! Macht die Erhebungsblätter ungültig! „Für die Rechte der Minderheiten!"

In der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober, 14 Tage vor der geplanten Minderheitenfeststellung, wurde das Partisanendenkmal auf dem Kömmel in Südkärnten gesprengt. Das und die Ereignisse danach haben noch einmal ein grelles Licht auf die Lage der Slowenen und die Verhältnisse in Kärnten sowie auf die Politik der herrschenden Klasse gegenüber den Minderheiten geworfen.

Die Sprengung ist der letzte Schritt in einer Serie von Aktivitäten und Äußerungen zur Bedrohung und Einschüchterung der Slowenen. Sie reichen von der "warnenden Stimme" Kreiskys bis zu Polizeieinsätzen, Polizeispitzelei, slowenenfeindlichen KHD-(Kärntner Heimatdienst)Aufmärschen und zur Sprengung des Denkmals am Kömmel. Das alles konnte nur auf der Grundlage der Diskriminierung der Slowenen und der chauvinistischen Hetze gegen sie geschehen. Es verfolgt den unmittelbaren Zweck, die Slowenen mit Gewalt dazu zu bringen, sich in einer solchen Atmosphäre bis auf eine kleine Zahl hinunterzählen zu lassen und damit der Regierung und allen Reaktionären ein neues Mittel und ein neues Argument zur weiteren Diskriminierung und Entrechtung der Minderheiten in die Hand zu geben. Die Sprengung des Denkmals auf dem Kömmel ist daher ein weiterer Beweggrund für jeden fortschrittlichen Menschen, am 14. November gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse und

Fortsetzung nächste Seite

Zwei Teilnehmer der Iberia-Demonstration zu je drei Monaten Haft verurteilt!

Wien. Am 4. November 1976 wurden zwei Teilnehmer an der Wiener Demonstration gegen fünf vom Franco-Regime gefällte Todesurteile vom Oktober vorigen Jahres zu je drei Monaten Haft, bedingt auf drei Jahre, verurteilt.

Aufgrund der Widersprüche in der Beweisführung der Anklage mußte die Staatsanwaltschaft den Strafantrag von Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung auf "Vergehen des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und schwere Körperverletzung" umändern, wobei man bei Polizisten auch bei einer "Schwellung am Hinterkopf" von einer schweren Körperverletzung spricht.

Der Richter, OLGR Dr. Schittenhelm, der dafür bekannt sein soll, nicht gerne Freisprüche zu fällen, kam nach "langem Überlegen" zu diesem Urteil, wobei er nicht den Eindruck erwecken wollte, "der Polizei alles und den Angeklagten und deren Zeugen nichts zu glauben".

Tatsächlich hatte der Richter schon vor der Verhandlung sein Urteil bereit. Nach dem Abschluß des Beweisverfahrens, nach den Plädoyers zog er ein bereits getipptes Urteil hervor und verlas es. Als einer der Beschuldigten noch etwas sagen wollte, erklärte der Richter die Verhandlung für geschlossen und drohte diesem, ihn mit Handschellen in den Arrest führen zu lassen. Der Richter hat sich also ohne Zweifel lange überlegt, wie er diesen Prozess schnell ohne größeres Aufsehen hinter sich bringen kann.

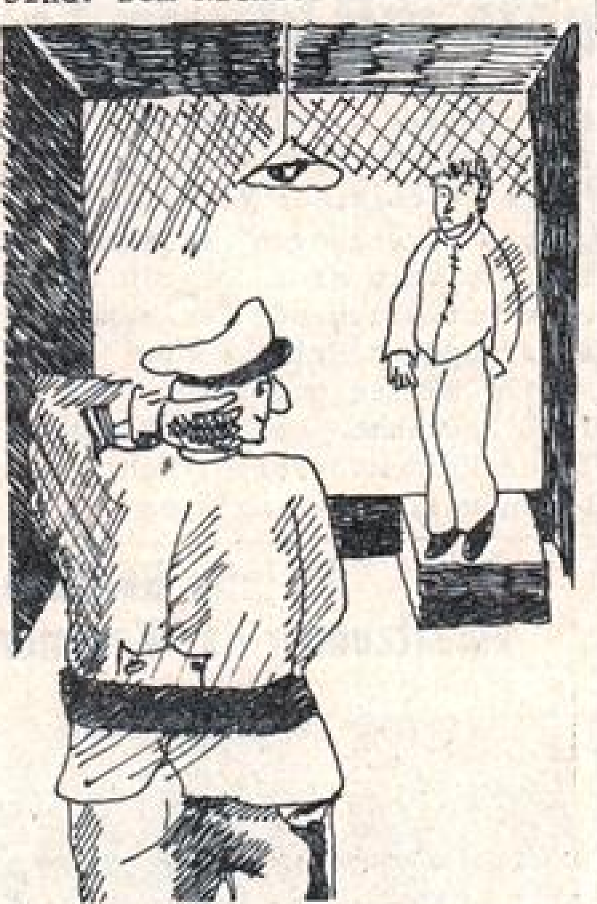
Auch der Staatsanwalt Dr. Oelscher trug alles Mögliche zur "Wahrheitsfindung" bei und kam zur Erkenntnis, daß der Polizei nur zu glauben sei, denn die Polizei hätte keinen Grund, Unschuldige anzuschwärzen.

Nicht zuletzt wurde aber im ORF ein Film gezeigt, der das widerlegt. Darin gab es eine Passage, in der einer der beiden Verurteilten über den Boden gezerrt und getreten wurde und nicht, wie ihm vorgeworfen, die Polizisten niederschlägt. Dieser Film konnte nicht als Beweismittel eingebracht werden, da er "plötzlich" (nach der Begutachtung durch die Staatspolizei) im April 1976 verschwunden ist und für die Verteidigung unauffindbar blieb.

Auch daß die Polizei trotz der besonderen Form der Gegenüberstellung mit den Beschuldigten - die Angeklagten wurden den alleine den Polizisten gegenübergestellt - es nicht fertig brachte, einen der Verurteilten zu erkennen, fand der Staatsanwalt nicht wichtig.

Ein "schwer verletzter" Polizist mußte zweieinhalb Monate in den Krankenstand, weil er, wie er angab, "glaubte" verletzt zu sein (wobei er abwechselnd einen Sprung am Unterschenkelknochen, einen Sprung in der Kniescheibe, eine Verletzung des Oberschenkels, einmal am rechten Bein, einmal am linken Bein, einmal durch einen Wurf, einmal durch einen Schlag erlitt). Das ärztliche Gutachten und das Röntgenbild aber zeigten keinerlei Verletzungen. Diesen Widerspruch fand der Staatsanwalt nur logisch. Es sei im Gegenteil sehr glaubhaft, meinte er, daß sich der Polizist nicht an seine eigene "schwere" Verletzung erinnern könne, daran könne man sehen, daß die Aussage nicht auswendig gelernt sei. Außerdem sei eben der Polizist "ein nicht wortgewandter Mann. Man müsse si h überhaupt fragen, ob es Aufgabe eines Polizisten sei, sprachgewandt zu sein?" Widersprüchliche Aussagen, falsche Aussagen - von einem "nicht wortgewandten Mann" kann man nicht verlangen, daß er es anders macht.

Die Darstellung der Zeugen der Verteidigung fand der Herr Staatsanwalt unglaubwürdig. Warum? Weil sie unglaubwürdig sind! Dem Richter waren diese Reden Beweis genug, daß man der Polizei glauben müsse.



Identifikation: Erkennen sie den Täter? Aber natürlich - Irrt um ausgeschlossen!

Warum der Herr Staatsanwalt für die Verurteilung war, sagte er so: Er sei zwar für die Demonstration gegen die fünf Todesurteile in Spanien, aber er sei in Wirklichkeit dagegen, weil die Demonstranten "einseitig" seien. "Dieselben Leute, die gegen die Todesurteile in Spanien demonstrierten, demonstrieren nicht gegen die tausenden Todesurteile in kommunistischen Staaten". Deshalb, und weil sich die Iberia-Demonstration gegen Sachen richtete (Zerstörung des Lokals der staatlichen spanischen Fluggesellschaft), müsse er die Demonstration verurteilen und hier die Demonstranten. Deshalb muß, so meinten der Herr Richter und der Staatsanwalt wahrscheinlich, auch wenn die Beweislage dagegen spricht, eine Verurteilung ausgesprochen werden.

Beide Angeklagten legten gegen das Urteil Berufung ein.

Wir fordern die Aufhebung dieser Urteile.

Spendet für den Rechtshilfefonds: PSK 6.304 171

E.V./Ortsgruppe Wien

Boykottiert die Minderheitenfeststel Macht die Erhebungsblätter ungül „Für die Rechte der Minderheiten

Fortsetzung von Seite 1

für die Rechte der Minderheiten einzutreten.

Ein noch stärkerer Beweggrund dafür sind die Reaktionen der bürgerlichen Politiker und aller anderen Reaktionäre auf die Sprengung. Der Kärntner Landeshauptmann Wagner (SPÖ) meinte, "er wolle in Zukunft auf die Errichtung weiterer Denkmäler für den Widerstandskampf verzichten". Den Sinn dieser Worte sieht man in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit, wenn man sich daran erinnert, daß derselbe Wagner vor kurzem sozusagen den "Ehrenschutz" bei der Aufstellung eines Denkmals für den Reaktionär, Slowenenfresser und Nazi Steinacher hatte. Sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um sich an der Hetze gegen die Slowenen und an der chauvinistischen Verhetzung des Volkes zu beteiligen, und zugleich von "Verständigung", "friedlichem Zusammenleben" der Volksgruppen und "Bewältigung der Vergangenheit" reden; für die "Versöhnung" der Volksgruppen sein, aber auf Grundlage der Diskriminierung, Dezimierung und schließlichen Vernichtung der slowenischen Volksgruppe sein - das ist die doppelzüngige Politik der Kreisky, Wagner und wie sie auch heißen mögen.

Die bürgerlichen Politiker und alle Reaktionäre haben sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um die Slowenen selbst der Sprengung zu verdächtigen und sie so als Unruhestifter und Terroristen hinzustellen. Und der "Verdacht", daß die Täter aus Jugoslawien gekommen wären, mußte für die Hetze gegen Jugoslawien herhalten.

Dieser Politik muß am 14. November eine Absage erteilt werden, denn an all dem kann das Volk kein Interesse haben. Das Volk hat kein Interesse an der Diskriminierung der Minderheiten. Es hat vielmehr alles Interesse an ihrer Gleichberechtigung. Das Volk hat kein Interesse daran, sich durch Chauvinismus verhetzen, sich spalten und sich auf den bürgerlichen Staat einschwören zu lassen. Es hat vielmehr alles Interesse daran, sich den Blick dafür freizumachen, wer seine wirklichen Gegner sind, die herrschende Klasse und der bürgerliche Staat, die es gegen die Slowenen und Jugoslawien aufhetzen wollen. Das Volk hat kein Interesse daran, Spielball der herrschenden Klasse zu sein. Es hat alles Interesse daran, seinen Gegnern einig und geschlossen entgegenzutreten. Es hat alles Interesse daran, mit der Gleichberechtigung der Minderheiten zugleich bessere Bedingungen zu erkämpfen, um den Klassenkampf, den Kampf der Arbeiter und der kleinen Bauern und der anderen Werktätigen, der Volksmassen aller Volksgruppen, fortzuführen mit dem Ziel des Sturzes des kapitalistischen Systems, des Aufbaus des Sozialismus, der Befreiung der Menschen von Ausbeutung und Unterdrükkung.

Die Slowenen werden sich am 14. November nicht zählen ...en und damit die Pläne der Regierung durchkreuzen. Aber auch jeder andere fortschrittliche Mensch muß am 14. November seinen Beitrag zum Kampf gegen die Minderheitenpolitik der herrschenden

Fortsetzung von Seite 1

Die Völker müssen den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte mit klaren Forderungen entgegen treten!

denklich hinstellen würde. Zu offenkundig sind die Tatsachen.

Was es aber dennoch gibt ist der krampfhafte Versuch, diese Lage mit Entspannung zu umschreiben und betrügerische Konferenzen wie in Helsinki 1975 als dem Frieden dienlich auszugeben. Im Rahmen der laufenden 31. UNO-Vollversammlung sagte der neue Außenminister Pahr wieder ganz auf der Linie früherer Erklärungen, daß sich die österreichische Regierung "entschieden für eine Fortführung der Entspannungspolitik in Europa und in der Welt einsetze" (lt. Wiener Zeitung, 13.10.76).

Ebendas ist ja auch andauernd von den beiden Supermächten zu hören, die maßgeblich den ganzen Rauchvorhang von Entspannung aufziehen und auch anderen Ländern insbesondere in Europa diesen Kurs notfalls diktieren, um dahinter ihr Rüsten für den Krieg zu verschleiern.

Gleichzeitig erblickt die herrschende Klasse in Österreich durch eine Teilnahme an den Entspannungsrummel für den Gang ihrer Geschäfte - etwa mit dem Nahen Osten - gegenwärtig viele Vorteile. Gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus betreibt die österreichische Regierung eine recht ausgeprägte Beschwichtigungspolitik und versucht der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk vorzumachen, daß dadurch ein angebliches 'Gleichgewicht der Kräfte' zwischen den Supermächten und ihren Verbündeten herbeigeführt bzw. stabilisiert werden könne. Betrieben wird diese Politik vor dem Hintergrund der vor allem wirtschaftlichen, aber auch massiven politischen und militärischen Abhängigkeit Österreichs vom US- und BRD-Imperialismus. Wie es darum steht, kann man schon daran erkennen, wenn sich der Bundeskanzler höchstpersönlich um die Ankurbelung des schleppenden Verkaufs von Amerika-Sternen bemüht, wie jüngst geschehen. Das sogenannte Klima der Entspannung, in dem die österreichische Bourgeoisie Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus betreibt, erleichtert es ihr zugleich, im Rahmen der Neutralität ihren eigenen imperialistischen Interessen nachzugehen und ihr Gewicht unter den übrigen westlichen Imperialisten zu erhöhen. Diesen Bestrebungen entspringt wohl auch der von Kreisky nach den US-Präsidentschaftswahlen schon mindestens zum drittenmal gemachte Vorschlag nach Einberufung einer Konferenz der NATO einschließlich der westeuropäischen Nicht-NATO-Mitgliedsstaaten. Damit sollen zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen werden. Einerseits die erhoffte Überwindung gewisser Schwierigkeiten beim Versuch, den Völkern Europas Entspannungspolitik und Abrüstungsgerede als etwas Nützliches und Glaubwürdiges auf die Nase zu binden und damit nicht zuletzt dem Expansionismus der neuen russischen Zaren weiter Vorschub zu leisten. Andererseits hieße eine solche Konferenz vor der Fortsetzung der Europäischen Unsicherheitskonferenz in Belgrad 1977 nichts anderes als ein offensichtlicheres Hervortreten der Blockbildung der westlichen Imperialisten über den offiziellen NATO-Rahmen hinaus.

In der Hauptsache setzt die österreichische Monopolbourgeoisie auf eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in Europa in der Verfolgung ihrer Interessen bei der Ausplünderung fremder Völker und der Unterdrückung und Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse. Das hat der Bundeskanzler erst kürzlich auf einer Klubtagung der SP-Abgeordneten und -Bundesräte dermaßen ausgeführt, daß er eine "aktive Neutralitätspolitik nur im Klima der Entspannung für möglich"halte (nach; Neue Kronen-Zeitung, 17.10.76)

Das ist auch tatsächlich zu ersehen aus dem Versuch einiger neutraler Staaten Westeuropas, etwa bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen gewissen Informations- und Teilnahmsrechte zu erhalten, womit sie allerdings rasch abblitzten, weil es den Großmächten nicht in den Kram paßte.

In der Regierungserklärung vom November letzten Jahres ist davon die Rede, "daß ein Versagen der Entspannungspolitik katastrophale Folgen für die Menschheit mit sich bringen müßte" (S. 36). Gebrandmarkt wird also, wer den Entspannungsbetrug anprangert und verurteilt, und nicht die Machenschaften der beiden größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter, der USA und der Sowjetunion, die immer bedrohlicher und unabhängig vom Willen der Menschen auf einen neuen Weltkrieg zutreiben. Dieser ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik der Imperialisten und der Rivalität der Supermächte um die Weltherrschaft mit anderen, militärischen Mitteln.

Wirklich katastrophal enden werden hingegen die Reaktionäre und Imperialisten, die über solche Tatsachen hinwegtäuschen, um die Völker ihrer eigenen Unterdrückerherrschaft und dem Diktat der Großmächte zu unterwerfen und unvorbereitet in einen neuen imperialistischen Krieg zu stoßen. Aber je enger die österreichische Monopolbourgeoisie ihre heutige Existenz mit dem Entspannungsbetrug verknüpft, desto mehr Ansatzpunkte ergeben sich für die österreichische Arbeiterklasse, um den revolutionären Kampf zum Sturz der Kapitalistenklasse und Zerschlagung ihres Staates voranzubringen. Je eher und entschiedener die Arbeiterklasse auch im Kampf gegen den drohenden Krieg die Führung der Volksmassen übernimmt, desto besser wird auch jener aufkommenden Spielart imperialistischer Politik entgegengetreten werden können, die bei Anerkennung der Tatsache der wachsenden Kriegsgefahr und der Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus offen massive Kriegsvorbereitungen - natürlich auch unter dem Tarnschild der Landesverteidigung - propagiert. Die weiters die wachsende Desillusionierung der Massen über die 'Entspannung' in ein reaktionäres Fahrwasser lenken will um zugleich die geringste Regung der Arbeiterklasse und des Volkes in selbständigen Kämpfen, um den revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse in Österreich mit offener Gewalt, unter Verweis auf die Bedrohung von außen niederzumachen. In dieser Richtung hat sich der steirische Landeshauptmann Niederl (ÖVP) bei einer Truppenparade am Nationalfeiertag in Graz geäußert:

Die Vorbereitung auf den Krieg heiße Pflichterfüllung in Betrieb und Büro, in Stadt und Land, in Zivil und im Soldatenrock. "Und wer da zündelt und brandelt und die innere Stabilität stören will oder unsere Verteidigungsbereitschaft herabmindern will durch Aufhetzen von Zivilisten oder gar von Soldaten, ist auszuforschen und bedingungslos zu bekämpfen!"

Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus, Beschwichtigung gegenüber dem Sozialimperialismus

Vielfältig ist das internationale politische und diplomatische Engagement der österreichischen Regierung.

Für so eine Farce und so einen Betrug wie die seit 3 Jahren völlig ergebnislose Truppenabbaukonferenz wird Wien als Verhandlungsort angeboten und ein großer Aufwand betrieben.

Im Rahmen der UNO werden unter Aufbietung beträchtlicher personeller und finanzieller Mittel österreichische Truppenkontingente etwa in den Nahen Osten entsandt, was geradewegs den Bestrebungen der Supermächte zur Durchsetzung ihrer Interessen in diesem Gebiet gelegen kommt.

An der europäischen Unsicherheitskonferenz von Helsinki hat Österreich sehr aktiv mitgearbeitet und im Namen des westlichen Lagers Resolutionen und Kompromißvorschläge vorgelegt. Im Gegensatz dazu war das sozialistische Albanien das einzige Land Europas, das an dieser Konferenz der Friedensheuchelei nicht teilgenommen hat

Fortsetzung auf Seite 4

lung!
tig!
!"

Klasse und für die Rechte der Minderheiten leisten. Der KB Österreichs ruft die klassenbewußten Arbeiter und alle demokratisch gesinnten Menschen auf, bei der Sprachenzählung die Erhebungsblätter mit der Aufschrift "Für die Rechte der Minderheiten!" ungültig zu machen. Je größer am 14. November die Zahl der Menschen, die in dieser oder in einer anderen Form ihrer Ablehnung der Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse und ihrer Bereitschaft, den Kampf um die Rechte der Minderheiten fortzusetzen, einen aktiven Ausdruck verleiht, desto schwerer wird die Niederlage der Reaktion ausfallen und desto bessere und ermutigendere Ausgangsbedingungen werden wir uns schaffen für die Weiterführung des Kampfes.

7.11.1976
Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs

Fortsetzung von Seite 3

und dagegen konsequent aufgetreten ist.

Zu dem von der Sowjetunion in der UNO beantragten Tagesordnungspunkt für ein Abkommen über Nichtanwendung von Gewalt erwiderte der österreichische Botschafter, "daß das Prinzip des Verzichts auf Gewalt nur dann glaubwürdig sei, wenn es von konkreten Abrüstungsmaßnahmen flankiert wird, die das Gleichgewicht der Macht berücksichtigen" (Presse, 29. 10.76). Bemerkenswert ist, daß zugleich der von sowjetischer Seite aufgebrachte Vorschlag einer Weltabrüstungskonferenz in Form einer UNO-Sondertagung von der österreichischen Regierung unterstützt wird.

Die Forderung nach einer Weltsicherheitskonferenz: Reine Augenauswischerei

Zur Frage einer Weltabrüstungskonferenz hielt der chinesische Außenminister bereits im Vorjahr unmißverständlich fest, was prinzipiell auch als Standpunkt der österreichischen Kommunisten dazu gilt und speziell der Stellung der österreichischen Regierung entgegenzuhalten ist: "Chinas Standpunkt in der Abrüstungsfrage ist allen bekannt. Wir sind für Abrüstung. Aber es muß eine echte Abrüstung sein und darf keinesfalls eine Scheinabrüstung sein. Wir sind gegen die Scheinabrüstung und noch mehr gegen den Versuch der Sowjetunion, hinter dem Deckmantel einer Abrüstungskonferenz, gleich welcher Form, abzuhalten, kann nur ein Trugbild des Friedens schaffen, die Völker der Welt hinters Licht führen und einschläfern und den zahlreichen mittelgroßen und kleinen Ländern Hände und Füße binden. Dagegen sind wir entschieden. Bezüglich der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz hält China an seinem schon vor langem dargelegten Standpunkt fest: Für diese Konferenz müssen ein klares Ziel und die notwendigen Voraussetzungen gegeben sein. Das klare Ziel ist das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung von Kernwaffen und keinesfalls die sogenannte Beschränkung der strategischen Waffen. Die notwendigen Voraussetzungen sind: Alle Nuklearmächte, vor allem die beiden Nuklear-Supermächte, die Sowjetunion und die USA, müssen zuerst die eindeutige Verpflichtung übernehmen, daß sie zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anwenden, dies besonders den nichtnuklearen Ländern und den kernwaffenfreien Zonen gegenüber, und daß sie alle ihre Streitkräfte, die Raketen- und Kernwaffentruppen miteinbegriffen, vom Ausland zurückziehen und alle ihre auf Territorien anderer Länder errichteten Militärbasen einschließlich der Kernwaffenbasen, abbauen müssen. Heute weigern sich die Supermächte selbst die minimalste Verpflichtung - die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen die nichtnuklearen Ländern - einzugehen, wie kann man da sagen, daß die Voraussetzungen für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz schon gegeben wären?"

Der Kampf um den Frieden ist nur gegen die Imperialisten, insbesondere gegen die beiden Supermächte und auf Grundlage klarer und konsequenter Forderungen möglich

Je mehr Sturmwolken über Europa heraufziehen, je deutlicher die Kriegsvorbereitungen auf beiden Seiten werden, desto lebhafter tritt unter den Völkern Europas, die in diesem Jahrhundert schon zwei Weltkriege erlebten, der Wunsch nach Frieden hervor. Dem tragen die Imperialisten heute Rechnung, indem sie immer häufiger Konferenzen und Tagungen abhalten, die Abrüstung und Entspannung vorgaukeln sollen. Ebenso versuchen die Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, die Reformisten und Revisionisten, den Wunsch der Volksmassen nach Frieden aufzufangen, in die Irre zu führen und gegenüber den tatsächlichen Bestrebungen der Supermächte sowie gegenüber der Politik der einheimischen Ausbeuterklasse unwirksam zu machen.

So ein irreführender Vorschlag ist der "Appell österreichischer Persönlichkeiten", der im Septemb er unter der Devise "Das Wettrüsten beenden" ausgegeben wurde und für den speziell im Hinblick auf die UNO-Vollversammlung geworben wurde.

Im einzelnen wird neben einer in der heutigen Situation nur betrügerischen Weltabrüstungskonferenz gefordert:

"Stopp der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen;
Abbau der Kernwaffenpotentiale und Verbot der Kernwaffen;
Reduzierung der Rüstungsausgaben und Verwendung der freiwerdenden Mittel für friedliche Zwecke;
Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa, die möglichst viele Länder und Waffenarten betrifft, um so einen konstruktiven Beitrag zur militärischen Entspannung in diesem Bereich des einander Gegenüberstehens der beiden Militärblöcke zu leisten".

Zweierlei sticht ins Auge: Erstens keine klaren Forderungen nach Vernichtung aller Kernwaffen, was aber eine absolut notwendige Forderung in diesem Zusammenhang ist, um wirksame Schritte gegen die atomare Bewaffnung gerade der imperialistischen Großmächte zu erkämpfen.

Zweitens die unterschiedslose Einstufung der verschiedenen Länder hinsichtlich Rüstungs- und Truppenabbau, wo doch für jedermann offensichtlich ist, daß gerade die Supermächte federführend im Wettrüsten sind und auch bei weitem die meisten Truppen außerhalb ihrer Grenzen und speziell in und um Europa stationiert haben. Dagegen nur eine Redizierung nicht aber vollständigen Abzug aller im Ausland stationierten Truppen, insbesondere Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder zu fordern, läßt natürlich jedem imperialistischen Schacher und Betrugsmanöver Tür und Tor offen, wie wir es im Verlauf der Wiener Truppenabbauverhandlungen lange genug erleben.

Notwendig ist es, die Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere jene der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder zu fordern.

Notwendig ist es, den Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer zu fordern sowie das Verbot der Durchführung von Militärmanövern der beiden Supermächte in der Nähe der Grenzen zu europäischen Ländern.

Wieviel die Initiative "Das Wettrüsten beenden" - die vom UNO-Generalsekretär Waldheim extra gelobt wurde wirklich vorhat, kann man auch daran ermessen, daß die Forderung nach Auflösung der imperialistischen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt überhaupt nicht aufscheint.

Objektiv arbeitet die genannte Abrüstungsinitiative der österreichischen Regierung, in erster Linie aber den beiden Supermächten und besonders dem sowjetischen Sozialimperialismus in die Hände.

Zweifellos wird sich die Mehrheit der bisher etwa 2.000 Unterzeichner darüber nicht im klaren sein und früher oder später für den richtigen Standpunkt gewonnen werden können.

Die Schädlichkeit solcher 'Abrüstungsinitiativen' wird nur dann in breitem Rahmen aufgedeckt und wirkungslos gemacht werden können, wenn die Kommunisten alle friedliebenden Kräfte des österreichischen Volkes in einer Friedensbewegung auf klarer und konsequenter Grundlage - wie sie in den wichtigsten Punkten in diesem Artikel entwickelt ist - zusammenzufassen verstehen. Eine solche Bewegung wird den historischen Kampf der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung nicht ersetzen, sondern im Gegenteil erleichtern und beschleunigen.

J.R.

Nach dem 14. November:

Vor neuen Bedingungen im Kampf um die Rechte der Minderheiten

Am 14. November wird die Regierung wahrscheinlich mit der Tatsache konfrontiert werden, daß die von ihr geplante Minderheitenfeststellung gescheitert ist. Die bei der Sprachenzählung ermittelte "Anzahl" der Minderheitenangehörigen wird in offenkundigem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen, sodaß sich die Regierung bei ihren weiteren Plänen nicht auf dieses "Volkszählungsergebnis" stützen kann.

Mit Blickrichtung auf eine reaktionäre "Lösung" der Minderheitenfrage wurden bei der Minderheitenfeststellung zwei Ziele verfolgt. Erstens sollte die chauvinistische Hetze gegen die Slowenen angeheizt und das Volk verhetzt und gespalten werden. Diese Hetze hat nur zum Teil verfangen, während sich andererseits die demokratische Bewegung für die Rechte der Minderheiten verbreitert hat, zweitens sollte als Ergebnis eine gewisse "Zahl" von Slowenen wie auch Kroaten und Ungarn herauskommen, gering genug, um der Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln möglichst aus dem Weg zu gehen, gering genug auch, um die angebliche Kleinheit der Minderheiten als Druckmittel und zu weiterer Hetzpropaganda gegen ihre "Anmaßungen" verwenden zu können, aber doch groß genug, um sie als ernstzunehmendes Ergebnis verkaufen und sich bei der Realisierung des Volksgruppengesetzes auf sie stützen zu können. Das zu erwartende Ergebnis der Minderheitenfeststellung wird bei einem Erfolg des Boykotts seitens der Minderheiten keine solche Zahl sein.

Trotzdem wird die Regierung - und das ist vom Ergebnis des 14. November ganz unabhängig - ihre reaktionären Pläne weiterverfolgen. Diese bestehen darin, als nächsten Schlag gegen die Minderheiten das vor dem Sommer beschlossene Volksgruppengesetz zu verwirklichen. Dieses Gesetz ist ein reaktionäres Gesetz, weil es die Entrechtung der Minderheiten zum Teil gesetzlich festschreibt, zum Teil noch verstärkt, damit ein Mittel zur Aufrechterhaltung und Verschärfung ihrer Diskriminierung ist und zugleich ein Versuch, sie vollständig der bürokratischen Bevormundung durch den bürgerlichen Staat zu unterwerfen. Um das Volksgruppengesetz zu realisieren, wird sich die Regierung - wenn sie sich nicht auf die Ergebnisse der Minderheitenfeststellung stützen kann - auf etwas anderes stützen, vermutlich auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1971. Auf irgendwelche Zahlen muß sie sich dabei auf jeden Fall stützen und es sollen möglichst solche sein, die ihrer Vorgangsweise einen Schein von Legitimität und Gerechtigkeit verleihen. Ausserdem wird die Regierung - um das Volksgruppengesetz durchzudrücken - nach dem 14. November die chauvinistische Hetze fortsetzen. Sie wird den Minderheiten "Verhandlungen" anbieten, aber nur über das Wie der Verwirklichung des Volksgruppengesetzes, über das Wie ihrer Entrechtung verhandeln wollen. Die zu Recht ablehnende Haltung der Slowenen gegenüber solchen Verhandlungen wird sie als Ansatzpunkt ihrer Hetze benutzen.

Unter diesen Umständen wird es die Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen, besonders derer, die in der Minderheitenfrage bereits in der Vergangenheit aktiv waren, sein, der bürgerlichen Hetze entgegenzutreten, die wirkliche Lage der Minderheiten sowie die Berechtigung und Notwendigkeit ihres Kampfes zu zeigen und die Ziele dieses Kampfes, die demokratischen Rechte der Minderheiten, wie der KB Österreichs sie in seinem Programm in konsequenter Form festgelegt hat, zu propagieren. Es geht dabei darum, sich auf einen langen und komplizierten Kampf bis zur Durchsetzung dieser Rechte einzustellen.

Zweitens wird es darum gehen, alles zu tun, um die Realisierung des Volksgruppengesetzes zu verhindern bzw. dieses Gesetz und die Novelle zum Volkszählungsgesetz zu Fall zu bringen. Dazu gehört auch, gegen die Beschlußfassung der für die Realisierung des Volksgruppengesetzes notwendigen Regierungsverordnungen aufzutreten. Die beiden Gesetze sind beträchtliche Hindernisse für den Kampf um die Gleichberechtigung der Minderheiten. Deshalb müssen sie im Zug dieses Kampfes aus dem Weg geräumt werden.

Die Chancen für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der Bewegung für die Rechte der Minderheiten sind gegeben. Die Bewegung hat sich bis zuletzt weiter verbreitert. Nach Klagenfurt, Salzburg, Wien und Graz wurde nunmehr auch in Linz ein Komitee gegründet. Trotzdem ist die Bewegung nach wie vor schwach. Es fehlt an Kraft und Festigkeit. Es ist bisher noch nicht ausreichend gelungen, die KPÖ-Revisionisten und andere Schädlinge zu isolieren und ihren Einfluß zurückzudrängen, obwohl ihre Tätigkeit zur Verwirrung und Ablenkung, Spaltung und Zersetzung, Sabotage und Liquidation der Bewegung im Lauf der Zeit immer ärgere Formen angenommen hat. Eine Zahl von 1.300 Teilnehmern an der Demonstration in Wien war unter diesen Umständen ein Erfolg. Der Einfluß dieser Kräfte schwächt die Bewegung und bringt für die Zeit nach dem 14. November Gefahr der Versumpfung von Teilen der Bewegung mit sich, weil er sie orientierungs- und perspektivlos macht. Umso wichtiger wird die konsequente Fortsetzung des Kampfes für die Rechte der Minderheiten, eine vorwärtsgerichtete Haltung, und die Erhöhung der politischen und ideologischen Klarheit in der Bewegung sein. Umso wichtiger wird die Fortsetzung der Unterstützung und Stärkung der Slowenenorganisationen sein. Das alles ist nur im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus zu erreichen.

7.11. 1976 W.L.

Broschüre: Für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich !

Aus dem Inhalt:

- *--Die Minderheiten in Österreich*
- *--Die Diskriminierung der Kärntner Slowenen*
- *--Wer sind die "Windischen"?*
- *--Der "Kärntner Abwehrkampf"*
- *--Der antifaschistische Kampf in Kärnten*
- *--Reaktionäre Argumente für eine Minderheitenfeststellung*
- *--Wann wird der ÖGB das neue Volksabstimmungsgesetz ablehnen?*
- *--Der Artikel 7 ,keine Garantie für die Gleichberechtigung*

Preis: 6.-S
Zu beziehen über:Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb.
1o7o Wien,Halbgasse 12

Aus dem Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat die verschiedenen Nationalitäten auf österreichischem Boden zu einer, der österreichischen Nation verschmolzen, die von Klassengegensätzen zerrissen ist. Die Kommunisten treten jedem Versuch entgegen, unter dem Deckmantel der Verfolgung »nationaler Interessen« die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu spalten oder dieser Spaltung Vorschub zu leisten. Zur Förderung des Zusammenschlusses der Arbeiter- und Volksmassen gleich welcher Muttersprache im Klassenkampf treten die Kommunisten für die volle Verwirklichung der besonderen Sprachenrechte der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheiten ein.

— Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.
Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.
Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.
Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.
Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten.

In ganz Österreich Proteste und Demonstrationen gegen

Wien:



Am 5. November marschierten in Wien über 1ooo Menschen vom Schwarzenbergplatz zum Schottentor, um so ihre Forderung nach den Minderheitenrechten und ihre Gegnerschaft zur Minderheitenfeststellung zu bekunden.

Ihr Bild wurde geprägt durch die gemeinsame Losung "Für die Rechte der Minderheiten!" In Sprechchören wurde immer wieder auf das Ziel des Kampfes, die Erringung der notwendigen demokratischen Rechte für die Minderheiten, aufmerksam gemacht und betont, daß das Volksgruppengesetz und das Volkszählungsgesetz mit diesem Ziel unvereinbar sind. Weiters wurde der Chauvinismus und die Absicht der Reaktion, die Arbeiterklasse und das Volk mit diesem Gift zu verseuchen und sie zu spalten, verurteilt.

KPÖ'ler zu reaktionärem Provokateur: „Sie Staatsfeind - wir treten doch für den Staatsvertrag ein"

Folgender Vorfall spielte sich vor Beginn der Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung am Sammelplatz der KPÖ-ler ab: Ein reaktionärer Provokateur beflegelte einige Demonstranten."Ihr wollt hier nur Unruhe stiften" warf er ihnen vor.Sofort wurde er von einem KPÖ-ler zurechtgewiesen. Aber wie? Mit den Worten:"Sie Staatsfeind,Sie; wir treten hier doch nur für die Erfüllung des Staatsvertrages ein, und da sind Sie dagegen?" Daß ihm ein "Kommunist" als Fürsprecher für den bürgerlichen Staat entgegentreten würde, das hat sich der Reaktionär nicht erwartet. Sozusagen mit seinen eigenen Argumenten geschlagen, zog er verdattert ab.

Wir aber müssen dieses "Staatsfeind"-argument ernst nehmen; die KPÖ wird es nicht nur gegen Leute wie diesen Reaktionär, der sicher kein Staatsfeind war, anwenden, sondern auch gegen die, die wirklich Feinde des bürgerlichen Staates sind, weil sie finden, daß er durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden muß, und dafür auch kämpfen.

G.L.

Klagenfurt:

Aktionstag für die Rechte der Minderheiten

Der Aktionstag der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt des KB Österreichs am 5. November war ein voller Erfolg.

Der Kärntner Heimatdienst hatte zur selben Zeit, am selben Platz, unter Tolerierung der Polizei, zu einer Gegenkundgebung mobilisiert.

In großen Diskussionsgruppen, an denen sich insgesamt 200 Menschen beteiligten zeigte sich, daß die Mehrheit der Anwesenden an Information, Diskussion, Auseinandersetzung, Aufklärung viel mehr interessiert sind als an der chauvinistischen Hetze.

Freilich zeigten die Gespräche auch, daß viele der Lügen propaganda der Regierung noch aufsitzen. Wir hörten z.B. sehr oft, "die haben eh alle Rechte", "die werden ja nicht diskriminiert", "es geht ihnen eh gut, was wollen sie noch". Diesen Meinungen traten wir entgegen, indem wir an konkreten Beispielen aufzeigten, wie die tatsächliche Lage und die verkümmerten Rechte aussehen; indem wir unsere Forderungen erläuterten, wurde den mit uns Diskutierenden klarer, was tatsächliche Gleichberechtigung heißen würde. In der Debatte zeigte sich auch, daß die Propaganda der Regierung, daß die Minderheitenfeststellung eine "Staatsbürgerpflicht" sei - diese Propaganda wird vor allem in Kärnten stark verbreitet - Auswirkungen hat. Manche Leute meinten z.B.: "Wer sich nicht an der Zählung beteiligt, ist nicht für Österreich, für die österreichischen Gesetze".

Der Sekretär der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt ging in seiner Rede auf die Argumente ein und zeigte, daß sie Teil der Hetze gegen die Slowenen sind. Diese Hetze aber dient der Sicherung des "guten Ausbeutungsklimas"in Kärnten.

Ein Arbeiter, ein kleiner Bauer, der im anderssprachigen Arbeiter seinen Feind sieht, einen z.B. "der die Heimat verrät" und nicht mehr seinen Feind in dem, der ihn tagtäglich schindet, ausbeutet, zuwenig bezahlt, auf die Straße setzt, ist ein guter Spielball für die Herrschenden. Ein Spielball für die Kapitalisten. Er geht ihnen auf den Leim. Er schwächt damit seine Klasse, denn nur die Einheit ist die Kraft und Macht der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf um seine Interessen.

H.G.
Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Meidling/Wien:

Heftige Debatten um die Rechte der Minderheiten

Ein Arbeiter, den wir bei der Schnellbahnhaltestelle Meidling trafen, verurteilte scharf das Vorgehen der Regierung. Seine Frau sei geborene Polin und allein deswegen ständiger Diskriminierung ausgesetzt. Er wüßte daher genau, was chauvinistische Hetze bedeutet und sei daher entschieden gegen Gesetze, auf deren Boden eine solche Hetze blühen und gedeihen kann.

Ein junger Angestellter berichtete, wie er versuchte, seine Kollegen zu einer abwehrenden Haltung gegen die Minderheitenpolitik zu bewegen.

Die Diskussionen wurden bei einer Veranstaltung in einem Meidlinger Gasthaus fortgesetzt. Zwar hatten sich nur wenige Menschen an dieser Veranstaltung beteiligt, aber umso heftiger gings bei der Debatte her. Im Vordergrund stand die Frage, warum heute jeder klassenbewußte Arbeiter, jeder fortschrittliche Mensch vehement für die Minderheitenrechte eintreten müsste. Gäbe es außerhalb Kärntens nicht viele andere wichtige Probleme, würden nicht Minderheiten in vielen anderen Ländern ebenfalls benachteiligt? Hier wurde aufgezeigt, daß gerade, weil es viele wichtige Probleme der Werktätigen gibt, die sie im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten lösen müssen, erbittert jede Spaltung bekämpft werden müsse.

sch.
(Zelle Kapsch/Wien)

Salzburg:



In Salzburg fand die Ablehnung der Minderheitenpolitik der Regierung in einer großen und kämpferischen Demonstration ihren Ausdruck: 27o nahmen an der vom Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen angesetzten Demonstration teil. Keine der 14 im Komitee vertretenen Organisationen konnte sich dem Druck der Massen nach einheitlichem und starkem Auftreten widersetzen- alle Organisationsleitungen bejahten bzw. unterstützten in der einen oder anderen Form das Auftreten: Die Forderungen nach den nötigen Rechten für die Minderheiten, nach Rücknahme des Volksgruppengesetzes und des Volkszählungsgesetzes besonderer Art sowie die Aufforderung zum Boykott der Minderheitenfeststellung standen im Mittelpunkt der Demonstration. Immer wieder ertönte mächtig und wie aus einem Mund die Rufe: "Regierungspolitik - nieder! Für die Rechte der Minderheiten! Boykottiert die Zählung - ne damo se preštevati!(Wir lassen uns nicht zählen!)

B.O.Ortsgruppe Salzburg

die Minderheitenfeststellung

Linz:

Demonstration für den Boykott der Minderheitenzählung

Die Ortsgruppe Linz des KB Österreichs veranstaltete am 5. November eine Kundgebung und Demonstration im Stadtzentrum. In dem Anfang November gegründeten "Komitee für die Rechte der Minderheiten" konnten wir eine Beteiligung an diesen Kampfaktionen nicht durchsetzen, da die Komiteemehrheit aus KP-Revisionisten und Reformisten vom VSStö hartnäckig am Zurückweichen vor dem Chauvinismus und der reaktionären Minderheitenpolitik der SP-Regierung festhielten und sich mit dem Hinweis auf die "schwachen Kräfte" und die "schlechten Bedingungen" nicht auf die Strasse trauen wollten.

Die außerordentliche Aufmerksamkeit, die die Kundgebung und Demonstration fanden, die hitzigen Debatten in Diskussionstrauben und die vielen verkauften Zeitungen und Broschüren zeigen, wie ungerechtfertigt das Mißtrauen der Revisionisten und Reformisten in die Volksmassen ist, wie sehr die Regierung trotz Propagandafeldzug und Hetzkampagne gegen die Slowenen an Boden verliert.

So beteiligten sich über hundert Menschen an den Debatten vor dem Informationsstand und Büchertisch im Verlauf der Agitation und Kundgebung. 50 Menschen, darunter ein Drittel unorganisierte reihten sich in den Demonstrationszug ein und brachten mit Sprechchören ihre Entschlossenheit im Kampf für die Gleichberechtigung der Minderheiten zum Ausdruck: "Die Minderheitenzählung diskriminiert, drum wird sie nächsten Sonntag boykottiert"! "Gegen die Spaltung im Volk - gleiche Rechte den Slowenen"! "Weg mit dem Volksgruppengesetz - Nieder mit der Reaktion!"

Unter den Menschen, die sich sehr lebhaft an der Debatte beteiligten und spontan in den Demonstrationszug einreihten, war auch die Frau eines slowenischen Arbeiters. Sie berichtete über die Entrechtung und Diskriminierung, der er wegen seiner Muttersprache ausgesetzt ist und war ganz begeistert, daß es so viele Menschen gibt, die gegen diese Entrechtung und die Farce der Volkszählung aktiv auftreten.

P.K.
Ortsgruppe Linz

Graz:

Erfolgreiche Agitation für die Rechte der Minderheiten

"Die SPÖ, zusammen mit den anderen Parlamentsparteien, die die beiden reaktionären Gesetze gemacht haben und nun durchzusetzen suchen, sind allesamt Akteure bei der Entrechtung der Minderheiten und der Spaltung des Volks. Sie haben aber die Medien für ihre Politik. Die Deutschnationalen und faschistischen Kräfte sind ihre Erfüllungsgehilfen, die auf der Straße die Dreckarbeit besorgen, den fortschrittlichen Menschen entgegenzutreten, wie sie in Kärnten versuchen, die Minderheiten zu terrorisieren," erklärte ein Vertreter der Ortsgruppe Graz des KB auf einem Agitationsstand, auf dem für die Kundgebung des Grazer Solidaritätskomitees für die Rechte der Minderheiten am 12. 11. aufgerufen wurde.

Einige wollten zu Beginn unsere Agitation sprengen, Flugblätter zerreißen und uns "nach Jugoslawien" schicken. Ihr Konzept, uns einzuschüchtern und bei den vielen, an einer Auseinandersetzung um eine richtige Politik in der Minderheitenfrage interessierten Leuten Eindruck zu schinden, scheiterte am mutigen Vorgehen unserer Genossen und anderer fortschrittlicher Menschen.

Zwischen 100 und 200 Menschen debattierten noch eine Stunde nach Ende der Kundgebung in einigen Diskussionstrauben. So mancher wurde für die Rechte der Minderheiten und für einen aktiven Boykott am 14.11. gewonnen. Nicht wenige, die bisher eher zaghaft gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik gearbeitet und dabei oft auf große Schwierigkeiten und Unverständnis gestoßen waren, gingen eines besseren belehrt, heim; der Kampf für die Rechte der Minderheiten ist eine gerechte Sache. Wenn man diese Sache offensiv vertritt, wird sie immer breitere Unterstützung finden.

G.M.
Ortsgruppe Graz

Gehörige Schlappe für Landeshauptmann Wagner

Eine gehörige Schlappe mußte Landeshauptmann Wagner in Eisenkappel/Zelezna Kapla hinnehmen, als er dort am 21. Oktober eine "SPÖ hält Wort" Veranstaltung abhielt.

Aus der überwiegend slowenischsprachigen Umgebung waren etwa 150 Leute gekommen.

Ungefähr ein Drittel seiner einstündigen Rede widmete Wagner der Minderheitenfrage. Er kündigte an, daß die zweisprachigen Ortstafeln mit der österreichischen und kärntner Fahne versehen werden, "damit jeder wissen wird, daß er in Österreich ist". Weiters versuchte er zu beschwichtigen, und erklärte, daß die Prozentsätze nicht so strikt gehandhabt würden.

Die Minderheitenfrage stand dann ganz im Mittelpunkt der Diskussion. Insgesamt meldeten sich 12 Leute und nahmen die SPÖ beim Wort.

Alle wandten sich entschieden gegen die Minderheitenfeststellung und forderten die bedingungslose Gewährung der Rechte. Einer betonte, daß die Forderungen der Slowenen von den Parteien immer überfahren werden, und ihnen dazu noch Maßlosigkeit vorgeworfen wird. Ein slowenischer Lehrer, der auch Mitglied der SP ist, warf Kreisky und anderen SP-Politikern Wortbrüchigkeit vor und zitierte ihre Erklärungen aus dem Jahre 1972 wo sie (zwar nicht grundsätzlich, sondern nur aus taktischen Erwägungen) die Minderheitenfeststellung noch verurteilten.

Wagner antwortete ihnen mit"Belehrungen"ohne genau auf die Vorwürfe und Fragen einzugehen. Laut "Kärntner Tageszeitung" (SP) versuchte er auch durchs Duzen der Diskussionsteilnehmer "die Atmosphäre zu beruhigen".

Nach Wagner meldeten sich noch weitere 3 Diskutanten, die sich von ihm nicht"belehren" hatten lassen und protestierten erneut gegen die Minderheitenfeststellung. Das sich keiner fand, der die SPÖ verteidigt hätte, schloß der SP-Bürgermeister Lubas darauf die Veranstaltung.

V.W.
nach Berichten von slowenischen Zeitungen

Offen drückt der Kärntner Heimatdienst aus,was der Zweck der Minderheitenfeststellung aum 14.November ist: In einer Atmosphäre chauvinistischer Verhetzung die Minderheiten wegzuzählen.
(Siehe auch den Artikel links unten)

Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen:

Erklärung zurSprengung des Partisanendenkmals

Zum Bombenanschlag auf das Partisanendenkmal am Kömmelgupf/Komelj bei Bleiburg/Pliberk gab der Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch, folgende Erklärung ab:

"Die Kärntner Slowenen verurteilen schärfstens den Anschlag auf das Partisanendenkmal am Kömmelgupf/Komelj Das Denkmal war ein Symbol des Freiheitskampfes der Kärntner Partisanen, die auf der Seite der Allieerten für die Niederschlagung der nazistischen Schreckensherrschaft kämpften und so die Wiederherstellung eines freien Österreich ermöglichten...

Der Anschlag selbst ist - ob es sich nun um Einzeltäter handelte oder ob dahinter eine größere Gruppe steht, im direkten Zusammenhang mit der Verschärfung der Lage in Südkärnten zu sehen, wie sie nach dem Beschluß der drei Parlamentsparteien, eine Minderheitenzählung durchzuführen, eingetreten ist.....

Jedenfalls sind die Kärntner Slowenen auf Grund dieser Vorkommnisse noch entschlossener, die Minderheitenfeststellung am 14.November zu boykottieren und werden sich auch unter dem Druck des Bombenterrors nicht in die Knie zwingen lassen."

Erweiterung der staatlichen Risikohaftungen

Der Staat steht für den Profit des Finanzkapitals gerade

Das „Risiko" des Kapitals

Seit den Anfängen der Auseindersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital gehört folgendes Argument zum ideologischen Rüstzeug der Ausbeuterseite: Der Profit steht dem Kapital zu für das Risiko, das mit seinem Einsatz verbunden ist. Im Profit stecke die Entlohnung dafür, daß der Besitzende sein Vermögen aufs Spiel setze.

Gegen das verkommene, idealistische und nicht von den Tatsachen ausgehende Gerede der Bourgeoisie lehrten Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind. Kein Hebel wurde je in Bewegung gesetzt, keine Maschine hat sich je gerührt, kein Produkt ist je entstanden und hat einem Menschen genützt, bloß weil ein Geldsack sein Vermögen "riskiert". Auch an der Börse riskieren die Kapitalisten was, aber nicht einmal die Bürgerlichen behaupten, daß daraus Werte entstehen. In der Produktion, in der Werkhalle und am Feld entstehen Werte, nicht durch "Risiko", sondern durch Arbeit. Sicher, ohne daß die Kapitalisten ihr Kapital in Form von Produktionsmitteln zur Verfügung stellen, kann heute nichts produziert werden. Das liegt aber nur daran, daß sie sich im Lauf der Zeit ein Monopol über die Produktionsmittel geschaffen haben, während diejenigen, die sie für die Produktionstätigkeit brauchen, nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln ist durch das Gesetz, durch den bewaffneten Staatsapparat, geschützt. Die Arbeiter müssen, wollen sie leben, immer wieder ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen. Diese zahlen ihnen einen Lohn; die Arbeit, die sie leisten und die dadurch geschaffenen Werte sind wiederum Eigentum der Kapitalisten. Einen Profit können diese nur erzielen, wenn die Arbeitskraft mehr Wert schafft als sie an Lohn kostet. Tut sie das nicht, würde sie normalerweise kein Kapitalist beschäftigen.

Fragen wir uns weiter, wodurch sind die Werte entstanden, die die Kapitalisten für die Produktion vorschiessen, oder wie sie sagen, riskieren? Die Kapitalisten haben die Profite, die sie aus den Arbeitern gezogen, zum Teil verzehrt, zum Teil aufgehäuft und so ihr Vermögen "geschaffen". Haben sie selbst einmal gearbeitet, was auf die heutigen Monopolherrn meist sowieso nicht zutrifft, so steht dies natürlich in keinem Verhältnis zu den Werten, die aus der gleichzeitigen Arbeit von hunderten und tausenden Arbeitern gezogen werden. Auch wenn sie zu den ersten Anfängen ihres Kapitals vielleicht aus den Ersparnissen ihrer eigenen Arbeit beigetragen, so ist das durch das nachfolgende Kapitalistenleben schon längst aufgefressen. Welches Vermögen riskiert also der Kapitalist, selbstgeschaffenes? Irrtum, er setzt Werte aus dem Schweiße anderer ein und möchte sich daraus auch noch ein natürliches Recht auf Verdienst ableiten.

Nur die Trennung von Arbeitskraft und dem Eigentum an Produktionsmitteln macht die Arbeiter von den Kapitalisten abhängig und bringt das "Risiko" der Kapitalisten überhaupt erst ins Spiel. Das Eigentum an den Produktionsmitteln versetzt eine winzige Klasse von Ausbeutern in die Lage, die Arbeiterklasse zu beherrschen und abhängig zu halten und sich einen Teil der durch deren Arbeit geschaffenen Werte anzueignen. Ist die Kapitalistenklasse einmal ihrer Staatsmacht entledigt und enteignet, kann sie sich mitsamt ihrem "Risiko" zum Teufel scheren. In verschiedenen Ländern hat die Arbeiterklasse schon den praktischen Beweis erbracht, daß man zum Produzieren nicht die Kapitalistenklasse und ihre "Risikobereitschaft" braucht.

Dem Arbeiter zeigen die Erfahrungen in der Krise zudem ganz schlagend, wie weit es mit dem Risiko der Kapitalisten her ist. Während das Kapital aus unprofitabel gewordenen Produktionszweigen abgezogen wird und andere Anlagemöglichkeiten sucht, während es vielleicht an Wert verliert, verliert der Arbeiter seine Arbeit und einzige Lebensgrundlage und muß dazuschauen, daß vielleicht ein anderer Kapitalist das "Risiko" eingeht, ihn auszubeuten.

...und der Staat

In den letzten Monaten ließen die Vertreter der Industrie immer wieder den Ruf nach staatlicher "Förderung des Risikokapitals", gemeint ist das in den Unternehmen stekkende Eigenkapital (im Gegensatz zu von Banken geliehenen Krediten..), ertönen. Am allerliebsten wäre ihnen eine direkte saftige Erhöhung der Gewinne, mit denen das Kapital sich möglichst rasch vermehren könnte.

Doch kein Kapitalist, der nicht entsprechende indirekte Maßnahmen des Staates wie Zinsstützungen, Haftungsübernahmen, Unterstützungen bei "Strukturbereinigungen" etc. ablehnen würde.

Tatsächlich ist der Staat in der heutigen Zeit immer mehr und immer umfassender gezwungen, angesichts der Anarchie und des Chaos der kapitalistischen Entwicklung im Interesse des Monopolkapitals Eingriffe in die Wirtschaft vorzunehmen.

Im Programm des KB Österreichs heißt es: "Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse."

In den vergangenen Jahren, beschleunigt durch die Wirtschaftskrise, ist diese Entwicklung einen großen Schritt vorangekommen. Die Regierung hat die staatlichen Eingriffe ausgebaut; Haftungsübernahmen für Export- und andere Kredite werden stark erhöht. Dem Großkapital soll so durch den Staat der Rücken gestärkt und die Profitrate gehoben werden.

Zu einer gewissen Reife ist diese Entwicklung mit dem sogenannten "Garantiegesetz 77" gekommen. Dieses organisiert die Funktion des "Entwicklungs und Erneuerungsfonds", aus der die Kapitalisten bisher schon Sicherungen für Kredite bekommen konnten. Nunmehr bestimmt eine Generalklausel, daß "jede Form der Finanzierung förderungswürdig ist, sofern sie die Ertragskraft des Unternehmens zu erhöhen geeignet ist". (Presse 21.10.1976) Insbesondere und ausdrücklich ist bezweckt, daß Beteiligungsfinanzierungen künftig versichert werden können. Was heißt das? Nichts anderes, als daß der Staat nicht nur für von den Banken geborgte Kredite, sondern auch für jenes "Eigenkapital", das der Kapitalist selbst ins Unternehmen steckt und das ihn zum Eigentümer dessen werden läßt, eine Garantie übernimmt. Geht etwas schief, haftet der Staat. Macht das Unternehmen bankrott, heißt das nicht, daß der Kapitalist etwas verliert.

Schönes Risiko also, das der Kapitalist übernimmt. Schon die Tatsachen an der Oberfläche der kapitalistischen Verhältnisse sind mit der bürgerlichen Ideologie nicht in Einklang zu bringen.

Es gibt Vertreter der Kapitalistenklasse, die erkennen eine Gefahr, die sich aus dem Auseinanderklaffen zwischen der Entwicklung der Gesellschaft und der traditionellen bürgerlichen Ideologie für die Herrschaft dieser Klasse ergibt: "Der Sozialisierung des Risikos folgedann die Sozialisierung der Gewinne, die Investitionslenkung und das Ende der freien Marktwirtschaft." (Sallinger, Presse 21.10.1976)

Die Gefahr für sie besteht in erster Linie darin, daß die werktätigen Menschen an solchen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise, die sich immer mehr häufen, je weiter die Entwicklung voranschreitet, die Unnötigkeit und Überflüssigkeit der Kapitalistenklasse für die gesellschaftliche Produktion immer klarer erkennen.

Für die Kapitalisten gibt es keinen Ausweg. Sie konnten die Entwicklung der Aktiengesellschaften nicht aufhalten, die schlagend beweisen, daß die Eigentümer neben der Produktion stehen und für diese in keiner Weise mehr gebraucht werden. So können die Entwicklung zu immer mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft nicht mehr aufhalten, werden diese doch mit der Verschärfung der Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer notwendiger um es eine zeitlang über die Runden zu bringen und sind es doch wiederum gerade die Kapitalisten und die größten Kapitalisten, die den Staat für solche Eingriffe im Interesse ihrer Profite benutzen. Die Kapitalisten können gar nicht anders, als ihre eigene Ideologie zu durchlöchern.

W.R.
Wien

Hüttenberg/Kärnten:

Die VÖEST will das Werk auf jeden Fall schließen

Im Erzbergbau sind zur Zeit 17o Arbeiter beschäftigt und ca. 2o Angestellte. Vor einigen Jahren, also vor der von der VÖEST-Direktion verfügten Aufnahmesperre, waren es 21o Bergleute. 4o sind inzwischen in Pension gegangen. Die verbliebenen 17o Kumpel produzieren gleich viel Erz wie früher die 21o. Das heißt, daß die Arbeitsbelastung enorm gestiegen ist und sich die Sicherheitsbedingungen verschlechtert haben: "Alle paar Jahre gibt es einen Toten, Arbeitsunfälle passieren dauernd", sagte uns einer der Betriebsräte.

Die Bergleute arbeiten in drei Schichten rund um die Uhr. Sie arbeiten also 8 Stunden pro Tag unter Tage, wo sie einmal eine kurze Pause haben. Der Lohn für die normalen Knappen beträgt 4- bis 5.000,- Schilling im Monat, Hauer (etwa 3o) können auf 6- bis 7.000,- Schilling kommen. Viele Bergleute wohnen in Werkswohnungen, die Holzbauten sind schwer heizbar und sehr klein (2 Zimmer im Schnitt). Für diese Wohnungen bezahlen sie 17o,- Schilling im Monat (plus Betriebskosten und 13o,- S für Kohle).

Wie bereits im "Klassenkampf" Nr. 4 berichtet wurde, will die VÖEST-Direktion den Erzbergbau aufgrund eines Gutachtens schließen, wonach nicht mehr genügend Erz im Raum Hüttenberg vorhanden sein soll und das Erz im Gebiet Waitschach Stahlschädlinge enthalten soll, die es für die Verhüttung weitgehend unbrauchbar machen. Dieses Gutachten wurde bereits von Prof. Meixner, Institut für Mineralogie und Petrographie in Salzburg, wegen seiner Gültigkeit angezweifelt. Er sagte eindeutig, daß die Waitschacher Lagerstätten keine Schädlinge enthalten.

Auch jeder Knappe des Bergwerkes sagt, daß das Erz in Waitschach dieselbe Qualität hat wie in Knappenberg/Hüttenberg, daß im Gebiet Waitschach bereits einmal ein Stollen geöffnet war, der wegen zuviel Kosten für den Abbau aber wieder zugeschüttet wurde.

Die VÖEST sowie die Kärntner SP und der Raiffeisenverband streiten nun wegen dieses Gutachtens herum. Ist es richtig - ist es falsch. Die Kosten für ein neues Gutachten bewegen sich um 25o.ooo,- S (laut KTZ), der Raiffeisenverband sprich von 5o- bis 6o.ooo,- S.

Bürgermeister Hofferer erklärte, daß im Gebiet von Waitschach mindestens 7 Millionen Tonnen Erz lagern und bei einem jährlichen Abbau von 2oo.ooo t es noch für 3o bis 4o Jahre reichen würde (KTZ, 3.11.).

Die Streiteri um das Gutachten soll die Hüttenberger Knappen und die gesamte Bevölkerung davon ablenken, daß die VÖEST diesen Betrieb schließen will, weil er für ihre Profitinteressen zu wenig bringt. Für die VÖEST sind die Transportkosten zu groß, außerdem hat das Erz, das aus dem Ausland importiert wird, 60 % Eisengehalt, das Hüttenberger Erz 32 %. Es hängt auf keinen Fall vom Gutachten ab, was mit Hüttenberg geschieht. Die Hüttenberger Bergarbeiter können sich auch nicht danach richten, ob das Gutachten für die Interessen der VÖEST-Kapitalisten sehr gut oder weniger gut ausfällt. Erz ist vorhanden und für die beiden Orte steht die Existenz auf dem Spiel.

Deshalb dürfen weder die Knappen noch die Bevölkerung im Raum Hüttenberg dem Gutachten zuviel Augenmerk schenken, auch nicht auf den endgültigen Bescheid der VÖEST-Direktion, ob Schließung oder nicht, der angeblich im Februar nächsten Jahres getroffen werden soll, warten.



Wenn der Hüttenberger Bergbau geschlossen wird, ist die Existenz des ganzen Ortes bedroht. "Das wäre unser Tod", sagte Bürgermeister Hofferer.

Notwendig ist es, an der Resolution, die auf einer Betriebsversammlung am 28. August dieses Jahres gefaßt wurde, festzuhalten und vor allem an der Forderung: "Fortführung des Erzbergbaues ohne Aufnahmesperre mit Einschluß von Hüttenberg-West (Waitschach), solange Erz vorhanden ist....". Denn von den Ersatzarbeitsplänen, von denen vor allem die Kärntner SP dauernd spricht, haben sie so lange nichts zu erwar.en, solange nichts Konkretes darüber bekannt wird. Im Raum Hüttenberg gibt es keine Ersatzarbeitsplätze, und die meisten Bergleute glauben, daß sie nach der Schließung nach Treibach arbeiten gehen müßten. Das bedeutet aber einen Anfahrtsweg von täglich einer Stunde, sie wären also ca. zwei Stunden am Tag unterwegs. Für die älteren Arbeiter bedeutet die Schließung eine Frühpensionierung, wobei sie eine Pension von 3.000,- S abwärts bekommen würden.

B.H./R.H.
Ortsaufbaugr. Klagenfurt

Rentnerelend

Unlängst, als ich im Kino aufs Klo ging, kam neben mir einer heraus, der der Klofrau nichts auf den Teller legte. Diese fragte ihn, ob er ihr nichts geben will. Er entschuldigte sich und meinte, dass er kein Geld eingesteckt habe. Da fing dann die Frau zu erzählen an, wie schlecht es ihr hier geht. Seit 1965 arbeitet sie als Klofrau in diesem Kino, bekommt aber für ihre Arbeit nichts bezahlt. Sie muss alles aufwaschen, Klopapier, Reinigungsmittel, Riechseifen, usw. selber kaufen; alles von dem Geld, das ihr die Leute geben. Viele Leute denken, das ist nur ein Trinkgeld, und geben daher nichts her. Am Ende des Monats bleiben ihr ungefähr noch S 5oo,-, die sie sich behalten darf. Sie macht die Arbeit deshalb, weil sie so wenig Pension hat und mit dem Geld nicht auskommt.

L.Wi./Wien

Mischek/Wien:

5% Lohnkürzung und Dankschreiben an die Gemeinde Wien

Um die Gemeinde Wien, die den Wohnbauförderungshahn abdrehen wollte, unter Druck zu setzen, hatte jüngst der Baukapitalist Mischek ungefähr 250 Beschäftigte entlassen und die Entlassung von insgesamt 1000 Beschäftigten angedroht. Die Gemeinde hat jetzt nachgegeben und Mischek für 800 Wohnungen den Zuschuß zugesagt, will diesen allerdings erst zwischen September und November nächsten Jahres auszahlen. Der Baukapitalist hatte daraufhin die ganze Belegschaft zu einer Versammlung vergattert und ihr den folgenden Kuhhandel aufgezwungen: Er wird bis Winter nächsten Jahres die fehlenden Zuschüsse mittels eines Kredites vorfinanzieren und nimmt keine weiteren Entlassungen vor.

Dafür müssen Arbeiter und Angestellte die Kreditzinsen begleichen! Ab nächstem Monat werden jedem 5 % vom Lohn bzw. Gehalt abgezogen.

5 % Lohnabzug - wo doch schon die letzten Kollektivverträge nicht ausgereicht haben, um die Inflation auch nur notdürftig abzudecken. Da hat es ab Mai 75 für die folgenden 12 Monate zwischen 60 und 174.-S pro Woche für die Bauarbeiter draufgegeben, für weitere 11 Monate ca. 55 - 160.-S Und das brutto! Neue Verhandlungen wird es erst im April nächsten Jahres geben. Da trifft die Kürzung besonders hart. Bei den Angestellten siehts auch nicht besser aus.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: Mischek hatte nämlich glatt noch die Frechheit, der Belegschaft, die von den Entlassungen eingeschüchtert und der Lohnkürzung überrumpelt wurde, einen Brief unterzujubeln, in dem die Arbeiter und Angestellten den Stadträten Mayer und Pfoch für ihr Entgegenkommen danken. Demütigung und Einschüchterung der Beschäftigten. Herabdrücken des Lohn- und Gehaltsniveaus. Abbau eines Teils der Belegschaft vor der ungünstigen Wintersaison. Und obendrein die Weitergewährung der Gemeindeunterstützung: Das sind die vier Fliegen, die der Baukapitalist mit seinem brutalen Vorgehen auf einen Schlag getroffen hat.

sch/Wien

Sind 20 Überstunden erträglich?

Kritik zur Korrespondenz der SGP-Zelle im Klassenkampf 2/76

In der Korrespondenz der SGP-Zelle im Klassenkampf 2/76, Seite 10/11 schlägt die Zelle eine Regelung im Kollektivvertrag vor, wonach nicht mehr als z.B. 20 Überstunden pro Monat gemacht werden dürfen. Ich halte das nicht für richtig, sondern halte nur eine Regelung für richtig, nämlich das völlige Verbot von Überstunden. Warum?

1. *Überstunden sind immer gegen die Einheit der Arbeiterklasse gerichtet. Einem Teil der Arbeiter wird dadurch der individuelle Ausweg, mehr Geld zu verdienen, eröffnet, wodurch die Bedingungen für einen einheitlichen Lohnkampf im Betrieb sehr erschwert werden. Das wird nun keineswegs aus der Welt geschafft, wenn man eine Beschränkung auf höchstens 20 Überstunden fordert, da 20 Überstunden ja auch an die tausend Schilling im Monat ausmachen.*
2. *Vom gesundheitlichen Standpunkt ist keine einzige Überstunde vertretbar! Jede Stunde über den 8-Stundentag hinaus ist abzulehnen. Die Gesundheit der Arbeiterklasse und somit auch ihre Kampfkraft sind schon genug geschädigt. Wenn man 20 Überstunden erlauben würde, wäre das die 45-Stundenwoche, bzw. fast der 9-Stundentag!!*
3. *Ein Teil der Arbeiterklasse, nämlich die Frauen, lehnen Überstunden großteils ab. Durch die Belastung, die Haushalt und Familie mit sich bringt, können sie keine Überstunden machen. Deshalb wird man sie auch nicht für die Forderung nach Beschränkung der Überstunden auf 20 pro Monat gewinnen können. Z.B. ist es der Firmenleitung bei Philips auf Grund solcher Ausnahmebestimmungen im Arbeitszeitgesetz gelungen, letztes Jahr vor Weihnachten die Akkordarbeiterinnen einige Samstage Überstunden machen zu lassen, um einen Sonderauftrag zu produzieren. Alle Frauen waren dagegen!*

Man kann mir jetzt entgegenhalten, daß aber für einen Teil der Arbeiterklasse Überstunden ein Teil des Lohns sind, auf den sie angewiesen sind und auf den sie nicht sofort verzichten können. Deshalb fordert man vorerst nur eine Beschränkung auf höchstens 20, dann vielleicht 10 oder 5 Überstunden. Wie schon ausgeführt, sind 20 Überstunden absolut keine Verbesserung. Die Beschränkung auf 10 oder gar 5 Überstunden hingegen würde zwar eine einigermaßen ins Gewicht fallende Beschränkung der Überstunden darstellen. Für diejenigen jedoch, die Überstunden machen, bedeutet die Zulassung von 5 Überstunden praktisch soviel, wie wenn keine Überstunden zugelassen würden. Denn 5 Überstunden pro Monat "zahlen sich nicht aus". Man kann also entweder ein so großes Hintertürl offenlassen, daß es in Wirklichkeit keine wesentliche Einschränkung der Ausnahmebestimmungen bedeutet (20 Überstunden pro Monat), oder man muß alles daran setzen, die Einheit der Arbeiter für den Kampf um das völlige Verbot der Überstunden herzustellen. Das letztere ist richtig, alles andere ist Augenauswischerei! Die Frage steht so: Überstunden untergraben die Einheit und Kampfkraft der Arbeiter. Dies muß und kann man auch klarmachen.

Statt Beschränkungen von Überstunden zu fordern, hätte die Zelle die Überstunden bei der SGP sowohl dazu benützen müssen, um das völlige Verbot zu propagieren als auch die Tatsache, daß die Überstunden soviel vom Lohn ausmachen, dazu benützen müssen, um die Notwendigkeit einer Lohnforderung klar zu machen.

E.Rei. Ortsgruppe Wien

VÖEST/Linz:

Die Sicherheit der Arbeiter gehört

Ausgerechnet die Meister und Obermeister sind bei uns im Stahlwerk "Vertrauenspersonen" in Sachen Sicherheit. Von Seiten der Betriebsleitung selbst laufend unter Druck, den Produktionsausstoß zu steigern, sollen sie gleichzeitig "dahingehend wirken, daß die gebotenen Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden". (Aushang am Jausenplatz). Dementsprechend mickrig sind auch die "gebotenen Sicherheitsmaßnahmen".

Daß man sich damit keineswegs abfinden muß, ist uns in einem Gespräch mit italienischen Kollegen, die hier für ein von der Vöest in Italien gebaute Stranggußanlage eingeschult werden, bestätigt worden. Wir haben die Sicherheits- und Arbeitsbedingungen verglichen:

Obwohl beim Gießen laufend der dünnflüssige Rohstahl über die Gießbühne spritzt, insbesondere beim Einblasen von Kühlluft in die randvolle Pfanne, gibt es bei uns praktisch keinen Augenschutz. Das typische Visier auf dem Stahlwerker-Helm eignet sich mit dem dunklen Glas bestenfalls zur Beobachtung des grellweißen Gießstrahls, ausserdem ist es seitlich offen. Unsere italienischen Kollegen haben uns dagegen ihre Schutzbrillen gezeigt, zweigeteilt mit hellem und dunklem Glas, rundum geschlossen, federleicht und formbar. Und das auf Kosten des Betriebs durchgesetzt. Wie zum Hohn hängt bei uns in der Kantine der Werbe-Prospekt eines Brillenkapitalisten als Aufforderung zum Kauf aus eigener Kasse: "Du willst doch sehen, wer mit Dir spricht, erhalte Dir Dein Augenlicht".

Die halbhohen Lederstiefel der Italiener sind mit zwei Handgriffen bis zu den Zehen offen. Wenn es einem nämlich bei einem "Ausbruch" den Stiefel mit flüssigem Rohstahl füllt, hängt es von Sekunden ab, wie schnell die Schuhe weg sind, um die schwersten Verbrennungen wenigstens einzuschränken. Unsere Stiefel mit Reißverschluß sind weit schwerfälliger loszubekommen.

Aber nicht nur in der persönlichen Ausrüstung, auch in den Arbeitsbedingungen selbst haben die Kollegen mehr Sicherheit durchgesetzt. So warten sie z.B. mit dem Auswechseln der Kokillen, bis diese halbwegs abgekühlt sind. Bei uns wird hingegen unter Hitze und Arbeitshetze sofort gewechselt. Und zwar von der halben Partie, während die andere Hälfte schon mit der inzwischen vorbereiteten zweiten Anlage anfährt.

So führten uns die italienischen Kollegen anschaulich vor Augen, daß der Gefährdung von Leben und Gesundheit in der kapitalistischen Profitproduktion Schranken gezogen werden können. Am wirksamsten dadurch, daß die Belegschaft ihre Sicherheit selbst in die Hand nimmt und ihre Vertreter im Betriebsrat und der Gewerkschaft mit klaren Forderungen beauftragt.

Der Erfahrungsaustausch hat weiters gezeigt, wie hinderlich für die Verständigung der Arbeiter verschiedener Länder die reservierte Haltung mancher Kollegen gegenüber den "Katzelmachern" ist. Daß so abfällige Urteile nichts als chauvinisti-

Kapsch/Wien: Verstärkter Widerstand gegen Zwangsurlaub zu Weihnachten

Wie im letzten Klassenkampf berichtet, veranstalten die Kapsch-Kapitalisten gegenwärtig eine Umfrage im Betrieb, wer am 3., 4., und 5. Jänner kommenden Jahres Urlaub nehmen will. Zwischen den Feiertagen wollen sie nämlich die Produktion nicht aufnehmen, und wenn die Mehrheit sich für Urlaub entscheidet, wollen sie alle nach Hause schicken. Auf Kosten des normalen Urlaubs natürlich. Gegen diese Pläne entwickelt sich zusehends Widerstand. In mehreren Abteilungen, so z.B. beim Prüf- und Meßgerätebau und in der Bohrerei wurde geschlossen das Ansinnen der Kapitalisten zurückgewiesen. Keiner ließ sich bei der Umfrage den Urlaub aufzwingen. Jetzt kommt es darauf an, diesen Protest weiterzuführen, die Situation, in der die Kapitalisten stecken, auszunützen und um drei Tage Urlaub <u>zusätzlich</u> zum normalen Urlaub zu kämpfen.

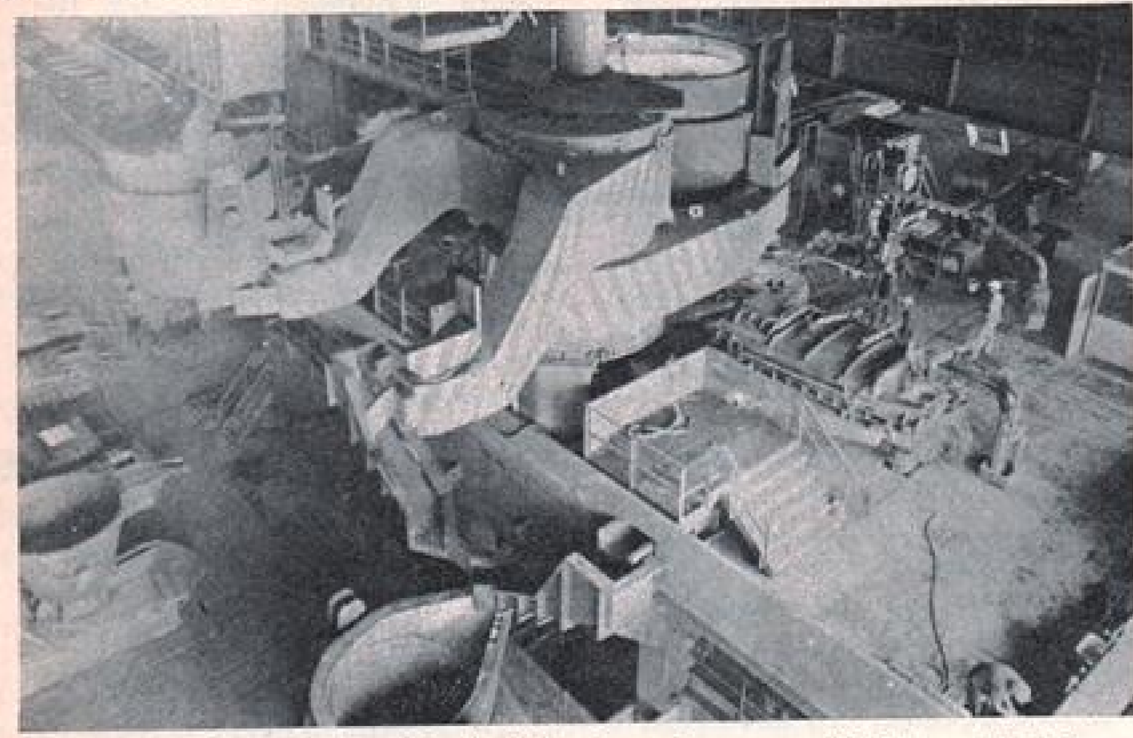
sch.
Zelle Kapsch/Wien

ÖBB-Linz/Verschub

In der Nr.1 des "Klassenkampf" berichteten wir über die Einsparung des "Bremsfahrers" auf Kosten der anderen Kollegen vom Verschub. Gegen diese Maßnahme, die eine zusätzliche Arbeit und vermehrte Unfallgefahr für die Verschubbediensteten brachte und auch gegen eine freche Dienstanweisung des Bahnhofsvorstandes in diesem Zusammenhang richteten sich der Protest und die Empörung der Kollegen.

Der Vertrauensmann versuchte gleich nach Erscheinen der Dienstanweisung, als die ersten Proteste laut wurden und die Kollegen ihn zu einer Aussprache holten, die Maßnahme damit zu rechtfertigen, daß in den letzten Jahren für die Verschubbediensteten eine Verbesserung nach der anderen durchgesetzt werden konnte. Auf Anfrage der Kollegen konnte er aber keine einzige nennen. Und daß wir heute in den "sauren Apfel beißen müssen", wie viele andere Kollegen auch. Damit gaben sich die Kollegen nicht zufrieden, sondern erklärten, was diese Ver-

in die Hände der Belegschaft!



Der geschmolzene Rohstahl wird in feuerfest ausgekleidete Gießpfannen eingeleert (abgestochen), die von Gießkränen (links im Bild) gehoben und transportiert werden. Kontinuierliches Vergießen (rechts im Bild) von flüssigem Rohstahl auf einer Stranggußanlage: Mit Hilfe des Pfannendrehturmes können mehrere Schmelzen (Chargen) zu einem einzigen Strangverarbeitet werden.

sches Gift sind, das die herrschende Klasse als einziger Nutznießer ausstreut. So wollte ein Kollege nicht gelten lassen, daß die italienischen Kollegen besser dran sind als wir und kam mit dem Argument der bürgerlichen Zeitungsschreiber, daß doch "die Streiks die Wirtschaft kaputt machen".

Daran stimmt nur soviel, daß innerhalb des kapitalistischen Profitsystems tatsächlich keine grundlegende Besserung der Lage der Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Aber im Kampf gegen jeden Angriff der Kapitalisten auf Loh und Arbeitsbedingungen entwikkelt die Arbeiterklasse die Fähigkeiten und die Einheit, die sie grundlegend braucht um an den revolutionären Sturz der Ausbeuterordnung heranzukommen. Die Arbeiter, die im Profitsystem zu Anhängseln der Machinerie degradiert sin werden erst dann die wahren Herren über die Produktion und den geschaffenen Reichtum sei

P.K
Linz

Funder Werke, St.Veit/Kärnten:
Gemeinsam raus aus der Krise?

Vor rund einem halben Jahr entließ der Faserplatten-Kapitalist Funder 200 Arbeiter. Grund: Die "schwierige Situation" des Betriebs. Das wirkte sich dann z.B.so aus: Wo früher zur Bedienung der Presse 4 Mann standen, stehen heute 2 bis 3 Mann.

Der nächste Schlag kam dann Anfang September. Funder will nun zusätzliche Samstag- und Sonntagarbeit einführen. Begründung: Es seien jetzt etwas bessere Monate, da müßte man logischerweise etwas mehr produzieren und auf diese Weise den Marktanteil behaupten.

Auf das Argument mehrerer Beschäftigter im Betrieb, daß "Überstundenleistungen bisher keinen Erfolg gebracht haben, weil dann doch viele Mitarbeiter gekündigt wurden", antwortete er mit nackter Drohung : "Ich muß die Gegenfrage stellen, die einfach und klar lautet: Was wäre mit unserem Betrieb geschehen, wenn wir am Beginn der Krise nicht dank der Überstunden eine entsprechende Position gehabt hätten Ich glaube,...daß es dann sicher notwendig gewesen wäre, noch größere Personaleinsparungen durchzuführen." (Alle Zitate aus einem Rundbrief von Herrn Funder an die Arbeiter).

Im Klartext heißt das: Wenn ihr Arbeiter mir nicht dabei helft, Märkte zu erobern, Konkurrenten niederzumachen, noch größeren Profit anzuhäufen, wenn ihr euch nicht 50 und mehr Stunden abschindet in der Woche, dann werde ich eben noch mehr von euch auf die Straße setzen müssen! So erpreßt dieser Geldsack.

Der Betriebsrat ging auf diese Erpressung ein. Unter einer Bedingung: Samstag müssen statt 50% Zuschlag 100% gezahlt werden, Sonntags statt 100% dann 150%. Wenn man das anschaut, kann sich der Geldsack Funder eigentlich nur freuen. Wenn er die Überstunden zeitweise nicht braucht, kann er sie sofort wieder streichen. Die Gefahr von Entlassungen wird nur noch verschärft, weil er aus jedem Arbeiter noch mehr rausholen kann, bis er dann wieder sagt: Tut mir leid, aber ihr habt so viel und fleißig gearbeitet, daß der Betrieb mit weniger Arbeitern auch auskommt. Und nicht zuletzt kann er sich freuen, daß die Arbeiter an die 50-Stunden pro Woche für ihn arbeiten müssen, um überhaupt einen halbwegs anständigen Lohn zu bekommen.

Mehrere Leute im Betrieb durchauen das, worauf Herr Funder hinauswill und "daß wir dann wieder die Deppen sind". Nötig wird sein, daß alle Arbeiter wissen: Wenn sie gemeinsam mit ihrem Ausbeuter gehen, so zahlen nur sie drauf.

J.St. Klagenfurt

bahnhof **Teilerfolg im Kampf gegen Personaleinsparungen**

schlechterung für sie wirklich brachte.

In der Dienstanweisung des Bahnhofsvorstandes steht, daß um ca. 19.30 Uhr der Ersatzmann kommen wird. Die Nachtschichten in denen er aber erst um 21-22.30 Uhr kommen konnte, mehrten sich. Da immer öfter, besonders bei starkem Frachtaufkommen und Rollvorgängen die Kollegen die anfallende Arbeit nicht bewältigen konnten, vermehrten sich mit einem Schlag die Unfallgefahren für die Verschieber selbst, vermehrten sich die Ladegut- und Waggonbeschädigungen und somit die Bestrafungen durch die Bahndirektion.

Diese Tatsachen schürten den Protest und die Empörung der Kollegen. Es wurde immer klarer - sowohl für die Verschubbediensteten, als auch für die Direktion und Verwaltung - daß es so nicht weitergehen kann. Für die Kollegen deshalb nicht, weil sie diese Verschlechterungen und deren Folgen nicht hinnehmen wollen und immer noch die Forderung nach voller Wiederbesetzung dieses Postens steht.

Für die Direktion und den Bahnvorstand wurde es immer klarer, daß sich wegen "dieser Sache" immer mehr Unmut und Empörung ansammelte, daß einige Kollegen auf einheitliche und aktive Schritte hinarbeiteten, und man einem möglichen geschlossenen Ausbruch den "Wind gleich einmal aus den Segeln nehmen" wollte.

Erstes Täuschungsmanöver – Ein Blindgänger

Der Versuch wurde gestartet, die Kollegen zu täuschen und zu überlisten. Die Einsparung des "Bremsenfahrers" sollte bleiben - um das geht es ja letztendlich - nur der Arbeitsanfall und seine "Auswirkungen" sollt "gerechter" aufgeteilt werden. Die Kollegen fielen darauf nicht rein.

Die Kollegen protestieren

Durch Anfrufe bei der Verkehrsaufsicht, beim Vorstand usw. machten sich die Kollegen "Luft" und beanstandeten die jetzige Lage. Einzeln wandten sie sich an die Vertrauensmänner und an den Vertrauensmännerausschuß.

Den klassenbewußten Kollegen gelang es noch nicht, die Empörung und den Unmut der Kollegen in aktive gewerkschaftliche Schritte zu organisieren. Die Vertrauensmänner isolierten sich meistens von den Kollegen und weichen den Debatten um eine Veränderung aus.

Dennoch war der Druck von unten bereits so stark geworden, daß sich der Bahnhofsvorstand zu einer ersten Erfüllung der Forderung der Kollegen gezwungen sah. Er mußte festlegen, daß der Kollege vom Fahrverschub ab sofort um spätestens 19 Uhr am Bahnhof ist. Das ist ohne Zweifel ein Teilerfolg der Kollegen im Kampf um ihre Interesssen.

Wichtig ist aber, dabei zu sehen, daß die Sache ihre zwei Seiten hat: Durch den Druck der Kollegen konnte dieses Zugeständnis erzwungen werden, denn freiwillig wurde es nicht gegeben, wie jetzt behauptet wird. Aber die Grundfrage, nämlich ob "Bremsenfahrer" und Personaleinsparung - ja oder nein ist nicht gelöst. Es steht nach wie vor diese Forderung, denn ein Mann bleibt eingespart und die Folgen fallen auf die restlichen Kollegen und dagegen wehren sie sich. Es geht darum, diesen Teilerfolg zu einem Erfolg auf der ganzen Linie, nämlich daß der "Bremsenfahrer" wieder her muß, zu machen.

Wenn das gegen die versöhnlerischen Argumente gelingt klarzumachen und die Kollegen für aktive gewerkschaftliche Schritte zu gewinnen und zu mobilisieren, wenn also auf dieser Grundlage die Forderung voll durchgesetzt werden kann, dann würde ein voller Sieg der Kollegen in einer Frage gegen die Direktion und den Bahnhofsvorstand sowie gegen die Klassenversöhnler, errungen werden.

Fe.Wa.
Zelle ÖBB/Linz

Änderung der Dienstzweigeordnung – Voraussetzung für die Einführung des Leistungslohns im öffentlichen Dienst

Etwa 1 Prozent der Staatsangestellten, rund 3500 Beamte, sollen 1977 eingespart werden. Für die übrigen Beamten bedeutet das mehr Arbeit und – seit dem letzten Gehaltsabschluß- **Senkung des Realeinkommens.** *Um das auch sicher durchzusetzen, muß der politische und wirtschaftliche Druck auf die Beamten verstärkt werden. Dazu soll ein neues Dienstrecht herhalten, dem ein neues Besoldungsrecht folgen wird. Da niemand mit der Begeisterung der Masse der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und kleinen Angestellten rechnen kann, bedarf es eines Antreibersystems: der Leistungslohn soll im öffentlichen Dienst eingeführt werden.*

Der Kern des Gesetzesentwurfs ist die Besoldungs"reform" auf der Grundlage der "Neuregelung der Leistungsfeststellung". Ihre Voraussetzung ist die bald zu erwartende Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes "Über die Erneuerung, die Ausbildung, die Definitivstellung und die Amtstitel der Bundesbeamten".

Die bisher geltenden fünf Dienstzweigordnungen (Allgemeine Verwaltung, Beamte in handwerklicher Verwendung, Lehrer, Wachebeamte, Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten) werden zu einer einzigen zusammengefaßt, die etwa 300 bisherigen Dienstzweige zu bloß 31 neuen. Die bisherigen 5 Verwendungsgruppen (A,B,C, D,E) werden auf 9 erweitert. Gab es schon bisher in den unteren Verwendungsgruppen viel weniger Dienstzweige als oben, so werden sie nun noch weiter reduziert. In der ersten Gruppe sind die A-Beamten unter sich, in der 9.Gruppe die Putzfrauen und Wehrmänner. Als großer Fortschritt wird die so erreichbare "Mobilität der Beamten" von den Kommentatoren gepriesen, was nichts anderes bedeutet, als daß die Masse der im öffentlichen Dienst Beschäftigten noch mehr herumgeschoben werden wird als bisher und so noch besser unter Druck gesetzt werden kann.

Die „Reform" bedeutet wachsende Abhängigkeit vom staatlichen Dienstgeber und wachsende Spaltung unter den Kollegen

Der Gehalt wird nach dem Entwurf in einen Grundgehalt, einen Funktionsgehalt und einen Leistungsgehalt aufgeteilt. Die Beamten kommen mit dem Grundgehalt allein nicht mehr aus. Sie müssen Funktionen raffen – auf Kosten anderer Kollegen. Entscheiden wird dabei die Leistung, d.h. jeder darf und muß sich selbst andauern antreiben und das Arbeitstempo steigern. Zugleich werden die Kompetenzen der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen verstärkt, besonders bei der Pragmatisierung. Das alles soll Spaltung und Uneinigkeit unter die Kollegen tragen, die direkte Abhängigkeit am Arbeitsplatz wird gleichzeitig verstärkt, ebenso die wirtschaftliche Abhängigkeit. Der Staat will sich ein geeignetes Mittel schaffen, um die durch das Dienstrecht bereits festgelegte besondere politische Entrechtung im öffentlichen Dienst weiter voranzutreiben. Sowohl um abzusichern, daß die Tätigkeiten des aufgeblähten imperialistischen Staatsapparats ohne viel Widerstand seitens der im Staatsapparat Beschäftigten durchgeführt werden, als auch um die breiten Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst im Rahmen der "Einsparungspolitik" durchdrücken zu können.

Die Gewerkschaftsführung verteidigt die geplante Einführung des Leistungslohns. Sie sagt: "In jedem modernen Industriestaat, auch in unserem, ist das Leistungsprinzip zu einer Maxime besoldungsrechtlicher Maßnahmen geworden. Prüft man noch die Frage, ob eine Leistungsfeststellung überhaupt noch zeitgemäß ist, sei bemerkt, daß diese in den letzten Jahren in der Privatwirtschaft sehr an Aktualität gewonnen hat." (Der öffentlich Bedienstete, Nr.10/1976)

Dieser Standpunkt ist ein Standpunkt der Kapitulation vor den geplanten staatlichen Maßnahmen, die den Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten entgegengesetzt sind. Dieser Standpunkt öffnet der Spaltung unter den Kollegen durch den staatlichen Dienstgeber Tür und Tor und damit die Möglichkeit zu verstärkter Antreiberei, zu verstärkter politischer Disziplinierung und Abhängigkeit. Vielmehr muß der Einführung des Leistungslohn entschieden entgegegetreten werden. Ebenso muß allen Versuchen des Staates entgegengetreten werden, die darauf gerichtet sind, durch dienstrechtliche "Neuordnungen" die besondere politische Entrechtung im öffentlichen Dienst zu verschärfen.

P.P./Wien
Redaktion

Sondervertragslehrer:
Staat zahlt nur 35% des Gehaltes aus

Um den Schulbetrieb nur einigermaßen aufrecht halten zu können hat der bürgerliche Staat bis 1975 massenhaft Sondervertragslehrer angestellt. In den letzten beiden Jahren hieß es nun immer wieder, daß die Sondervertragslehrer abgebaut werden sollen, weil es bald genug geprüfte Lehrer gibt. Mit einem Dienstvertrag, der nur für ein Jahr gilt und der jederzeit ohne Angabe von Gründen gekündigt werden kann, sind die Sondervertragslehrer der rechtloseste und der schwächste Teil der Lehrer. Sie sind völlig vom Stadtschulrat und vom Direktor abhängig und sind daher leichter unter Druck zu setzen. Obwohl es nicht gestattet ist, werden die Sondervertragslehrer unter anderem zu Supplierstunden herangezogen, für die sie nichts bezahlt bekommen, sie leisten also unbezahlte Überstunden.

Dieser Teil der Lehrer bekam heuer die Sparmaßnahmen der Regierung am deutlichsten zu spüren. Im Zuge der 1%igen Dienstposteneinsparung im Unterrichtsressort durch die Regierung wurden im September 150 Sondervertragslehrer nicht mehr angestellt. Vielen wurde die bisherige Stundenzahl gekürzt. Ein Erlaß besagte, daß sie heuer überhaupt nur mehr 35% ihrer bisherigen Stunden unterrichten sollen, was aber nicht durchgeführt wurde, weil sonst der Unterricht völlig zusammengebrochen wäre. Alleine in Wien sind noch 10% aller Dienstposten an AHS, BHS und Berufsbildenden Mittleren Schulen mit Sondervertragslehrern besetzt, in anderen Bundesländern liegt der Prozentsatz meist noch erheblich höher.

Nun bekamen die Sondervertragslehrer im September und Oktober nur 35% ihrer Vorjahresbezüge ausbezahlt – unabhängig von ihrem tatsächlichen Beschäftigungsausmaß – und zwar entgegen der bisher geübten Praxis, einen 100%igen Bezugsvorschuß zu bekommen, bis die Gehälter neu ausgerechnet sind. Je nach ihrer Stundenzahl hat sich der Staat bis zu 2/3 ihrer Gehälter einfach zurückbehalten und sich so einen zinsenlosen Kredit bei den Sondervertragslehrern verschafft. Als Begründung für dieses unglaubliche Vorgehen wurde angegeben, daß die Sondervertragslehrer ja auch nur 35% ihrer bisherigen Stunden unterrichten sollten!

Das ist nicht nur eine finanzielle Zumutung für die Sondervertragslehrer, sondern bedeutet auch verstärkten Druck auf ihre ohnehin rechtlose Lage. Im Zusammenhang mit den vermehrten Versuchen, die geprüften Lehrer gegen ihre ungeprüften Kollegen aufzuhetzen ist klar: die Geprüften sollen wohl ruhig allen Anschlägen auf ihre Kollegen zuschauen und sich denken, "zum Glück geht es uns noch nicht an den Kragen" und "die Ungeprüften sollen ohnehin weg, die nehmen uns ja nur unsere Stunden".

Um ihr Sparprogramm möglichst reibungslos durchführen zu können, baut die Regierung auf Zwistigkeiten und Spaltung innerhalb der Lehrer, was einen einheitlichen Kampf unmöglich macht. Daher müssen alle Kollegen begreifen, daß der Kampf der Sondervertragslehrer um ihre Rechte und die Auszahlung ihrer Gehälter auch ihr eigener Kampf ist.

Tatsächlich rief diese Maßnahme gegen die Sondervertragslehrer schnell großen Unmut unter den Kollegen hervor. An mehreren Dienststellen gaben sie über die Personalvertretung einen klaren Auftrag an den Fachausschuß, der in dieser Frage mit dem Staat verhandelte:

- *100%-iger Bezugsvorschuß bis die Gehälter ausgerechnet sind!*
- *Keine Verzögerungen bei der Auszahlung im November!*
- *Alle Schritte sind zu unternehmen, daß auch beim nächsten Schulbeginn der 100%-ige Bezugsvorschuß ausbezahlt wird!*

Inzwischen ist die Zusage gemacht worden, daß die Gehälter im November fertig berechnet sind und ausbezahlt werden. Das bisherige einheitliche Vorgehen der Kollegen an vielen Schulen wird es möglich machen, auch weiterhin gemeinsam mit den Sondervertragslehrern sich gegen Verschlechterungen zu wehren.

S.R/L.K
Wien

32. ASVG-Novelle/ 3. Folge:
SP-Regierung öffnet Krankenversicherung für die Kapitalisten

Unter dem Motto: "Soziale Sicherheit für alle!" (AZ,17.2.76) sieht die SP-Regierung in der 32. ASVG-Novelle eine freiwillige Selbstversicherung in der Krankenversicherung vor. Nun soll sich jede in Österreich lebende Person nach dem ASVG krankenversichern können. Während ein ursprünglich gleichlautender Vorschlag für die Pensionsversicherung aufgrund massiver Proteste des Gewerkschaftsbundes und des Arbeiterkammertages teilweise zurückgenommen werden mußte, (vgl. Klassenkampf Nummer 5/76) soll sie für die Krankenversicherung Wirklichkeit werden. Tatsächlich gibt es eine Selbstversicherung in der Krankenversicherungschon. Vergleicht man die ursprünglichen und noch heute gültigen Regelungen mit den geplanten, dann sieht man sofort, welches Kuckucksei der Sozialversicherung hier ins Nest gelegt werden soll!

Bis heute waren fast ausschließlich die Lohnabhängigen krankenversichert!

Pflichtversichert sind heute alle lohnabhängigen Werktätigen. Außerdem in Ausbildung stehende Personen (Schüler, bzw. Schülerinnen in inländischen Krankenpflegeschulen, medizinisch-technischen Schulen und Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst, Ferialpraktikanten) und Heimarbeiter. Weiters jedoch auch Personen, die zwar formell selbständig sind, praktisch jedoch zu den Werktätigen gehören (z.B. Gepäckträger, Hebammen, Krankenpfleger, Pecher usw.) Diese Festlegungen sind gut, zeigen sie doch, daß es die Werktätigen sind, die eine Krankenversicherung brauchen.

Eine Versicherung, die in der Lage ist, einen ausreichenden Schutz zu gewährleisten für jene Fälle, wo sie aufgrund von Krankheiten nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Nicht gut jedoch ist es, daß sich auch Gewerbetreibende im ASVG krankenversichern können, dies jedoch nur, wenn für sie keine eigene Versicherung der selbständigen existiert, die, nebenbei bemerkt, viel schlechtere Leistungen bietet, als die allgemeine Sozialversicherung.

Nun sollen sich alle Kapitalisten in der Sozialversicherung der Werktätigen krankenversichern können. Die neue Regelung wird damit begründet, "daß ja sowieso 95 % der österreichischen Bevölkerung krankenversichert ist."

Nun sollen auch noch die restlichen 5 % den Schutz einer Krankenversicherung in Anspruch nehmen können. Damit wird die Sozialversicherung weiter unterwandert und als Kampfmittel der Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten weiter abgestumpft.

Krankenversicherung soll für die Kapitalisten geöffnet werden

Dazu muß man sich nur anschauen, welche Leute bisjetzt keine Krankenversicherung hatten. Den Werktätigen ist es zwar nicht gelungen, zu verhindern, daß der Staat aus den ihnen abgepreßten Steuergeldern Mittel als Zuschuß für die Krankenversicherung der Kapitalisten aus Gewerbe, Handel, Verkehr und Fremdenverkehr bereitstellt. Gelungen hingegen ist es der Arbeiterbewegung, dem Staat die Unterstützung in diesem Fall für das Industrie- und Finanzkapital zu versagen.

Der Staat mußte feststellen, daß es für die industriellen Kapitalisten und für die reaktionärsten Teile der Bourgeoisie, dem Finanzkapital, keine Krankenversicherung geben kann, weil man "nimmt an, daß diese Gruppen die gesetzliche Krankenversicherung nicht benötigen" (Tomandl, Grundriß des österreichischen Sozialrechts, S. 56), so daß diese bis heute darauf angewiesen waren, teure Privatversicherungen abzuschließen. Diese Leute sollen sich nun ohne weiteres in die Krankenversicherung der Werktätigen einschreiben können. Nach massiven Protesten der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, die den deutlichen Unmut der Werktätigen über diese Öffnung der Sozialversicherung ausdrücken, wurde die Regierungsvorlage nur durch die Einbeziehung einer dreimonatigen Sperrfrist und der Mindestversicherungszeit von zwei Jahren geändert.

Selbstversicherung verschlechtert die Bedingungen für den Klassenkampf

"Zum Schutz der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen vor körperlichem und geistigem Verfall und zur Einschränkung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen brauchen die Werktätigen im Interesse der Entwicklung der Fähigkeit der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zum Kampf um die proletarische Revolution" aber gerade die *"Selbstverwaltung in allen Bereichen der Sozialversicherung durch die versicherten Lohnabhängigen, insbesondere Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der leitenden Organe; Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten bzw. durch den Staat, soweit öffentliche Bedienstete betroffen sind."* (Alle Zitate aus dem Programm des KB Österreichs)

Für den Kampf um diese Forderungen bringt die Möglichkeit des Eindringens der schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse in die Sozialversicherung eine wesentliche Verschlechterung.

Ist die geplante Änderung einmal durchgesetzt, so kann man nicht mehr das alleinige Entscheidungsrecht der Versicherten über alle Angelegenheiten der Sozialversicherung fordern, denn das würde heißen, daß genau die Klasse mitentscheiden kann, vor der die Sozialversicherung den Werktätigen Schutz bieten soll. Auch die Frage, wer für die Versicherungsbeiträge aufzukommen hat, wird dadurch verschleiert. Die Kapitalisten die einem Menschen durch den Kauf seiner Arbeitskraft nur dann eine Existenzberechtigung zugestehen, wenn die Verwendung seiner Arbeitskraft für sie gerade profitabel ist, stehen dann nicht mehr als die Klasse da, die schuld ist am Elend, das Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter mit sich bringen und die folgerichtig als einzige eine Versicherung bezahlen müssen, die im Interesse der Einheit der Werktätigen diese vor den Folgen der Unverkäuflichkeit der Arbeitskraft schützt. Nein, ganz im Gegenteil mischen sich so die Kapitalisten selbst unter die versicherten Lohnabhängigen, was den Kampf aller Versicherten um die alleinige Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten unmöglich macht.

Heute entscheidet allein der Staat über die Angelegenheiten der Sozialversicherung

So zeigt der hier besprochene Teil der 32. ASVG-Novelle deutlich, welch eine Farce es ist, wenn heute von einer Selbstverwaltung der Sozialversicherung gesprochen wird.

Mit seinen Gesetzen gibt der Staat das schmale Korsett vor, nach dem sich die Sozialversicherung zu richten hat. Nicht die versicherten Werktätigen können entscheiden, wer versichert ist und welche Leistungen die Sozialversicherung erbringt, sondern einzig und allein der Staat. Daß er dabei nicht die Interessen der Werktätigen im Auge hat, sondern die der Kapitalisten, zeigt die ASVG-Novelle deutlich.

Die Selbstversicherung in der Krankenversicherung ist daher vom Standpunkt der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entschieden abzulehnen.

p.b./Red.

Kärnten:

Bis zu 40 Schüler in einer Klasse

In vielen Schulen in Kärnten gibt es keine fixen Klassen, sondern Wanderklassen - aus Platzmangel. 38-40 Schüler pro Klasse sind an der Tagesordnung, viele Klassenzimmer sind so klein, daß die Schüler nicht einmal genug Sitzplätze haben.

An manchen Schulen gibt es drei bis vier Außenstellen (da nicht genügend Platz für alle Schüler an der Schule ist, sind sie zeitweise in anderen Schulen oder öffentlichen Gebäuden untergebracht, wie z.B. im BG 2 in Klagenfurt) das heißt, daß Lehrer und Schüler am "Wandern" sind. **Der im Sommer 76 erlassene Sparerlaß 3559/76 des Bundesministeriums ist die Grundlage für die Nichteinstellung zahlreicher Lehrer in Österreich und damit für eine weitere Verschlechterung der teilweise verheerenden Situation in den Schulen.**

Aufgrund eines kompliziert errechneten Schlüssels werden die Lehrerstunden in den jeweiligen Klassen, in den jeweiligen Schultypen im Durchschnitt errechnet und genau festgelegt. Nach diesen Lehrerstunden richtet sich die Anzahl der in der jeweiligen Schule aufgenommenen Lehrer. Ein Überschreiten ist nicht möglich.

Die Folge dieser Regelung ist ein genau und äußerst knapp bemessener Dienstpostenplan, der in den Schulen nur dadurch eingehalten werden kann, daß beispielsweise der Sprachunterricht und der praktische Unterricht (Zeichnen, Werken usw.) nicht geteilt wird, damit die vorgeschriebene Stundenanzahl eingehalten werden kann. D.h., daß der Gesetzgeber zwar die Teilung der Schülerklassen in den angeführten Fächern aus pädagogischen Überlegungen vorschreibt, diesen Beschluß aber durch den Erlaß 3559/76 ad absurdum führt.

Nach Berichten der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

AKW-Gegner besetzen Podium und übernehmen Diskussionsleitung

Linz: Zweite Atomkraftwerksveranstaltung der Regierung geplatzt

Schon die erste der 10 Großveranstaltungen über "Vor- und Nachteile der Kernenergiegewinnung" in Wien wurde zum Fiasko für die Bundesregierung, weil die Gegner "die Diskussion an sich rissen, den Wirtschaftsreferenten die Argumente ausgingen" (Presse). Die zweite Veranstaltung am 28.10. im Linzer Brucknerhaus ging der Regierung vollends in die Hosen. Übernahmen doch die AKW-Gegner selbst die Diskussionsleitung, nachdem an die 100 von ihnen das Podium besetzt hatten.

Zur Veranstaltung in Linz waren ca. 500 Menschen gekommen, davon ca. 300 Gegner von AKW'en, der Rest bestellte Befürworter aus Ämtern und verschiedenen Institutionen.

Die Herren "Experten" wurden mit Sprechchören "Das Volk will keine Atomkraftwerke - dem muß sich Kreisky beugen", "Mit Atomprofit klettern die Tarife mit", empfangen. Die Sprechchöre fanden großen Beifall.

Dann zeigten die Wissenschaftler auf dem Podium mit einer Fachsimpelei über die "Zuverlässigkeit von Energieprognosen" aus welchen hochbezahlten Pfründen - weit entfernt von den Sorgen und Interessen des Volkes - sie angereist waren. Ein AKW-Gegner nannte das langweilige Geschwätz in Fremdwörtern treffend "Gehirnwäsche" für die Bevölkerung die gekommen war, um sich über die Gefahren von AKW zu verständigen und ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Nach der allgemeinen Ratlosigkeit der Wissenschaftler darüber, daß ihnen die Planlosigkeit der Profitwirtschaft immer wieder die Prognosen über den Haufen wirft, ließen sie doch vereinzelt die Katze ihres Herrn aus dem Sack: "Es müsse klargemacht werden, daß ein wirkungsvoller Versuch, Energie zu sparen dreierlei bedeute: bewußt höhere Energiepreise, Extrabesteuerung von energieaufwendigen Geräten wie Autos und/oder bestimmte Verbote." (Kurier, 30.10.)

Solche haltlosen Drohungen wurden genauso mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet wie die Versuche des Diskussionsleiters, die anschließenden Fragen aus dem Publikum auf das Thema "Energiepolitik" einzuschränken und Stellungnahmen auszuschließen. Die Manipulation in der Auswahl der Fragen wurde bald so dreist, daß der Großteil des Publikums spontan den Saal verließ und im Foyer entsprechende Maßnahmen diskutierte. Da war schnell klar, daß der Diskussionsleiter abgesetzt werden muß.

Man ging wieder in den Saal, besetzte das Podium und wählte A.Tisserand zum Diskussionsleiter. Beendet wurde die Veranstaltung mit einer einmütig beklatschten Resolution gegen die Inbetriebnahme des AKW in Zwentendorf und den Bau des AKW St.Pantaleon - nachdem die bestellten Besucher aus den verschiedenen staatlichen und halbstaatlichen Institutionen den Saal verlassen hatten.

"Lächerlicher Klamauk" (OÖN 30.10.) nennen es die bürgerlichen Zeitungsfritzen, wenn die Bevölkerung die von der Bundesregierung eingefädelte Regie durchkreuzt, die Statistenrolle abwirft und selbständig ihre Meinung und Ablehnung der AKW zum Ausdruck bringt. Und der "Kurier" enthüllt gleich die Furcht der herrschenden Klasse, daß das Beispiel Schule macht und schlägt "Ordnereinsatz" sprich Polizeiknüppel vor, um die Informationskampagne "vor einer Wiederholung der Linzer Vorfälle zu schützen" (30.10.) Soviel Angst haben die Herrschenden vor dem Volk.

P.K.
Ortsgruppe Linz

BRD: 5.000 Demonstranten besetzten den AKW-Bauplatz an der Unterelbe

"HAMBURG (ag). Nur mit grossem Polizeieinsatz, Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken konnten am Samstagnachmittag an die 5000 Demonstranten auseinandergetrieben werden, die sich an einem Protestmarsch gegen den Baubeginn des Kernkraftwerkes in Brokdorf an der Unterelbe beteiligten. Etwa tausend von ihnen war es gelungen, den von der Polizei schwerbewachten und abgezäunten Bauplatz zu stürmen und zu besetzen, worauf die zum Teil berittenen Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten vorgingen." (Presse, 2.11.)

Die Demonstration war von der Bürgerinitiative "Umweltschutz an der Unterelbe" organisiert worden. Nachdem am Montag den 25.10. der Nordwestdeutschen Kernkraftwerksunion die Teilgenehmigung für den Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf gegeben worden war, besetzten am Dienstag in den frühen Morgenstunden zwei Hundertschaften Polizei, Bundesgrenzschutz, sowie der Werksschutz der Kernkraftwerksunion den Bauplatz, um den Beginn der Bauarbeiten gegen die Volksmassen durchzusetzen.

Der Bauplatz wurde von einem hohen Zaun umgeben, dahinter Stacheldraht ausgelegt, außerdem patroullieren Polizisten mit scharfen Schäferhunden auf dem Gelände und sichern die Zufahrswege ab. Der Ausnahmezustand würde hier vorexerziert, erklärte der Kommentator des Norddeutschen Rundfunks am Dienstagabend. Am Vormittag hatte ein Reporter des Rundfunks jubiliert: "Eine Besetzung ist hier wie etwa in Wyhl auf keinen Fall möglich. Da ist die Landesregierung, da ist die Polizei, da ist der Grenzschutz eben schneller gewesen als die Demonstranten."

Mit diesem Bürgerkriegsmanöver hofft die Landesregierung, den Widerstand der Arbeiter und Bauern in der Wilster Marsch gegen den Bau des Kernkraftwerks zu ersticken und eine Entwicklung wie in Whyl zu verhindern. Insgesamt zehn Kernkraftwerke will das Finanzkapital in der Unterelbregion errichten. Überall, wo der Bau von Kernkraftwerken vorbereitet werden soll, erhebt sich der Widerstand der Arbeiter und Bauern. Die schnelle Inbegriffnahme ihrer Bauvorhaben ist für die Kapitalisten von großer Bedeutung. Bis 1980 wollen sie 29,3% ihrer Stromerzeugung in Kernkraftwerken betreiben lassen, bis 1990 56,6%. Der Strom aus Kernkraftwerken soll den westdeutschen Kapitalisten grössere Profite verschaffen und ihnen in der imperialistischen Konkurrenz Vorteile verschaffen. Der Widerstand der Volksmassen soll rasch gebrochen werden, um die Bauvorhaben in der geplanten Zeit durchziehen zu können.

Die machtvolle Demonstration am 30.10 und die Solidatität der anderen Bürgerinitiativen in ganz Deutschland zeigen, daß diese Pläne nicht durchgehen werden. Am Samstag besetzte die Bürgerinitiative von Wyhl in Südbayern zur Unterstützung neuerlich den Kernkraftwerksbauplatz (Presse, 2.11.)

F.N.
nach Berichten der Kommunistischen Volkszeitung.

KPÖ: Auf Seiten der Reg

Jahrelang hat die KPÖ in Reportagen und Wochenendbeilagen dem Bau von Atomkraftwerken das Wort geredet. Der KPÖ-Gemeinderat von Zwentendorf, Loistl, hat wiederholt die Verzögerung der Fertigstellung des AKW in Zwentendorf beklagt.

Eine solche Unterstützung für die AKW-Projekte der Regierung stellt die KP-Revisionisten zwangsläufig gegen den wachsenden Volkswiderstand. Das kommt in der Berichterstattung ihres (übrigens einzigen) Vertreters bei der Linzer AKW-Veranstaltung der Regierung ans Licht. Den AKW-Gegnern wird vorgeworfen "mit Sprechchören... eine Diskussion im Keim ersticken" zu wollen (Neue Zeit, OÖ-Ausgabe der Volksstimme 30.10.), Fragen "vorwiegend emotioneller Natur" zu stellen, "so daß die Diskussion mehr lautstark als sachkundig zu Ende ging."

Kein Wort davon, daß sich die Sprechchöre gegen eine zweistundenlange Podiumsdiskussion von angeblich "neutralen Wissenschaftlern" richteten, die gerade unter dem Deckmantel der "Sachkundigen" Propaganda für die volksfeindlichen Regierungsprojekte machten. Kein Wort fällt von Seiten des Revisionisten darüber, daß das Volk weitgehend von der Diskussion ausgeschlossen und in den schriftlichen Anfragen auf das Thema "Energiepolitik" eingeschränkt werden sollte. Den Großteil der Veranstaltung hat der Berichterstatter aber in ignoranter Haltung entweder überhaupt verschlafen oder er ist früher nach Hause gegangen. Denn die Fragen der "Sicherheit von AKW", der "Atommüllprobleme und Kostenbilanzen" über die laut "Neue Zeit" sogar mit Hilfe von Projektoren geredet worden sein soll, waren ausdrücklich ausgeschlossen. Das war schließlich auch der Anlaß dafür, daß das Publikum selbst die Diskussionsleitung übernahm und damit die Regierungsveranstaltung sprengte. Aber da war die KPÖ, die "einzig reale Kraft" in der Arbeiter- und Volks-

ierung gegen die Volksbewegung

bewegung schon im Beisl oder im Bett.

Der tiefere Grund für so abgrundtiefe Volksverachtung und das Anschieben an den Regierungsprojekten kommt im Polbüro-Beschluß der KPÖ vom 19.10. ans Licht: "Die KPÖ ist der Auffassung, daß die Errichtung von Atomkraftwerken im Rahmen einer langfristigen Energieplanung gesehen werden muß, die auf der Ausschöpfung aller einheimischen Energiequellen, der Kooperation mit anderen Ländern und der Erschließung neuer Energiequellen beruht" (NZ, 20.10.) Abgesehen davon, daß eine "langfristige Energieplanung" im Kapitalismus angesichts der Planlosigkeit der Profitproduktion und ihrer Krisenentwicklung ein frommer Wunschtraum ist, zielt die KPÖ vor allem auf die "Kooperation mit anderen Ländern" in der Energieversorgung. Gemeint ist damit nämlich die wachsende Abhängigkeit der österreichischen Energieversorgung von Lieferungen der revisionistischen Länder und der sozialimperialistischen Sowjetunion, die nicht minder rücksichtslos wie die westlichen Imperialisten den Bau von AKW insbesondere der besonders gefährlichen "schnellen Brüter" vorantreibt. In der SU sind gegenwärtig 14 AKW in Betrieb und in der benachbarten CSSR eines. Für das AKW St.Pantaleon ist mit der SU bereits ein Uranlieferungsabkommen geschlossen. Man braucht sich nur noch an das Tamtam der Revisionisten erinnern, das sie vor kurzem um eine sowjetische Technologie-Ausstellung in Wien mit dem letzten Stand der Reaktortechnik gemacht haben, um ihren Herzenswunsch zu erraten: die Lieferung von AKW-Anlagen durch die SU, mit all den lukrativen "Provisionen", die seit jeher die Propaganda der Revisionisten für den "Osthandel" beflügeln.

P.K.

Kein Atomkraftwerk in Bogenhofen !

Trotz des wachsenden Widerstandes gegen die AKW Ausbaupläne der Bundesregierung und trotz zahlreicher Beteuerungen des Bundeskanzlers, Atomkraftwerke erst zu bauen, wenn das Atommüllproblem gelöst ist, laufen bereits Planungsarbeiten für ein 3.AKW in Bogendorf am Inn, in der Nähe von Braunau.

Wie wenig sich der bürgerliche Staat um die Zerstörung der Umweltbedingungen der Bevölkerung schert, zeigt sich unter anderem in der Wahl des Standortes. In unmittelbarer Nähe des geplanten AKWs liegt Simbach und Braunau, wo zirka 25.000 Menschen leben!

Auf einer Informationsveranstaltung Mitte Oktober, brachten ca.450 Menschen ihre Ablehnung gegen dieses Projekt zum Ausdruck. Die verantwortlichen Politiker versuchten nun - aufgeschreckt durch diesen plötzlichen Widerstand - die Bevölkerung zu verunsichern und einzuschüchtern. Auf Anfragen gaben sie bekannt,daß das Projekt völlig unaktuell sei und sie beschuldigten die aktiven AKW-Gegner, das Volk zu beunruhigen und zu verhetzen.

Diese Versuche verfingen aber bei den Betroffenen nicht und Ende Oktober bildete sich in Hagenau - in der Nähe von Bogendorf - eine Bürgerinitiative gegen das geplante AKW in Bogenhofen.

In Geschäften, Spitälern und Schulen wurden bereits Unterschriften dagegen gesammelt und Broschüren der "Initiative Österreichischer AKW-Gegner" verteilt. Viele gehen auch in den umliegenden Dörfern von Haus zu Haus, um die ansässigen Arbeiter und Bauern im persönlichen Gespräch über die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken aufzuklären. Auf einer internen Veranstaltung der Bürgerinitiative, auf der 80 Teilnehmer unter anderem über einen Film über die Bauplatzbesetzung in Whyl (BRD) diskutierten,wurde folgendes festgelegt:

Am 2.Dezember findet in Braunau, in der Arbeiterkammer eine Veranstaltung der Bürgerinitiative statt, in der der Biologe Dr.Welsh einen Lichtbildervortrag halten wird.

Die Bundesregierung kam hier mit ihrer bisherigen Taktik, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, nicht durch. Daß es gelungen ist, diese Pläne bereits in einem solch frühen Stadium aufzudecken, gibt der Bevölkerung großen Mut und sie ist überzeugt, daß ihre Chancen, das Projekt zu verhindern, gut stehen. Es wurde auch von Initiativen und einzelnen Personen im bayrischen Raum bereits volle Unterstützung im Kampf gegen das geplante AKW zugesagt.

m.p. , Salzburg

Klagenfurt:

Sofortiger Aufbau eines Erdbebenvorwarnsystems!

"Ich war ungeheuer naiv, als ich glaubte, 'die Verantwortlichen' würden das menschenmögliche tun, um unser Leben zu schützen", sagte ein Teilnehmer des letzten Gespräches, das die "Initiative Erdbebenvorwarnung" mit dem Kärntner Landesbaudirektor führte.

Es ist eine Tatsache, daß die Erdbebenserie im Raum Udine-Ljubljana-Klagenfurt noch einige Monate dauern wird. Eine weitere unbestreitbare Tatsache ist es, daß spätestens seit dem starken Beben im September nicht mehr von "Hauptbeben" (Mai) und "Nachbeben" gesprochen werden kann.

Es sind also weitere sehr starke Beben möglich. Ebenso ist es durchaus möglich, daß sich das Bebenzentrum verlagern kann. Alle diese Tatsachen wurden von der Initiative den Landes- und Bundesspitzen zur Kenntnis gebracht. Außerdem ist diesen Herren bekanntgegeben worden, daß es technisch möglich und zum Schutz von vielen Menschenleben nötig ist, ein wirksames Erdbebenvorwarnsystem aufzubauen. Immer wieder hat ein bekannter Klagenfurter Naturforscher in vielen Eingaben, Zeitungsartikeln und Leserbriefen die Landes- und Bundesregierung auf das Problem der Gefährdung der Bevölkerung durch die jetzige Bebenserie und auf die Möglichkeiten der wirksamen Bebenvorwarnung, insbesondere nach der "chinesischen Methode" (Sammlung und Auswertung von Tierbeobachtungen) hingewiesen.

Auf privater Basis wurden auch Kontakte mit Tierhaltern und Beobachtern aufgenommen. Ein Beben konnte bereits richtig vorausgesagt werden!

Die bürgerliche Presse, allen voran die Kärntner Tageszeitung (SP) ist bereits gezwungen, auf die sich entfaltende Bewegung für den Aufbau des Erdbebenvorwarnsystems zu reagieren. So wurde in der KTZ vom 30.Oktober 1976 unter der Überschrift "Bebenvorhersage: Falsche Propheten!" über einen Vortrag, den der Landesbaudirektor Dr. Günther Fornara und der Landesgeologe Dr.Uwe Herzog vor Technikern des Kärntner Landesbaudienstes hielt berichtet. Nach ihrer seither immer wieder in allen Zeitungen und im Rundfunk vertretenen Ansicht, "könne man sich lediglich durch passive Vorbeugungsmaßnahmen vor Erdbebenereignissen schützen" (z.B. extravagante Grundrisse beim Hausbau vermeiden, trümmersicherer Schutzraum im Haus, usw.). Besonders skeptisch äußerten sich die beiden bürgerlichen Fachleute dabei "auch über die in letzter Zeit wiederholt diskutierte Möglichkeit, durch Tierbeobachtungen Erdbeben vorherzusagen. Dies wäre nur dann sinnvoll, wenn man dadurch sowohl den Zeitpunkt als auch die Stärke eines Bebens genau voraussagen könne".

Es ist klar, warum die Bebenprognose total sicher sein müßte, wollen sich doch diese Spitzenbeamten samt den Spitzenpolitikern um die Entscheidung, einen Bebenalarm geben zu müssen, herumdrücken. Fürchterlich wäre es für sie, wenn die Profitproduktion eine Stunde still stünde und dann das prognostizierte Beben gar nicht so stark wird, wie vorhergesagt (siehe Klassenkampf 4/76, S.22). Was so eine Landesregierung dann von den Kapitalisten zu spüren bekäme, kann man leicht ausmalen. Dies ist auch einer der Gründe, warum die Landesregierung in der Frage der Erdbebenvorwarnung nur dann etwas unternehmen wird, wenn es seitens der Bevölkerung noch mehr Unmutsäußerungen und stärkeren Druck gibt. Die Initiativgruppe Erdbebenvorwarnung hat deshalb beschlossen, ihre Aktivitäten insbesondere die Aufklärung über die Bebengefahr und die Möglichkeiten zur Vorwarnung fortzusetzen. Die Unterschriftenaktion ist ein Mittel um vorerst die Gegner der Vorwarninitiative in der Bundes- und Landesregierung zu stellen.

Der Text der Unterschriftenliste lautet:

"Wir fordern

1. Sofortigen Aufbau eines Erdbebenvorwarnsystems durch Landes- und Bundesregierung.
2. Sofortige Rechenschaft von Landes- und Bundesregierung über die getroffenen Maßnahmen angesichts der Erdbebengefahr."

H.St.

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Bürgerinitiative der „Atomkraftwerksgegner Tirols" gegründet

Vor kurzer Zeit bildete sich in Tirol eine Bürgerinitiative, die "es sich zur Aufgabe gestellt hat, zu verhindern, daß die Tiroler Berge zur Lagerstätte von radioaktiven Abfällen werden." Sie erklärt sich solidarisch mit der "Initiative österreichischer AKW-Gegner" und fordert :

KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW ZWENTENDORF!
KEIN AKW IN ST.PANTALEON!

Zentralausschuss der österreichischen Hochschülerschaft

Beschlüsse gegen die Minderheitenfeststellung und gegen die Ablehnung der Promotion von M. Grosser

In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft, in dem Studentengruppen des KB mit zwei Mandataren vertreten sind, wurden die wichtigsten politischen Fragen der Studentenschaft behandelt.

Aufgrund des Drucks eines großen Teiles der Studentenschaft war die bürgerliche Führung des ZA gezwungen, neuerlich die Minderheitenpolitik der Regierung Kreisky zu verurteilen und zum Boykott der Sprachenzählung aufzurufen. Eine einheitliche Stellungnahme des Zentralausschusses konnte erst erreicht werden, als die Vertreter der ÖVP-nahen ÖSU davon abgebracht wurden, die Angriffe auf die Minderheitenpolitik der Regierung mit einem Loblied auf die "tolerante" Haltung des ehemaligen ÖVP-Bundeskanzlers Klaus, der einmal in Südkärnten eine slowenische Ansprache gehalten hatte, zu verbinden. In Wahrheit hatte die ÖVP-Regierung bis 1966 die selbe chauvinistische Minderheitenpolitik gemacht, wie sie von der SP-Regierung fortgesetzt wird, und dienten damals wie heute solche "minderheitenfreundliche" Gesten nur dazu, um die selbständige Bewegung der Kärntner Slowenen abzuwürgen.

Offen wurde die Regierungspolitik und die Haltung der großen bürgerlichen Parteien nur vom erzreaktionären, chauvinistischen Ring Freiheitlicher Studenten vertreten, der wie die erzkonservative Gruppe JES die Resolution des ZA der ÖH nicht befürwortete.

Ebenfalls unter dem Druck vor allem der Studenten der Universität Wien gelang es, den ZA der ÖH auf eine klare Stellungnahme zur Verweigerung der Promotion sub auspiciis (s. "Klassenkampf" Nr. 5/76) von Michael Grosser festzulegen, was umso schwerer wiegt, als die ÖSU den Streik der Mathematik- und Physikstudenten, der heute vom Akademischen Senat als Grund für die Verweigerung dieser Promotion angegeben wird, anfangs ablehnte und später offen bekämpfte. Allerdings hatten sich in den Tagen vor der Sitzung des ZA viele Studienrichtungsvertretungen und Hörerversammlungen schriftlich an den Vorsitzenden des ZA gewandt, sodaß sich die ZA-Führung mit einer Ablehnung der Unterstützung der Forderung nach Rücknahme des Senatsbeschlusses in eine offene Konfrontation mit der erstarkenden Studentenbewegung auf der Universität Wien eingelassen hätte.

Beide Beschlüsse bedeuten, daß der bürgerlichen ZA-Führung in einem gewissen Ausmaß die Hände gebunden sind bei ihrem tagtäglichen Werk der Sabotage und Bekämpfung der Studentenbewegung in diesen Fragen. Dadurch, daß sie öffentlich Beschlüsse gefaßt hat - die manchmal auch in der bürgerlichen Presse veröffentlicht werden - fällt es ihr schwerer, offen der Studentenbewegung in den Rücken zu fallen. Weiters werden dadurch die tatsächlichen Ansichten und Interessen der Studenten einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Diese Beschlüsse aber bedeuten keineswegs, daß die ZA-Führung tatsächlich irgendetwas gegen die reaktionären Pläne und Maßnahmen der Bourgeoisie zu tun beabsichtigt. Ihre Existenz ist aber Ausdruck der Stärke der Studentenbewegung in diesen Punkten und der Schwäche der Bourgeoisie.

Die kommunistischen und fortschrittlichen Studenten können diese Beschlüsse dazu ausnützen, um die studentischen Massen, die noch unter Einfluß dieser bürgerlichen Kräfte stehen, für die anstehenden politischen Aufgaben zu gewinnen und sie in die Bewegung hineinzureißen.

Auch unter den Studenten ist die Entschlossenheit, für die Rechte der Minderheiten zu kämpfen, stärker geworden. Mehrere Hörerversammlungen haben die Minderheitenpolitik der Regierung verurteilt und zur Demonstration und zum Boykott aufgerufen. Auf dem Bild eine Veranstaltung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (MLS) auf der Universität Wien.



Widersprechende Resolutionen zu den Stundenkürzungen

So verhält es sich auch mit dem Beschluß der letzten ZA-Sitzung über die vom Ministerium angeordneten Stundenkürzungen. Bekanntlich hatten die Salzburger Studenten gegen die Kürzung wichtiger Lehrveranstaltungen im Zuge der Politik des Einsparens und der Straffung des Studiums, um den politischen Druck zu erhöhen und die Konkurrenz unter den Studenten zu steigern, einen Streik durchgeführt. Auch auf den anderen Hochschulen haben solche Kürzungen stattgefunden oder sind sie geplant. Der ZA der ÖH hat nun die Durchführung eines Proteststreiks in den nächsten Monaten beschlossen, um die Rücknahme dieser Beschlüsse zu erzwingen. Freilich liegt der Hund schon darin begraben, daß die Mehrheit des ZA zwei scheinbar gleichlautende Resolutionen zu dieser Frage beschlossen hat, die in Wahrheit aber auf ganz verschiedene Positionen hinauslaufen.

So stellt die eine Resolution fest, daß die Stundenkürzungen bedingungslos abgelehnt werden, nichts mit den Interessen der Studenten zu tun haben, während die andere Resolution "insbesondere diejenigen Stundenkürzungen ablehnt, die den normalen Hochschulbetrieb gefährden und die Durchführung der Studienpläne behindern". Läuft die erste Resolution auf die klare Ablehnung der reaktionären Maßnahmen der Regierung hinaus und bietet damit den fortschrittlichen Studenten die Möglichkeit, einen echten Kampf gegen die Verschlechterung der materiellen Studienbedingungen und die dahinter stehende Absicht der Bourgeoisie, die Studenten in gegenseitige Konkurrenz hineinzuhetzen und den Druck auf sie bedeutend zu erhöhen, läuft die zweite Resolution auf das Kriechen vor den "bildungspolitischen Zielen der Regierung" hinaus und ist die Kapitulation in ihr bereits angelegt.

„Rededuelle" zur Verhinderung der Diskussion über Stipendien und Wehrgesetznovelle

Die Stärke des Drucks der Bourgeoisie auf die politische Entwicklung unter den Studenten und die Rolle der bürgerlichen Studentenvertreter als deren Agenten innerhalb der Studentenschaft zeigte sich in dem Zusammenspiel der sozialdemokratischen und ÖVP-nahen Studentenverteter in der Stipendienfrage und der Frage der Wehrgesetznovelle. Zu beiden Fragen faßte der ZA schon im vorigen Semester immer wieder Beschlüsse und erhob Forderungen, die sich gegen die jetzt im Parlament eingebrachten Regierungsvorlagen richteten, und es wäre daher an der Zeit gewesen, sich mit politischen Schritten zu befassen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gerade aber weil beide Fragen ziemliche Bedeutung für die Bourgeoisie haben, es aber nicht mehr geht, daß die ÖH einfach im Namen der Studenten ihre Zustimmung zu den Gesetzesentwürfen erklärt, manipulierten diese beiden Gruppen (Sozialdemokraten und ÖSU) die Tagesordnung so, daß diese Fragen gar nicht mehr behandelt werden konnten und lenkten die Debatten immer wieder auf Geschäftsordnungsfragen hin. Während sich Sozialdemokraten und ÖVP-Nahe so scheinbar bekämpften, und zwar so sehr, daß ein Abwahlantrag gegen den Vorsitzenden gestellt wurde, sind sie sich in Wahrheit darüber einig, daß allzu scharfe Stellungnahmen gegen die Stipendiengesetznovelle, die ihren eigenen Forderungen an die Regierung und den Forderungen der Studenten Hohn spricht, gegenwärtig nicht angebracht sind und man am besten an der Stipendienfrage nicht rütteln soll. Nicht anders verhält es sich mit der Wehrgesetznovelle.

Diese Ausweichmanöver der bürgerlichen Studentengruppen sind aber nur durch den fehlenden Nachdruck der Studentenbewegung an diesen Fronten des Kampfes gegen den Staat möglich. Die geringe Kampfkraft in diesen beiden Fragen ist zurückzuführen auf die Intensivierung des ideologischen Drucks der Bourgeoisie, vor allem der Regierung, und auf die mangelnde ideologische Bewußtheit unter den Studentenmassen. Der Raum, den die bürger-

Fortsetzung nächste Seite

SJ-Forderung nach 10.000.- Lehrabschlussprämie

Prämie ändert nichts an miserabler finanzieller Lage der Lehrlinge und Grundwehrdiener

Auf ihrer Wiener Landeskonferenz hat die SJ vor kurzem die Forderung erhoben, daß allen Lehrlingen, die ihre Lehre abschließen, von den Lehrherrn eine Prämie von 10.000.- ausbezahlt werden soll. Wenige Tage später erläuterte ein SJ-Vertreter in der ORF-Lehrlingssendung "Mini-Box" die Forderung wie folgt:
Auf der einen Seite wäre eine Lehrabschlußprämie deswegen gut, weil so der Anreiz für die Schulabgänger, eine Lehre zu ergreifen, größer sei und so die Zahl der Lehrlinge gesteigert, die der jugendlichen Hilfsarbeiter gesenkt werden könnte. Auf der anderen Seite könnten die soeben Ausgelernten diese Abschlußprämie in ihrem meist unmittelbar auf die Lehrzeit folgenden Präsenzdienst dringend brauchen.
Diese Forderung ist ein deutlicher Ausdruck für die Unzufriedenheit, die unter der Jugend über ihre Lebensbedingungen herrscht. Wie weit drückt diese Forderung aber das aus, was die Jugendlichen brauchen?

Es ist eine Tatsache, daß heute in Österreich ein Großteil der Pflichtschulabgänger keine Lehre ergreift und sich als angelernter - oder Hilfsarbeiter verdingt. Das führt dazu, daß ein Teil der Arbeiter überhaupt keine Berufsausbildung hat und so seine Arbeitskraft nur billig verkaufen kann, was wiederum den Lohn auch für die qualifizierten Arbeiter drückt und senkt und so insgesamt das Lebensniveau der Werktätigen.

Was sind nun aber die Gründe für diese Tatsachen?

Der entscheidende Grund liegt zweifellos in der Tatsache, daß es für einen Großteil der Arbeiterfamilien untragbar ist, ihre Kinder über den Abschluß der Pflichtschule hinaus weitere drei oder gar vier Jahre zu erhalten, was aber durch eine Lehrzeit aufgrund der niedrigen Lehrlingsentschädigung unbedingt nötig wäre. Für keine Arbeiterfamilie, deren finanzielle Mittel knapp sind, ändert sich aber ihre Lage auf die Aussicht hin, daß ihr Kind nach drei bis vier Jahren eine Prämie erhalten soll, vorausgesetzt, daß es seine Lehre auch abschließt.

Daß das wahre Übel in der Tatsache liegt, daß die Lehrlinge keinen Lohn bekommen, der zum Leben reicht, haben schon viele Arbeiterjugendliche erkannt. Das zeigt sich an der Bewegung, die vorigen Herbst und Winter die Forderung nach einem Existenzlohn aufgestellt hat, was zur Folge hatte, daß etliche ÖGJ-Gruppen gleichlautende Beschlüsse faßten und das zeigt sich auch an den Beschlüssen der ÖGB-Jugendkonferenz nach Hinaufsetzung der Lehrlingsentschädigungen bis zu 75 % eines Facharbeiterlohnes im letzten Lehrjahr. Der KB Österreichs hat vor kurzem die Forderung nach einem Lehrlingslohn für alle Lehrlinge in der Höhe von 75 % eines Facharbeiterlohnes, mindestens jedoch 3000.- S monatlich erhoben und so die positive Seite dieser ÖGB-Jugendkongreßforderung unterstützt.

In der ÖGJ gibt es heute immer mehr Jugendliche, die von der Gewerkschaftsführung verlangen, daß sie die Forderung nach Erhöhung der Lehrlingsentschädigung auch endlich in den verschiedenen KV-Verhandlungen auf Tapet bringen soll. Für die erste Erläuterung der SJ-Forderung wäre also zu sagen, daß es besser wäre, würden die SJ-Mitglieder in der ÖGJ für die Erfüllung längst beschlossener Forderungen und zwar in der richtigen Weise eintreten.

Was die Frage der Überbrückungshilfe für den Militärdienst betrifft, so zeigt die Erläuterung der 10.000.- Forderung, daß sich die SJ offensichtlich mit dem Zustand abfinden will, in dem die Arbeiterjugendlichen während ihrer Grundwehrdienstzeit unter den ärgsten finanziellen Schwierigkeiten zu leiden haben. Vorausgesetzt, daß die 10.000.- für die Überbrückung der Grundwehrdienstzeit verwendet werden könnten, hätten die Soldaten statt wie jetzt durch ihr Taggeld 965.-, dann 2631.- monatlich zur Verfügung, einen Betrag, der fast exakt mit dem Existenzminimum übereinstimmt, das schon unter "normalen" Verhältnissen keineswegs zum Leben ausreicht und unter den Verhältnissen des Militärdienstes (teure Kantinenpreise, öftere weite Fahrten zum Wohnort und zurück) völlig ungenügend ist.

Gerade die schlechte finanzielle Lage der Soldaten ist neben all den Kasernierungsbestimmungen nicht unbedeutend dafür, daß die Soldaten in ihrer Militärzeit vom Volk abgetrennt und abgespalten sind. Das beweist die Tatsache, daß viele Soldaten es sich nicht leisten können, in ihrer Freizeit nach Hause zu fahren oder aber in ihrer Freizeit zu Hause herumsitzen, weil sie es sich nicht leisten können, "fortzugehen".

Dieser Zustand, der im übrigen alle Soldaten betrifft, nicht nur die, die vor ihrem Grundwehrdienst eine Lehre abgeschlossen haben, ist für den österreichischen Staat eine große Hilfe, um die Jugendlichen entgegen ihren bisherigen Lebensgewohnheiten und isoliert von allen ihren Freunden und Bekannten in militaristischem Geist zu erziehen, der nicht zuletzt auch ermöglichen soll, daß der Staat diese jungen Menschen einmal gegen das Volk einsetzen kann.

Dagegen stellt der KB-Österreichs, der gegen jede Form der Lostrennung der Soldaten vom Volk ist, die Forderung nach der vollen Weiterbezahlung des Lohns für alle Soldaten durch die jeweiligen Kapitalisten auf.

Die SJ-Forderung kann an dem Zustand nichts ändern, denn sie betrifft von vorneherein nur einen Teil der Soldaten und läßt weiterhin eine Verschlechterung der materiellen Lage der Jugendlichen durch den Grundwehrdienst zu.

So gesehen werden die Jugendlichen mit der SJ-Forderung auch nicht viel anfangen können. Die SJ selbst ist bis heute auch noch nicht in der Lage gewesen, einen Weg zu zeigen, wie ihre Forderung durchgesetzt werden kann.

G.F.

Fortsetzung von Seite 16

lichen Studentengruppen in diesen Fragen haben, wird ihnen aber in dem Maß genommen werden, in dem dem ideologischen Druck der Bourgeoisie entgegengearbeitet und ihr Einfluß auch an diesen Fronten wieder erschüttert wird. Maßgeblich dazu ist gerade der entschiedene Kampf gegen die Ideen und Vorstellungen, die von den bürgerlichen Studentenvertretern unter den Studenten verbreitet werden. G.Fi.

Marxistisch Leninistische Studentenorganisation (MLS)

Militärarzt verordnet Augentropfen für geschwollenen Knöchel

Ein Kamerad aus meinem Zimmer verletzte sich bei einer Gefechtsübung den linken Knöchel, sodaß dieser kräftig anschwoll. Der Vertragsarzt der Kaserne begutachtete die Verletzung und bemerkte: "Ja, gut. Dreimal täglich zum Augeneintropfen ins Krankenrevier!"

Dies war keine Ausnahme. Sollte sich ein Soldat verletzen oder sich krank fühlen, so gilt er prinzipiell als Simulant und Tachinierer. Und da alle an der selben Krankheit, nämlich an "Tachinose" und "Simulantitis" leiden, gibt es auch nur Einheitstabletten, Einheitssalben oder 3 Tage Innendienst. Wie man gesund wird, muß man selber wissen!

R.W.
dzt. Whm/Götzendorf,NÖ

TrostkaserneWien: Wer Blasen hat wird bestraft

Jeder, der beim Bundesheer war, weiß, daß man nach dem ersten Marsch Blasen bekommt, wenn man Märsche nicht gewohnt ist. So ist es auch ungefähr lo Jungmännern der Tel· Truppenschule ergangen. Am nächsten Tag sind sie natürlich zum Truppenarzt gegangen um ihre Blasen behandeln zu lassen. Der Arzt machte nichts, dafür bekamen die lo Jungmänner am Wochenende Ausgangsverbot "um ihre Füße zu schonen". Diese Jungmänner und alle, die diese Sauerei kennen, werden wegen Blasen sicherlich nie mehr zum Truppenarzt gehen. Dieses Ausgangsverbot schreckt alle ab, die zum Arzt gehen wollen, auch wenn sie wirklich krank sind, denn wer bleibt schon gerne am Wochenende in der Kaserne, wenn es doch die einzige Möglichkeit ist, seine Freunde oder Familie zu sehen.

G.H.
Ortsgruppe Wien,
dzt. Whm.

BERICHTIGUNG:

Bei der Notiz über die Trostkaserne in der letzten Nummer des "Klassenkampf" sind einige Fehler unterlaufen. Statt, wie fälschlich angegeben, 11o Leuten ging es nur um lo und St. Johann liegt nicht im Burgenland sondern in Salzburg.

Red.

Vorwärts im Aufbau des Kommunistischen umden Aufbau einer neuen Kommunistischen

In der Spendensammlung zeichnet sich ein großer Erfolg ab. Knapp vor dem Abschluß der Spendenaktion ist das Spendenziel nicht nur erreicht, sondern bereits beträchtlich übertroffen. Und dies, obwohl aufgrund längere Zeit vorherrschender falscher Auffassungen über die Linie der Durchführung der Aktion von den meisten Ortsgruppen die Spendensammlung erst in den letzten der insgesamt 13 Wochen der Aktion mit ganzer Kraft angepackt wurde.

Dieser Erfolg war nur möglich als Ergebnis eines hartnäckigen Kampfes in der ganzen Organisation um die richtige Linie in der Durchführung der Spendenaktion:

- Die Spendenaktion aufs engste mit der Propagierung des Kampfes um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei und dabei mit der Verbreitung unseres Programms zu verbinden, das wir auch für die Herstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung im Parteiaufbau vorschlagen.
- Die Spendenaktion gestützt auf die Massen durchzuführen, gestützt auf die Gewinnung vor allem der Arbeiter und anderen einfachen Werktätigen für das Programm des Kampfes um die soziale Befreiung der Arbeiterklasse.
- Die Spendenaktion zu verbinden mit einer Bewegung zur sparsamen und effektiven Verwendung der materiellen Mittel der Organisation im Dienste ihrer Aufgaben im Klassenkampf.

Ausdruck des Kampfes um die richtige Linie und ihre Verwirklichung sind die folgenden Korrespondenzen und Berichte.

G.St.

Gestützt auf die Massen wurde die Spendensammlung ein Erfolg

Vor einigen Wochen hat uns das Zwischenergebnis der Spendensammlung wachgerüttelt. Wir waren mit Stelltafeln und einem Flugblatt vor den Betrieb gegangen, haben aber fast nichts gesammelt.

Bisher hatte unsere Zelle Swarowski-Wattens die Spendensammlung sehr halbherzig durchgeführt. Wir haben uns vor allem überlegt, was wir selber spenden werden, uns aber für den Betrieb und den Ort ein niedriges Ziel gesetzt, wir waren eher der Meinung, daß wir kaum Spenden bekommen würden. Und so war es auch.

Auf einer Zellensitzung wurde dieses Herangehen kritisiert und wir beschlossen, sozusagen "über unseren Schatten zu springen" - genauer: offensiv an die Spendensammlung heranzugehen. Wir beschlossen, eine Kundgebung in den "Blöcken" zu machen und dort Spenden zu sammeln.

Warum in den "Blöcken"? Die "Bleck" sind eine Gemeindewohnanlage in Wattens, wo ca. 250 Menschen wohnen, viele kinderreiche Familien, Arbeiter und kleine Angestellte, viele Rentner und Pensionisten. Seit 20 Jahren hat die Gemeinde Wattens diese Siedlung verkommen lassen, bei Regen war zwischen den Häusern ein einziger Morast. Immer wieder beklagten sich einzelne Mieter bei der Gemeinde und forderten, daß die Anlagen endlich saniert werden.

Heuer, im Feber, schickte die Gemeinde dann einen Brief an alle Mieter, wo drinnen stand: wir sanieren - aber bezahlen müßt ihr das. Dieser Brief rief heftige Empörung unter den Mietern hervor. Unsere Zelle verteilte Flugblätter, wo die Mieter und andere Menschen in Wattens aufgeklärt wurden über die Gemeindepolitik, daß sie das Geld nur so den Kapitalisten nachschmeißt und alles finanziert, was diese wollen, daß sie aber auf der anderen Seite für die Volksmassen keinen Groschen ausgeben will. Sie spart bei den Schulen, den Sportanlagen und sozialen Einrichtungen, vergrößert den Budgetposten für die Gendarmerie, schenkt der Kirche einen Haufen Geld und übernimmt ohne mit der Wimper zu zucken die Reparaturkosten für das Klärwerk, das durch säurehältige Abwässer eines "ortsansässigen Industriebetriebes" durchgerostet ist.

Wir organisierten eine Unterschriftensammlung, wo die meisten Mieter für die Forderungen unterschrieben: "Saniert muß werden - die Gemeinde muß zahlen!". So konnte der Kampf der Mieter zu einem Teilerfolg geführt werden: inzwischen ist die Anlage saniert und die Mieterhöhungen sind halb so hoch wie vorher angekündigt.

Zwei Tage vor der Kundgebung verteilten wir per Postwurf ein Flugblatt an alle Mieter, in dem wir auf die Kundgebung hinwiesen, kurz die Bedeutung des Kampfes gegen die Mieterhöhungen erklärten und in dem wir die Spendensammlung ankündigten.

Am Samstag, den 30.10. machten wir vormittags dann unsere Kundgebung. Mitten in den Blöken stellten wir Stelltafeln und ein Transparent auf, sowie einen Büchertisch mit revolutionärer Literatur. In kurzen Ansprachen legten wir die Ziele und die Politik des Kommunistischen Bundes Österreichs dar. Wir erklärten, daß es notwendig ist, den technischen Apparat auszubauen, um unseren Aufgaben besser nachkommen zu können, und wir forderten die Mieter der Blöcke auf, recht viel für eine neue Druckmaschine und ein Fotosatzgerät zu spenden.

Zwischen den Reden spielten wir revolutionäre Märsche und Arbeiterlieder. Einige Mieter kamen zu uns herunter, um sich näher mit uns zu unterhalten, den "Klassenkampf" und unser Programm zu kaufen und um zu spenden. Viele Menschen standen an den Fenstern oder auf den Balkonen und hörten interessiert zu. Schließlich haben wir eine Haussammlung gemacht.

Die Kundgebung war ein grosser Erfolg: wir haben 792,40 Schilling gesammelt und darüberhinaus 5 Programme und 5 Zeitungen verkauft.

Bei dieser Spendensammlung haben wir uns vor allem auf die Massen gestützt, wir haben uns vor allem an die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten, an die Rentner und Pensionisten gewendet, haben ihnen die Ziele des Kommunistischen Bundes dargelegt und sie für die finanzielle Unterstützung des Kampfes um diese Ziele, die Ziele der Arbeiterklasse, gewonnen.

Jeder einzelne Schilling, der so von uns gesammelt wurde, ist für uns ein großer Ansporn.

A.Fu.
Zelle Swarowski, Wattens
Ortsgruppe Innsbruck



Vorläufiger Stand der Spendensammlung

Bis zum 8.11. 1976 sind in der Zentrale des KB die folgenden Spendenergebnisse eingetroffen. Dabei handelt es sich noch nicht um den Endstand der Sammlung, da bei den verschiedenen Ortsgruppen noch die Spendenergebnisse der letzten Tage der Aktion liegen und erst in den nächsten Tagen in der Zentrale eintreffen werden. Im nächsten "Klassenkampf" werden in einem Abschlußbericht die Endergebnisse der Sammlung bekanntgegeben.

Aus Eisenstadt	80.-
Aus Graz	20 863.70
Aus Innsbruck	8 955.30
Aus Klagenfurt	7 835.40
Aus Knittelfeld	2 852.3o
Aus Linz	10 766.80
Aus Salzburg	4 642.50
Aus Schwertberg	100.-
Aus Wien	266 631.56
Von Einheiten der Zentrale	27 900.-
Bis 8.11. in der Zentrale eingetroffen	350 627.56

VERTRIEB DER GRÜNDUNGSDOKUMENTE DES KB

Bis zum 1.11. 1976 wurden vom Programm des KB Österreichs 2 878 Exemplare, vom "Kommunist" 1/76 mit den Resolutionen der Gründungskonferenz 1 203 Exemplare ausgeliefert.

Bundes Österreichs! Vorwärts im Kampf Partei der österreichischen Arbeiterklasse!

Linz: Veranstaltung zur Spendensammlung

Über 4o Personen, davon ca. 3o Sympathisanten, folgten der Einladung unserer Zelle zu einem Diskussions- und Filmabend, der den Sinn und Zweck hatte, Programm und Statut des KB Österreichs mit möglichst vielen aufgeschlossenen Menschen zu diskutieren und ihnen die Notwendigkeit unserer Spendenaktion klarzumachen. Die Initiative für diese Veranstaltung kam von einer Genossin unserer Zelle, die als Kellnerin arbeitet und ihre Prozenteinnahmen aus Getränke- und Speisenumsatz dieses Abends zusätzlich als Spende zur Verfügung stellte.

Nach einem Referat über Entstehung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich und die Gründung des KB Österreichs folgte die Vorstellung des Programms und im Anschluß daran entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Wir verkauften dabei etliche Programme und Broschüren.

Den Abschluß bildete ein Film über Albanien, den einige unserer Genossen anläßlich ihres heurigen Besuches im Sommer gedreht hatten und der von allen Anwesenden mit großem Interesse verfolgt wurde.

Insgesamt wurden 1.553,- Schilling aus Spenden und Broschürenverkauf eingenommen.

G.W.
Schiffswerft-Zelle/Linz



WIEN

Am 8.November nahmen ungefähr 300 Mitglieder und Sympathisanten des KB Österreichs an der Spendensammlungsabschlußveranstaltung der Ortsgruppe Wien teil

Die Spendensammlung mit der Propagierung des Parteiaufbaus verbinden!

Das Zentralkomitee des KB rief am 8. August dieses Jahres kurz nach der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs dazu auf, in drei Monaten 3oo.ooo,- Schilling für ein Fotosatzgerät und eine Druckmaschine aufzubringen.

Unsere Betriebszelle ÖBB diskutierte über den Spendenaufruf des ZK und faßte den Beschluß, bis 8. November mindestens 5.000,- Schilling aufzubringen.

Die Spendensammlung als rein finanzielle Sache zu sehen, in erster Linie das Geld aus den eigenen Reihen aufzubringen, ist falsch. Deshalb legten wir den Schwerpunkt auf unseren Betrieb, die ÖBB, wo einige Zellengenossen arbeiten. In zweiter Linie auf den Stadtteil, den Bekanntenkreis, die eigene Zelle.

Im und vor dem Betrieb propagierten wir den Parteiaufbau, diskutierten mit den Kollegen in unseren Abteilungen über unser Programm und über die Ziele der Kommunisten.

Mitte Oktober legten wir uns in unserer Zelle und somit dem ZK Rechenschaft über den bisherigen Stand der Spendensammlung ab.

Von den mindestens 5.000,- Schilling hatten wir über 3.000,- Schilling beisammen. Dabei wurden im Betrieb über 80,- Schilling gespendet, 11 Programme und 2 "Kommunist" Nr. 1 verkauft. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was es heißt, wenn ein Arbeiter mit Familie und vielleicht 7.000,- Schilling im Monat bewußt nach einer langen Diskussion über unser Programm 5,- bis 1o,- Schilling spendet. Er interessiert sich für die Ziele der Kommunisten. Er hat sich und die Arbeiterklasse nicht aufgegeben trotz des Drucks der Reformisten und Revisionisten. Er ist für den Aufbau einer Kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse. Wir Kommunisten werden durch solche Beispiele angespornt, unsere Kräfte zu verdoppeln.

Fe.Wa./Zelle ÖBB/ Linz

Das Programm - ein gutes Mittel zur Verbreitung der Ansichten der Kommunisten

Als ich vergangenen Donnerstag mit dem Zug in den Dienst fuhr, saß ich mit einem Fahrdienstleiter im selben Abteil. Da ich Lokführer bin, habe ich einigen Einblick in die Arbeitswelt der Fahrdienstleiter und so kamen wir bald ins Gespräch.

Er erzählte mir, daß für sie, die Fahrdienstleiter, Uniformzwang bestehe, sie aber ihre Uniform selbst bezahlen müssen. Auch daß er etwa 5o km von seinem Wohnort seinen Dienst versehen müsse und wenn er morgens um 8 Uhr Dienstschluß hat, erst um 12 Uhr 3o zu Hause ankommt. Dafür gibt es natürlich keine Entschädigung.

Ich verkaufte ihm das Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs sowie das theoretische Organ des KB, "Kommunist" Nr. 1. Bevor wir uns trennten sagte er noch: "Ich habe zwar kein Geld bei mir, möchte aber auch gerne was spenden für den Aufbau. Ein Kursbuch der ÖBB könnt ihr sicherlich brauchen. Da habt ihr eines."

M.O.
Knittelfeld

Berichtigung

In der letzten Nummer des "Klassenkampf" (5/76) ist durch ein Versehen beim Satz des Titels des Artikels zur Spendensammlung ein schwerwiegender Fehler unterlaufen. Der richtige Titel hätte gelautet: "Vorwärts im Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs! Vorwärts im Kampf um den Aufbau einer neuen Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse!"

Durch den Fehler beim Satz ist ein Titel herausgekommen, der ein völlig falsches Bild der Situation im Parteiaufbau zeichnet, und der Linie unserer Organisation gänzlich widerspricht. Es kommt so heraus, als ob der Parteiaufbau einfach im Aufbau des Kommunistischen Bundes bestünde. Demgegenüber hält unser Programm fest: *"Die Kommunisten stehen vor der Aufgabe, ihre Spaltung zu überwinden, sich mit den Massen zu verbinden und eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Das können sie nur auf der Grundlage eines marxistisch- leninistischen Kampfprogramms." "Der Kommunistische Bund Österreichs entfaltet auf der Grundlage dieses Programms seine Politik und schlägt der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung vor, auf dieser Grundlage die Einheit aller Marxisten-Leninisten herzustellen."*

Spendenfest in Graz

Die Ortsgruppe Graz veranstaltete im Rahmen der zentralen Spendensammlung für den Aufbau des technischen Apparates am 23.Oktober ein Fest. Wir setzten uns zum Ziel, mit diesem Fest sowohl die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären kommunistischen Partei zu propagieren, als auch einen materiellen Erfolg für die Spendensammlung zu buchen.

Über 100 Besucher und eine zufällig anwesende 45 Mann starke ungarische Reisegruppe verfolgten aufmerksam das umfangreiche Programm. Nach einem einleitenden Referat durch den Sekretär der Ortsleitung, in dem die Bedeutung des Parteiaufbaus dargelegt wurde, sangen und spielten verschiedene Agit-Prop-und Musikgruppen: ein Chor von slowenischen Freunden und Genossen, die Theatergruppe des "Komitee für die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen" aus Wien und eine Musikgruppe der Ortsgruppe Wien des KB, sowie die Agitpropgruppe unserer Ortsgruppe. Für Abschluß und Ausklang des Festes gelang es uns, ein Trio von Musikstudenten zu gewinnen, das eine Instrumentalversion über den Putsch in Chile vorspielte.

Nach Abzug der Unkosten blieben uns ca. 600,- S übrig. Obwohl damit der finanzielle Erfolg nicht sehr hoch war, war dieses Fest dennoch eine gute Sache. Es ist gelungen, eine Reihe von Menschen besser mit dem Programm des KB und seiner Politik vertraut zu machen - diesmal besonders mit künstlerischen Mitteln. Darüber hinaus konnten wir den glücklichen Zufall, daß eine 45 Personen starke ungarische Reisegruppe unserem Fest beiwohnte, nutzen, um die Freundschaft zwischen dem ungarischen und dem österreichischen Volk zu verstärken. Dies kam besonders bei der Verlosung zum Ausdruck, bei der sich ein beträchtlicher Teil der ungarischen Freunde beteiligte. Eine ungarische Pensionistin gewann z.B. den "Anti-Dühring" von Friedrich Engels und einen Kuchen und als sie am Schluß wegging, schwenkte sie strahlend den "Anti-Dühring" über dem Kopf.

K.W.
Ortsgruppe Graz

NATO und Warschauer Pakt: Die Supermächte wetzen ihre Messer für den

Der Warschauer Pakt

Der Warschauer Vertrag, Grundlage des von der Sowjetunion beherrschten militärischen Bündnisses, wurde 1955 von der damals noch sozialistischen Sowjetunion und den damaligen Volksdemokratien Europas unterzeichnet. Er kam zustande,nachdem die westlichen Imperialisten unter der Führung des US-Imperialismus bereits ihre aggressiven Militärbündnisse, die NATO (1949),die SEATO (1954) und die CENTO (1955) gegründet hatten, die direkt gegen die Befreiungskämpfe der Völker und gegen die sozialistischen Länder gerichtet waren.Zur"Zurückdrängung des Kommunismus" wie es damals hieß. Der Bildung eines eigenständigen militärischen Bündnisses der sozialistischen Länder Europas gingen politische und diplomatische Versuche der UdSSR voraus, die aggressiven Bestrebungen der westlichen Imperialisten einzudämmen, Einfluß auf die NATO auch innerhalb des Bündnisses auszuüben, und den imperialistischen Charakter der NATO vor den Völkern Europas zu entlarven.

Das ursprüngliche Wesen des Warschauer Paktes, als gemeinsames Verteidigungsbündnis der UdSSR und den damaligen Volksdemokratien gegenüber den Aggressionen des Imperialismus hat sich durch die revisionistische Entartung der KPdSU und der Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion grundlegend geändert. Heute nutzen die Sozialimperialisten den Vertrag als Werkzeug ihrer imperialistischen Weltherrschaftsbestrebungen, Unterdrückung und Ausbeutung anderen Mitgliedsstaaten,deren kommunistische Parteien inzwischen selbst die Farbe gewechselt haben, und zur Aggression gegen andere Völker und Staaten. Alle bedeutenden Leitungsposten des Warschauer Paktes sind heute von sowjetischen Militärs besetzt, die anderen Staaten haben lediglich Vertretungspositionen. Die neuen Zaren fühlen sich durch den Warschauer Vertrag und durch ein System von zweiseitigen "Freundschafts- und Truppenstationierungsverträgen berechtigt, auf dem Territorium der Mitgliedsstaaten nach Belieben ihre Truppen zu stationieren, und diesen Exterritorialität einzuräumen. D.h., wenn sowjetische Militärs in diesen Ländern Verbrechen begehen, dann werden diese Fälle ausschließlich von den Staatsanwaltsschaftorganen der SU behandelt, und die einzelnen Länder haben kein Recht, sich an solchen Verfahren zu beteiligen. In einem modernen DDR-Werk über die sogenannte "Sozialistische Staatengemeinschaft" wird der Artikel 1 des WarschauerVertrages gar nicht mehr erwähnt, in dem ein Grundprinzip sozi alistischer Außenpolitik festgehalten ist: Die Parteien verpflichten sich, in ihren internationalen Beziehungen sich der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Ebenso wird das Prinzip der"gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit der Mitgliederstaaten" verschwiegen. Nicht alle der Staaten, die 1955 den Vertrag unterzeichneten, waren bereit, die Wandlung des Warschauer Paktes von einem Verteidigungsbündnis sozialistischer Staaten zu einem imperialistischen Instrument der Unterdrückung und Aggression mitzumachen. Die VR Albanien ist 1968 nach dem Einmarsch in die CSSR ausgetreten, Rumänien gewährt den Truppen des Paktes seit diesem Zeitpunkt keine Durchmarschrechte mehr, trotz des massiven Drucks seitens der Sowjetunion.

Die Sowjetunion richtet den Warschauer Pakt auf die Verfolgung ihrer imperialistischen Ziele aus

Seit Jahren und Monaten setzt die Sowjetunion Schritte, um sich den Warschauer Pakt als feste Waffe für die Verfolgung ihrer aggressiven Ziele, inbesondere in Europa zu schmieden.Sie verstärkt sowohl den Druck auf die einzelnen Mitgliedsstaaten, sich vollends dem militärischen Oberkommando, das der Sozialimperialismus fest in der Hand hat, zu unterwerfen, genauso wie sie auch die strategische Ausrichtung des Bündnisses auf ihre Kriegstreiberei gegenüber Europa ausrichtet. Erst in diesem Frühjahr hat sie im Warschauer Pakt einen eigenen Kommandostab für Südosteuropa eingerichtet, was zusammenfällt mit der verstärkten Aktivität der Sozialimperialisten im Mittelmeer. Über 70 Kriegsschiffe der neuen Zaren halten sich inzwischen dort auf.(Peking Rundschau,32/33 1976) Vor kurzem hat der sozialimperialistische Oberherr der DDR die Ausdehnung der Grundwehrzeit von 18 auf 24 Monate verordnet,und damit einen weiteren Schritt zur Vereinheitlichung der Militärausbildung aller Mitgliedsstaaten erzwungen. Die DDR hat sich dieser Maßnahme bisher wegen der "angespannten Arbeitskraftsituation" des Landes widersetzt. Dem Zweck, die Soldaten aller Mitgliedsstaaten als Kanonenfutter für die imperialistischen Machtgelüste der neuen Zaren bereitzustellen, dienen auch die gemeinsamen Manöver der stationierten Sowjettruppen samt Waffen mit den Armeen einzelner Länder. Ein solches fand gerade erst im Oktober "in Übereinstimmung mit dem jährlichen Ausbildungsprogramm" in Ungarn statt. Ende November soll der Politische Beratende Ausschuß, das höchste Gremium des Warschauer Paktes zusammentreten. Konferenzort ist Bukarest, was sicher kein Zufall ist. Die Sowjetunion versucht offensichtlich gegenüber Rumänien, deren kommunistische Partei sich mehrfach den imperialistischen Zaren entgegenstellt und nicht bereit ist, das Land politisch und wirtschaftlich dem Sozialimperialismus völlig auszuliefern,verstärkt die Knute zu schwingen. Als Ziel der Konferenz des Warschauer Paktes wird allgemein angegeben,daß sie "seine politische Integration verstärken und auf das Niveau der militärischen anheben"soll. (Presse,2./3. 10.76) Die Völker Osteuropas haben von dieser Konferenz nichts Gutes zu erwarten: so wie die Sozialimperialisten mit "wirtschaftlicher Integration" die Unterordnung ihrer Volkswirtschaften unter die von Krisen geschüttelte sowjetische Wirtschaft meinen, meinen sie mit "militärischer und politischer Integration" die Unterordnung dieser Länder unter die Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren gegenüber Europa.Auch die Völker Westeuropas müssen auf der Hut sein vor einer Konferenz, die diktiert wird von einer Macht,die sich selbstherrlich einbildet, sie entscheide über das "Schicksal Europas" und darüber, ob "Europa auf Krieg oder Frieden zusteuert." (Nach Hsinhua,30.9.76)

Die NATO intensiviert die Kriegsvorbereitungen

Die USA und die westlichen imperialistischen Staaten innerhalb des NATO-Bündnisses sind sich darüber im klaren, daß ihre Herrschaft über Europa gegenwärtig vom Militärbündnis des Warschauer Pakts unter der Führung der sozialimperialistischen Supermacht bedroht wird. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die westlichen Imperialisten, die sich ursprünglich mit der Absicht der Zerschlagung des damaligen sozialistischen Lagers zusammengeschlossen haben heute tatsächlich die Aggression der Sowjetunion fürchten müssen, die sich mittlerweile aus einer sozialistischen Friedensmacht in ein von imperialistischer Räuberlogik beherrschtes Land gewandelt hat. Die NATO hat diese geschichtliche Tatsache inzwischen zur Kenntnis genommen und stellt sich zunehmends darauf ein. Dabei ist es durchaus nicht so, daß sich die NATO lediglich auf die Verteidigung einrichtet, sondern ihr militärisches Konzept zielt auf die Abwehr eines sowjetischen Angriffes, die Aufreibung des Gegners und den anschließenden Eroberungskrieg. Dieses Konzept entspricht dem imperialistischen Inhalt dieses Bündnisses.

Den Angriff der Sozialimperialisten stoppen

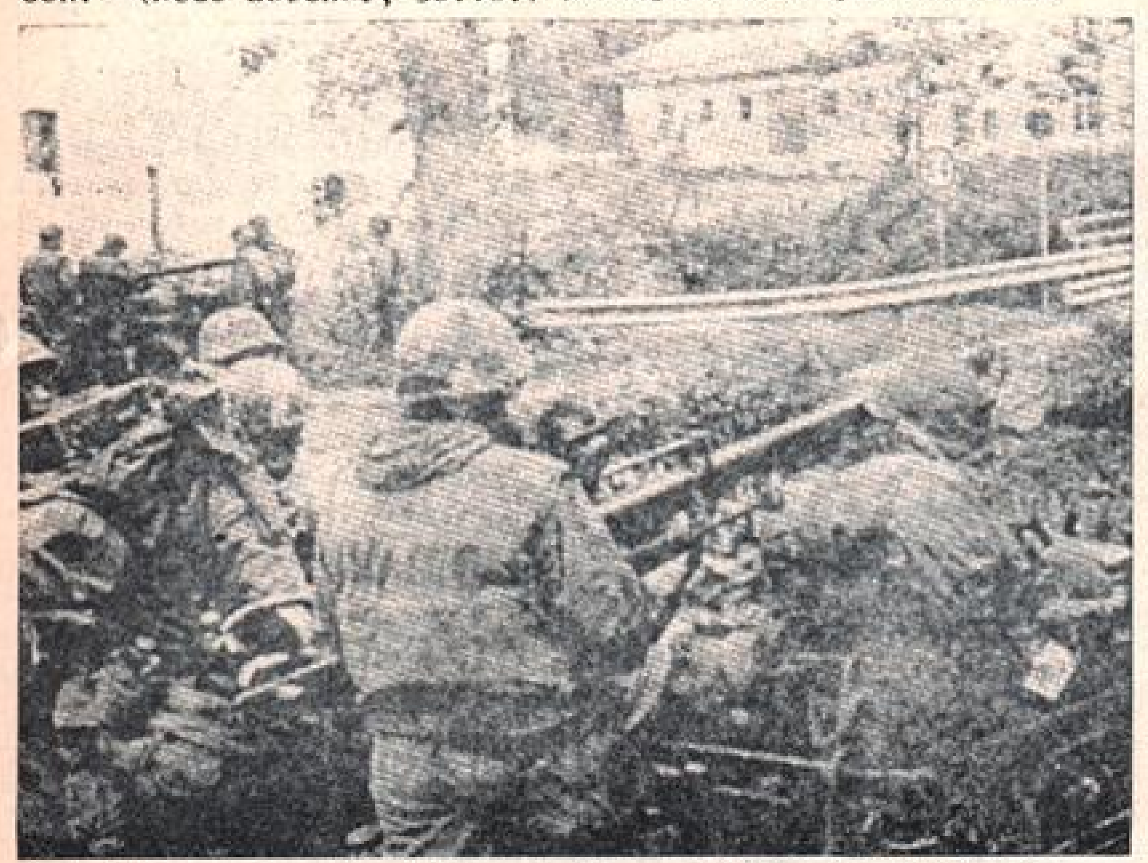
Schon bei der NATO-Manöverserie "Autumn Forge" diesen Sommer wurde dieses Konzept erstmals mit dem umfassenden, kombinierten Einsatz von Truppeneinheiten der Luft-, See- und Landesstreitkräfte im Bereich der Nordsee bis zum Mittelmeer geprobt. Mitte Oktober fand ein Manöver der US-Army mit Truppen der westdeutschen Bundeswehr im östlichen Schleswig-Holstein statt, bei dem es um die Überwindung eines breiten Flusses, einen Angriff durch sumpfiges und feuchtes Gebiet auf feindliche Verteidigungslinien ging. Übungen, die auf einen Ernstfall an der Elbe, Weichsel oder Wolga gerichtet sind.

Bisher unter den NATO-Staaten nicht gekannte Fortschritte machte in den letzten Monaten auch die gemeinsame Inangriffnahme beim Ausbau der Streitkräfte mit modernen und einheitlichen Waffengattungen. Der massierten Panzerstreitmacht der Sozialimperialisten wird ein neuer Panzer-Abwehrhubschrauber mit einer geschätzten "Erfolgsquote" von 15:1 gegenübergestellt. Weiters die "Milan"Panzerabwehrrakete mit einer angeblichen

Krieg um Europa

Treffsicherheit von 98%. Ende Oktober hat Großbritannien die Übernahme dieser bislang erst für Frankreich und der BRD bestimmten Waffen angekündigt. (Neue Zürcher, 24./25.10)

Um den 27.10. tagten in Brüssel für zwei Tage die NATO-Rüstungsdirektoren, um ein Treffen der Verteidigunsminister im Dezember vorzubereiten. "In diesem Zusammenhang sind insbesondere die nationalen Rüstungsprogramme über die nächsten Monate hinweg geprüft und nach Querverbindungen zwischen diesen Bewaffnungplänen gesucht worden." (Neue Zürcher, 30.10.7



Marineinfanteristen des US-Imperialismus sichern eine Brücke in Wellspang/ Schleswig-Holstein. Die Einflußnahme auf Westeuropa ist eine Existenzfrage für die weltweite Vormachstellung des US-Imperialismus. Dafür schickt er Vietnam-erprobte Truppen in die BRD.

Im Mittelpunkt standen dabei die Kommunikations- und das Frühwarnsystem durch mit besonderer Elektronik ausgerüstete Flugzeuge, weiters einigte man sich auf weitere Zusammenarbeitsverträge bei der Waffenproduktion. Neben der erwähnten "Milan"Rakete, wurde der gemeinsame Einsatz einer 150mm-Haubitze sowie einer kleinkalibrigen Infanterie-Handfeuerwaffe (7,62 mm) als NATO-Standard besproche.

Ab Frühjahr 1977 wird die USA zur "Verstärkung der Luftverteidigung Westeuropas" ihr Truppen- und Waffenarsenal in Europa aufstocken; 3.000 Soldaten, womit die US-Truppenstärke in Europa insgesamt 305.000 Mann erreichen wird,und die Entsendung von 72 Maschinen vom Typ F-15-Eagle in die BRD, 84 Maschinen vom Typ F-111 nach Großbritannien. Die F-15 ist ein Luftjäger, der als den sowjetischen Flugzeugen überlegen erachtet wird; die Jägerflotte der USA in Westeuropa erreicht damit eine Stärke von 550 Maschinen. Gleichzeitig wird auch die Stärke der Jadgbomber-Flotte ausgebaut: einmal mit dem F-111 in Großbritannien, zum anderen mit der Ersetzung des in der BRD stationierten F-4-Bombers durch Maschinen vom Typ F-16, die mit zusätzlichen Einrichtungen ausgestattet werden sollen, sodaß sie ebenfalls Atombomben tragen können. (alle Angaben lt.Neue Zürcher, 3.11.) Daß es hier nicht ausschließlich um "Luftverteidigung" geht sieht man daran, daß die entscheidende Neuerung der Luftverstärkung der durch die gesteigerte Reichweite bewirkte Offensivcharakter ist.

Mächtige Ausmaße erreicht auch der Ausbau der US-Kriegsflotte: Wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 19 Kriegsschiffe pro Jahr hergestellt, so sind jetzt allein bis 1980 noch weitere 120 Schiffe zum Bau vorgesehen. (lt.Kommunistische Volkszeitung 42/76)

...und in der Konteraggression das Territorium des Konkurrenten erobern

Dieser Ausbau des militärischen Gewaltapparates der NATO stellt nicht einfach wahnwitziges Aufrüsten dar, sondern hat System. In der "Europabeilage" der "Presse" vom 6.10. hat der NATO-Stratege Steven Canby herausgelassen, wie sich der westliche Imperialistenblock die "vitale Verteidigungspolitik für Westeuropa" vorstellt. Die europäischen Bündnispartner sollen bei ihren Luft- und Seestreitkräften zugunsten der Verbesserung ihrer Armeeausrüstung einsparen. Den US-Imperialisten ist die Rolle zugedacht, durch ausreichende Luft- und Seestreitkräfte für die rasche Verstärkung und Mobilisierung der Reserven zu sorgen."In Rüstungsreserven und nicht in Truppenstärke besteht...die unerläßliche Grundvoraussetzung", meint Canby. Erst die Schaffung einer "großen Reserve... von der nur ein Bruchteil bereits in den ersten Wochen eines Konfliktes aufgeboten werden müßte", könne die "moderne, zentral gesteuerte faktische Luftwaffe" und "eine große Zahl von höher entwikkelten Antipanzerwaffen" voll zur Wirkung bringen. Das Konzept besteht also darin, den Angriff des Gegners "in den ersten Wochen"zu stoppen und anschließend den "Konflikt" zu einem ausgiebigen Aggressionskrieg auf das feindliche Territorium zu nutzen. Die Ankündigung des NATO-Befehlshabers Haig, daß bereits Pläne "für die Einbeziehung der zivilen Luftfahr und der Handelsmarine in Europa zur Verbesserung und Beschleunigung des Truppentransportes im Kriegsfall" aufgestellt wurden, ergänzt dieses Konzept. (Neue Zürcher, 15.10.7

Die Militärbündnisse dienen nicht der Verteidigung, sondern der Aggression

Die NATO dient der Verteidigung, dem Frieden und der Entspannung genausowenig wie der Warschauer Pakt. Was die NATO-Imperialisten "verteidigen" wollen, ist ihre imperialistische Ausbeuterordnung im eigenen Land und das imperialistische "Recht" zur Ausplünderung fremder Völker. Der bundesdeutsche Wehrexperte Wörner (CDU) formuliert das so: "Wenn sowohl die nationale Sicherheit jedes westlichen Staates, als auch die Sicherheit des gesamten freien Westens unmittelbar abhängig sind von der Stabilität des internationalen ökonomischen Systems, dann folgt hieraus zwingend, daß jede bewußt unternommene Störung dieses Systems als Aggression erkannt, bewertet - und beantwortet werden muß" (Wehrkunde, 2/75). Mit anderen Worten, eine "Störung" der imperialistischen Ausbeuterordnung wird mit der Politik der Einmischung, des politischen Drucks und notfalls mit militärischer Gewalt beantwortet. Im heutigen Europa ist es aber in erster Linie der Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen Unterdrückung, verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung, der das "ökonomische System" der imperialistischen Bourgeoisien bereits gewaltig stört. Die imperialistischen Militärbündnisse unter der Führung der beiden Supermächte richten sich auch gegen den verschärften Klassenkampf der Arbeiterklasse im Westen wie im Osten, in dem die Massen ihre Interessen gegenüber der Herrschaft der Imperialisten und der Sozialimperialisten zur Geltung bringen.

M.Z.

Streiks in der Sowjetunion

Tausende Arbeiter der metallurgischen Werke in Dniepropetrovsk und der Maschinenbaufabrik in Vitebsk traten vor kurzem in den Streik, um gegen die steigenden Preise zu demonstrieren und Lohnerhöhungen zu fordern.

Der Streik ist eine neue Entwicklung in einer Reihe von Streiks in verschiedenen Teilen der Sowjetunion, und ein Ausdruck des anwachsenden Kampfes des sowjetischen Volkes gegen die reaktionäre Herrschaft der Breschnjew Clique.

In der Sowjetunion herrscht ein Mangel an Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Diese Waren sind bestenfalls in den freien Märkten zu hohen Preisen verfügbar. Wegen dieser Zustände treten die Arbeiter überall in der Sowjetunion in den Streik und steigern ihren Widerstand gegen die herrschende Klasse. (Hsinhua,3.11.)

UNO: Forderung nach Friedenszone im Indischen Ozean

Zahlreiche Vertreter aus den Ländern der Dritten Welt forderten bei der Generaldebatte der UNO-Vollversammlung nachdrücklich die Errichtung einer Friedenszone im indischen Ozean. Sie brachten damit den Wunsch nach Frieden und Sicherheit in diesem Gebiet zum Ausdruck, die angesichts der intensiven Rivalität der beiden Supermächte gefährdet werden. Seit 5 Jahren weigern sich die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte, diesen Forderungen in der UNO zu entsprechen.

Der Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Emirate setzte sich für die Verschärfung der Zusammenarbeit unter den Golfstaaten und für entschlossene Anstrengungen zur Verwirklichung von Sicherheit und Stabilität in dieser Region ein. Dazu sei es notwendig, das Golfgebiet aus der Rivalität der Supermächte vollkommen herauszuhalten, betonte er. Der Außenminister Madagaskars, Rakotomaro, bekräftigte die bleibende Gültigkeit der in der Deklaration für die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean festgehaltenen Prinzipien. Diese zielen darauf ab, "die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Staaten dieser Region zu sichern, die Großmachtrivalität in ihr auszuschalten und insbesondere die Militärstützpunkte und Nuklearwaffen, die im Zusammenhang mit dieser Rivalität eingeführt wurden, zu entfernen." "Wir verurteilen das Bestreben von Ländern, die nicht Teil dieses Gebietes sind, die maritime Oberherrschaft zu erlangen und Verteidigungskonzepte im Indischen Ozean auszuhecken, weil dies eine Quelle der Spannung ist." (Nach Hsinhua, 18.10.)

Ostblockländer müssen Gasleitung für die Sowjetunion bauen

Ein gutes Beispiel für die Ausplünderung der COMECON -Länder durch die Sowjetunion ist der Bau der Orenburger Gasleitung. 1974 ist der Vertrag für den Bau in Sofia zwischen Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, der DDR und Ungarn abgeschlossen worden. Vereinbart wurde, daß diese Länder am Bau der Gasleitung teilnehmen und dafür Gaslieferungen von der UdSSR erhalten.

Die Länge der Rohrleitung beträgt 3000 km, sie reicht vom Ural bis zur westlichen Grenze der Sowjetunion, also liegt die Leitung ausschließlich auf russischem Boden. Die vertragschließenden Länder sollen diesmal "nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch durch unmittelbare Bauleistungen" zum Bau beitragen. (Zitiert nach Pressekonferenz von J.Adam, Staatssekretär im Ministerium für Schwerindustrie, Népszabagság vom 6.7.76)

Die Sowjetunion übernimmt die Erschließung der Gasfelder und der Strecke der Leitung, stellt außerdem alle Pläne für den Bau. Ranschaffen sollen dann die anderen Länder. Rumänien soll z.B. Maschinen aus dem Westen importieren, das heißt nichts anderes, als daß Rumänien mit westlichen Devisen für die sowjetischen Gaslieferungen bezahlen soll und zwar hier und heute, wobei sich die Gaslieferungen auf 20 Jahre erstrecken, ab 1979!

Die Strecke wird unter anderen Teilnehmern gleichmäßig aufgeteilt. Ungarn baut am westlichsten Abschnitt 3 Kompressorenstationen, im Bereich Huszt, Boborodtschani und Gusjatjin, hierzu auch noch die kommunalen und Wohngebäude. Einige Arbeiten an der Leitung werden von der Sowjetunion ausgeführt, dafür liefert Ungarn Ikarusz-Busse, Maschinen und zum Bau benötigte Materialien an die Sowjetunion. Ein wahrhaft merkwürdiger Vertrag! Dafür, daß die Sowjetunion auf ihrem eigenen Gebiet eine Gasleitung baut, liefert Ungarn hochwertige Industriegüter, für die es irgend wann einmal Gaslieferungen erhält. (Ebenfalls ab 1979 für die nächsten 20 Jahre). Inzwischen arbeiten 1800 ungarische Fachkräfte am Bau in der UdSSR, zu einem Zeitpunkt, wo in Ungarn Arbeitskräftemangel herrscht und die ungarische Bauindustrie völlig darniederliegt. Der Bau von Wohnhäusern kommt kaum voran, Investitionsbauten stehen halb fertig in der Gegend herum,weil sie nicht zu Ende gebaut werden können.

Die Ausplünderung durch den Sozialimperialismus ist einer der Hauptgründe für die andauernden Preissteigerungen in den osteuropäischen Ländern. Hier läßt sich die Sowjetunion von den COMECON-Ländern eine hochwertige Gasleitung bauen, die ihr gehört, und sofort bezahlt und rangeschafft werden muß. Dafür zahlt sie dann in 25 Jahren mit Gaslieferungen, wodurch die Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion zusätzlich erhöht wird. Denn von ihrer Treue zur Sowjetunion hängt ab, ob sie für ihre jetzigen Investitionen überhaupt was zurück bekommen. Mit dem Bau solcher zentralen Leitungen setzt sich die Sowjetunion an den Schalthebel der Energieversorgung der osteuropäischen Länder und nutzt diese Tatsache zur weiteren Ausplünderung und Entrechtung dieser Länder.

G.W.

Frankreich:

Widerstand gegen den imperialistischen „Barre-Plan"

Schon seit mehreren Monaten ist die Lage in Frankreich durch ein Ansteigen der Klassenkämpfe gekennzeichnet.

Überall im Land führen die Arbeiter den Kampf gegen Lohnabbau,Rationalisierung und Arbeitslosigkeit und besetzen dabei teilweise die Betriebe.

Mit dem sogenannten "Barre-Plan" will die französische Bourgeoisie die Ausbeutung und Ausplünderung der Massen noch steigern. Vorgesehen ist für die Arbeiterklasse ein Lohndiktat, massive Steuererhöhungen, Beitragserhöhungen bei Kranken - und Renten- versicherung und gleichzeitig eine Kürzung deren Leistungen. Das vom Lohn der Arbeiter erbeutete Geld soll in Form von Steuererleichterungen,Investitionshilfen und günstigen Krediten für Exporte in die Taschen der Finanzbourgeoisie fließen.

Am 7. Oktober hat die französische Arbeiterklasse auf den "Barre-Plan" mit einem Streik im ganzen Land geantwortet. Allein in Paris waren es nach offiziellen Angaben 500 000, die gegen das Sanierungsprogramm der Regierung auf der Straße protest ierten. Die Kampfaktionen waren die größten in Frankreich seit dem Mai des Jahres 1968.

Am 23. Oktober hielten neuerlich 200 000, vor allem jugendliche Arbeiter Kundgebungen und Demonstrationen in Paris und 20 anderen großen Städten Frankreichs ab. 25 000 waren es in Paris, die sich an einem Protestmarsch gegen das Antiinflationsprogramm der Barre-Regierung beteiligten. Die Kampfaktionen wurden im Rahmen eines nationalen Aktionstages gegen die Jugendarbeitslosigkeit für die jugendlichen Arbeiter geführt,zu dem die Gewerkschaft CGT und CFDT, sowie die Lehrergewerkschaft FEN aufgerufen hatten. Zumindestens in Paris waren es aber nicht nur jugendliche Arbeiter, die an der Demonstration teilgenommen haben. Die Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse ist durch den Einfluß der reformistischen sozialistischen und der revisionistischen kommunistischen Partei in den Gewerkschaften wesentlich geschwächt. Schon bei dem Generalstreik am 7.Oktober haben die PFC und die und die PS ihr"Gemeinsames Programm" als Alternative zum"Barre-Plan" verkündet. Dieses Programm der Reformisten und Revisionisten soll durch eine Regierungsbeteiligung dieser beiden Parteien (1978 sind in Frankreich Parlamentswahlen) zusammen mit der rechten Gaullistenpartei durchgesetzt werden. Gegenüber dem "Barre-Plan" schlagen die PCF und die PS lediglich einige kosmetische Korrekturen vor. Schon vor der Verkündigung des Plans sind sie mit der Regierung in Verhandlungen getreten. Die Reformisten und Revisionisten erklären ganz offen,daß sie für die Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sind.Sie versuchen, die Volksmassen für einen "Sozialismus" durch allgemeine Wahlen und unter Aufrechterhaltung des bürgerlichen Parlaments zu gewinnen und so an die Bourgeoisie zu fesseln.

.Aus diesem Grund stellen sie eine Fessel für die französische Arbeiterklasse dar, die diese hindert, die Kraft für den Sturz der imperialistischen Ausbeuterordnung in der Revolution zu sammeln. Im Kampf gegen den "Barre-Plan" bedeutet es eine Schwächung der französischen Arbeiterklasse,wenn nicht die ganze Klasse und andere Teile des werktätigen Volkes zu einer einheitlichen Front zusammengefaßt werden, und demgegenüber bloß Teile zu einzelnen Aktionen in den Kampf geführt werden. Im September waren in Frankreich nahezu 950 000 Arbeiter als arbeitslos registriert. Im Alter unter 25 waren davon die Hälfte. Der Wille der französischen Arbeiterklasse, ihre volle Kraft beim Ansturm gegen das imperialistische Sanierungsprogramm der Bourgeoisie zu entfalten,kam bei der Pariser Demonstration vom 7. Oktober in den Parolen "Seien wir stärker als 68! Warten wir nicht auf 1978!" (Zeitpunkt der Parlamentswahlen) zum Ausdruck.Die Durchsetzung dieses Willens der französischen Arbeiterklasse macht es notwendig, sich von der Fessel des Reformismus und Revisionismus zu befreien und eine eigene revolutionäre Kampfpartei aufzubauen.

M.Z.

England: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

In einem 21 Wochen dauernden Streik haben die weiblichen Arbeiter der US-eigenen Trico-Folbert-Fahrzeugbestandteilfabrik in Westlondon ihre Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erfolgreich durchgesetzt. Während des Streiks,der am 24.Mai begonnen hatte, hielten die Arbeiterinnen Massenversammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen an den Toren der Fabrik ab. Die männlichen Arbeiter des Betriebes schlossen sich dem Streik an. Ebenso erhielten sie die Unterstützung von Arbeitern anderer Werke. Viele sandten ihnen finanzielle Hilfe. Alle Versuche der Betriebsleitung, die Streikenden wieder zur Arbeitsaufnahme zu zwingen, scheiterten an der kämpferischen Einheit.

In mehreren Werken des US-eigenen Ford-Konzerns traten während der letzten Wochen Arbeiter in den Ausstand, um gegen die Entlassungen zu protestieren mit denen die Monopolkapitalisten die wirtschaftliche Krise auf die Arbeiter abwälzen wollen. Im Ford-Betrieb in Dagenham zerstörten die Arbeiter Ausrüstungen und Einrichtungen, um ihre Empörung über die andauernden Kündigungen zum Ausdruck zu bringen.

Tausende Arbeiter, Lehrer und Studenten hielten vor kurzem Demonstrationen und Kundgebungen in Tyneside, in Sheffield und anderen Städten ab. Sie protestierten gegen die Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und gegen die steigende Arbeitslosigkeit. (Hsinhua, 22.10.)

Protestdemonstration gegen Juan Carlos

Am 10.Oktober rief Ministerpräsident Alfonso Lopez in Kolumbien den Belagerungszustand über das ganze Land aus. Militante Kampfaktionen und wachsende Streikaktionen in den Betrieben einerseits,und gleichzeitig auch "notwendige Sicherheitsmaßnahmen"für den Besuch des spanischen Königs Juan Carlos wurden der Öffentlichkeit als Grund bekannt gegeben. (Neue Zürcher,10.10.76).

Auch bei dem Treffen mit Giscard d'Estaing in Paris Ende Oktober wurde der spanische König trotz Demonstrationsverbots von 5 000 Demonstranten "begrüßt".

"Vertrauen" in den Demokratisierungsprozeß in Spanien herrscht offensichtlich lediglich unter der europäischen Finanzbourgeoisie.Nicht aber im spanischen Volk,und auch nicht in der internationalen Arbeiterklasse. Das zeigen die in Paris gerufenen Losungen "Volle Amnestie!" und "Fort mit Francos Nachfolgern!" (Nach Neue Zürcher, 30.10.76)

Das Volk von Zimbabwe fordert die Macht sofort
Die Entscheidung fällt auf dem Schlachtfeld

Die bürgerliche Presse bejammert den Verlauf der Genfer Rhodesien-Konferenz, da sie nicht nach den Plänen der Imperialisten, die sie einberufen haben, abgeht. Das einheitliche Vorgehen der vier Führer der afrikanischen Befreiungsbewegung und die Entschlossenheit des Volkes von Zimbabwe, sich seine nationale Selbstbestimmung durch die Zerschlagung des Kolonialregimes zu erkämpfen, bestimmen den Verlauf der Verhandlungen.

Die Fronten sind abgesteckt: Die Führer der afrikanischen Delegationen lehnen den Kissinger-Plan, auf dessen Grundlage die Imperialisten und Kolonialisten verhandeln wollen, klar ab; als ein Manöver der in die Enge getriebenen Feinde des Volkes, ihre Macht in Zimbabwe unter der neuen Form einer "afrikanischen Mehrheitsregierung" zu behalten. Robert Mugabe erklärte in Genf am 24.1o.: "Zur gleichen Zeit, wie wir verhandeln, bleiben wir entschlossen, den Krieg fortzuführen, bis wir alle Macht in den Händen haben. Unsere Haltung zu dieser Konferenz ist allgemein gekannt. Wir wollen die Machtübergabe und die Unabhängigkeit. Zum Kissinger-Plan wurden wir nicht gefragt und er wird vollständig von uns und den ganzen Volksmassen Zimbabwes, die hinter uns stehen, abgelehnt."

Der Rassistenchef Smith erklärte, über nichts anderes verhandeln zu wollen, als über die Durchführung des von Großbritannien, USA und Südafrika ausgebrüteten Kissinger-Planes. Deutlich sagt er warum: "Gesetz und Ordnung müssen und werden in Rhodesien aufrechterhalten und unsere Sicherheitskräfte werden die Vernichtung der Terroristen fortsetzen, wo sie sie finden." (NZZ, 19.1o.) Ordnung im heutigen Rhodesien heißt aber nichts anderes als Elend, Rechtlosigkeit und Ausbeutung der afrikanischen Volksmassen auf der einen Seite, Macht und Reichtum der Kolonialisten und ihrer imperialistischen Verbündeten auf der anderen.

Smith hat mittlerweile die Konferenz verlassen. Die Begründer des Kissinger-Planes versuchen, ihn mit geringfügigen Modifikationen, die an seinem Wesen nichts ändern, doch noch durchzubringen. Um überhaupt die Verhandlungen noch aufrechterhalten zu können, mußten die Imperialisten die Frage der Übergangsregierung jetzt in den Hintergrund stellen und über das Datum der Unabhängigkeit sprechen. Auch hier sieht sich der britische Vorsitzende mit der einheitlichen Haltung der Afrikaner konfrontiert: Unabhängigkeit im September 1977.

Die Imperialisten sehen sich in einer schwierigen Situation. Bei der Möglichkeit ihren Plan durchzubringen, setzen sie darauf, die Führer des afrikanischen Widerstandes gegeneinander auszuspielen und mit Zugeständnissen an die "gemäßigteren" eine Übergangsregierung unter ihrer Kontrolle zu installieren. Damit wollen sie sich die Gelegenheit schaffen, als Garantiemächte in Zimbabwe einzugreifen und das Volk, das um seine Befreiung weiterkämpft, niederzuschlagen. Die britischen Imperialisten haben auch schon Pläne dafür: "Die Bildung einer gemischtrassigen Friedenstruppe aus Angehörigen der Commonwealth-Staaten für die Übergangsperiode in Rhodesien." (Presse, 2.11.) Die imperialistische Aggression gegen das Volk von Zimbabwe wird vorbereitet. Gegenwärtig findet ein gemeinsames Manöver von US-, westdeutschen und kanadischen Truppen unter dem Namen "Donau-Safari" statt, und die Imperialisten wissen, welche Namen sie ihren militärischen Demonstrationen geben.

Die sozialimperialistische Sowjetunion kritisiert den Kissinger-Plan wegen der Absicht der USA, "imperialistische Kontrolle" auszuüben. In der "Prawda" heißt es, die westlichen Imperialisten wollten den Seeweg um Afrika, vor allem aber die "weiten Territorien" südlich des Wendekreises des Krebses unter Kontrolle halten. Sie empört sich, daß ihre Konkurrenten die "sowjetische Präsenz in diesen Gebieten, die minimal ist, angreifen". Um diese "minimale Präsenz" zu vergrößern, versuchen die Sozialimperialisten den Boden, den ihnen die Spaltungs- und Einmischungsversuche der westlichen Imperialisten schaffen, zu nützen, um ihre Wühlarbeit und Infiltration in die Befreiungsorganisationen Zimbabwes unter dem Deckmantel des "wahren Freundes" des afrikanischen Volkes zu verstärken.

Gegen jeden Versuch, den Befreiungskampf zu unterdrücken, wird der Volkskrieg im Vertrauen auf die eigene Kraft verstärkt. Das Kräfteverhältnis auf der Genfer Konferenz zwischen dem Lager der Revolution und der Konterrevolution bestimmt sich von der Situation in Zimbabwe. Die kämpfenden Volksmassen haben erst die Imperialisten auf den Verhandlungstisch gezwungen. Heute ist ganz Zimbabwe ein Kampfplatz. Insbesondere nach Aufnahme der Verhandlungen vergeht kein Tag, wo nicht die Befreiungskämpfer Stützpunkte, Verkehrsverbindungen und Luxushotels der Rassisten angreifen. Vor wenigen Tagen gelang die erfolgreiche Sprengung eines ganzen Zuges mit Exportgütern (NZZ, 4.11.). Die Rassisten versuchen verzweifelt, ihre militärische Position aufzubessern. Da sie der Lage in Zimbabwe nicht Herr werden können, starteten sie in den letzten Tagen mit Artillerie, Panzerabteilungen und Jagdflugzeugen einen Großangriff auf die Ausbildungslager der Befreiungskämpfer in Mozambique. Die "Neue Züricher Zeitung" muß feststellen, daß sich "die militärische Lage in den vergangenen Monaten zuungunsten der Weißen drastisch verschlechtert". Die Kampfmoral sinkt, viele Wehrpflichtige setzen sich ins Ausland ab, während gleichzeitig mehr und mehr Afrikaner aus den Schulen, Wehrdörfern und afrikanischen Reservaten in die Ausbildungslager gehen."

Auf den Schlachtfeldern von Zimbabwe wird die Entscheidung fallen über die politische Macht, die das Volk braucht, um seine Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen.

el.ri.

„Komitee gegen die Apartheid" in Graz gegründet

Vor kurzem wurde von Vertretern der Ortsgruppe Graz des KB und einer Reihe nicht organisierter Gegner des Rassismus und der Apartheidpolitik das "Komitee gegen die Apartheid" gegründet. Sein Ziel ist es, den Kampf der Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe in ihrem gerechten Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus zu unterstützen, der Zusammenarbeit der österreichischen Regierung mit den Rassistenregimes entgegenzutreten und die Sammlung wie das gemeinsame Auftreten aller Kräfte, die die Apartheid ablehnen, zu fördern.

Ohne harten Kampf geht es auch in Graz nicht ab. Als Spalter Nr.1 traten auch hier die Revisionisten auf. Sie schickten einen Vertreter des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) vor, um zu erklären, sie könnten im Komitee nicht mitarbeiten, weil dieses "alle Kräfte und Organisationen, die den Kampf gegen die Apartheid, Rassismus und Kolonialismus führen, egal welche Politik sie darüber hinaus verfolgen", unterstützen (Statut des Komitees). Der KSV sei nur für eine "differenzierte Unterstützung", und zwar nur der "fortschrittlichen Organisationen", wobei die als "fortschrittliche" bezeichnet wird, auf die die Sowjetunion gerade setzt. Hauptkriterium sei die Haltung "in der Angolafrage", d.h. die Unterstützung der sowjetischen Besetzung und Kontrolle dieses Landes und Rechtfertigung als "sozialistische Bruderhilfe".

Entgegnet wurde diesem Ansinnen, daß es sich 1.) bei der Antiapartheidbewegung nicht um die Angolafrage handelt und daher auch jemand, der ehrlich gegen den Rassismus ist, die Sowjetunion in Angola aber nicht verurteilt, teilnehmen soll; und 2.) wurde der Versuch, Befreiungsbewegungen gegeneinander aufzubringen, die einen zu unterstützen und die anderen zu verurteilen, zurückgewiesen und als das verurteilt, was sie sind: alte Mittel des Imperialismus und Kolonialismus, ihre Niederlage hinauszuzögern und der Einheit der Volksmassen entgegenzuwirken.

G.M.
Ortsgruppe Graz

Wieder verstärkte palästinensische Präsenz im Libanon

Die 8. Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Kairo, an der alle arabischen Staaten vertreten waren, hatte die Beschlüsse von Riad bestätigt: Waffenstillstand im Libanon, Entsendung einer arabischen Friedenstruppe von 30 000 Mann, Rückzug aller Parteien auf die Positionen vor dem April 1975 und Respektierung des Abkommenszwischen der libanesischen Regierung und der Palästinensischen Widerstandsbewegung von 1969, das den Palästinensern an bestimmten Orten des Libanon volle Freiheit zur Organisierung des nationalen Befreiungskampfes gegenden Kolonialstaat Israel erlaubt. Seither wird dieser Plan schrittweise durchgesetzt.

Die PLO hat Einheiten ihrer Kämpfer durch die von Syrien kontrollierte Bekaa-Ebene in den Südlibanon verlegt, um so ihre im Abkommen von 1969 festgelgten Rechte zu verteidigen. Die christlichen Milizen haben sich bis jetzt geweigert, die arabische Friedenstruppe in die von ihnen kontrollierten Gebiete zu lassen. Sie wollen den Südlibanon mit der ihnen von Israel reichlich zufließenden Hilfe in eine Bastion der Reaktion verwandeln und dem palästinensischen Widerstand das Hinterland nehmen für seinen Kampf um seine nationalen Rechte. Die Herstellung der einheitlichen Haltung der arabischen Länder wird mithelfen, diese Handlanger des Imperialismus und Zionismus vollends zu isolieren.

Das imperialistische Komplott das der palästinensischen Revolution den Libanon als Hinterland rauben sollte, ist gescheitert, das sieht man heute deutlich. "Die palästinensische Revolution vertraut auf unsere Hände und Gewehre", erklärte Yasser Arafat, der Vorsitzende der PLO am 31.10. "Die palästinensische Revolution ist aufgerufen, den Kampf entschlossener zu führen mit dem Ziel, über die Feinde zu triumphieren."

C.R.

Zum 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit

„Die Partei ist das Herz und

Als die Kommunistische Partei Albaniens - die heutige Partei der Arbeit Albaniens - am 8. November 1941 gegründet wurde, war Albanien das rückständigste und ärmste Land Europas, dessen Unabhängigkeit jahrhundertelang Opfer der imperialistischen Großmächte war. Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend, schwere Fronarbeit, Emigration, schlechtgekleidete barfüßige Kinder, baufällige Hütten mit Öllampen und Kienspan waren das Los des ausgebeuteten Volkes.

Nachdem die zutiefst volksfeindliche Politik des feudalbürgerlichen Zogu-Regimes die Armut und das Leiden des Volkes maßlos vergrößert, alles Fortschrittliche brutal unterdrückt und das Land den Ausländern verkauft hatte, hatten 1939 noch schrecklichere Feinde - die italienischen faschistischen, blutrünstigen Besatzer das Land überfallen und dem Volk jede Freiheit und Unabhängigkeit geraubt. Die Unzufriedenheit des unterjochten, hungernden und verratenen albanischen Volks war damals auf die Spitze getrieben worden und hatte eine revolutionäre Situation herbeigeführt. Das Volk wollte Brot, Land, Freiheit und die elementarsten Rechte. Es hatte aber keine Führung.

Im Feuer des nationalen Befreiungskampfes wurde die Partei gegründet, gestählt und bewährte sich als Kampfstab

Unter diesen Bedingungen überwanden die Mitglieder der damaligen kommunistischen Gruppen ihre Streitigkeiten und engen Gruppeninteressen, in die sie einige bornierte Führer geführt hatten, verbanden sich in großen antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen mit den Massen und bereiteten die Gründung der Kommunistischen Partei vor. Am 8. November fand in Korca eine große Demonstration statt, die mit einem blutigen Zusammenstoß mit der faschistischen Polizei endete. Am gleichen Tag versammelten sich illegal in einem Haus im Armenviertel von Tirana 15 Delegierte der kommunistischen Gruppen, unter Führung Enver Hoxha's, faßten die historischen Beschlüsse der Gründung der Partei, und erarbeiteten die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Partei, die politische Linie für den nationalen antifaschistischen Befreiungskampf. Dabei mußte ein scharfer Kampf gegen trotzkistische Ansichten geführt werden, wonach in Albanien "kein Proletariat existiere","die Bauern konservativ seien" etc.

In Tirana besuchten diesen Sommer Genossen des KB Österreichs das einfache, kleine Haus, indem vor 35 Jahren die neue Zeit, die Revolution in Albanien ihren siegreichen lichten Marsch antrat. Die Genossin im Museum erzählte uns, daß die Delegierten stets mit der Waffe unterm Kopfkissen schliefen. "Grell hallten die Stiefel der schwarzen Trupps auf dem Pflaster. Hinter Türen und Fenstern standen Arbeiter, Schwestern, Mütter Wacht für die Tapferen .." heißt es in einem albanischen Gedicht.

Die neue Partei zählte damals nur 200 Mitglieder, (heute sind es 101.500) sie war die erste - und einzige - Partei Albaniens.

Als strategisches Ziel für die historische Situation wurde festgelegt: "Für die nationale Unabhängigkeit und für eine demokratische Volksregierung in einem Albanien ohne Faschismus zu kämpfen".

In den Stürmen des Nationalen Befreiungskampfs wurde die Partei rasch der führende Kampfstab. Im Feuer des Kampfs gegen die faschistischen Besatzer schloß sie alle Patrioten in einer nationalen Befreiungsfront zusammen, bildete eine nationale Befreiungsarmee und organisierte den allgemeinen Volksaufstand.

Unter der korrekten Führung der PAA hat das Volk Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus errungen und verteidigt

Am 29. November 1944 befreite das albanische Volk aus eigenen Kräften das ganze Territorium. Zum Unterschied von anderen befreiten Ländern zerschlug die Befreiungsarmee auch den alten Staatsapparat vollständig. Die Nationalen Befreiungsräte wurden die einzige Grundlage der Volksmacht. Als marxistisch-leninistische Partei konnte die KPA nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Der Befreiungskampf hatte das Volk an die Spitze gebracht, nun mußte es weiter vorwärts schreiten auf dem Weg der sozialen Befreiung, wenn ihm die Früchte seiner Anstrengungen von den Imperialisten, Feudalen und dem Bürgertum nicht wieder entrissen werden sollten, wie stets in den früheren Befreiungskämpfen.

Das albanische Volk hat Zeit seines Bestehens um nationale Selbständigkeit und Freiheit, um die Erhaltung seiner Kultur und Sprache kämpfen müssen. Im Lauf der Jahrhunderte mußte sich dieses tapfere Volk "den Weg durch die Geschichte mit dem Schwert in der Hand bahnen", wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat. Dabei entwickelte es hervorragende demokratische und revolutionäre Traditionen, auf die die kommunistische Partei sich stützen konnte und die ihre eigene Grundlage war.

"Aber aus den Kriegen, Leiden und dem Elend hatte es die große Lehre gezogen, daß ohne eine revolutionäre Führung sein vergossenes Blut und seine Anstrengungen vergeblich sein würden, der Endsieg nicht gesichert werden könnte. Diesen Traum verwirklichte das albanische Volk durch die Gründung der KPA, die aus ihm hervorging und während des Kampfs von ihm erhärtet und erzogen wurde." (Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, S. 259) Unter der korrekten Führung der Partei der Arbeit Albaniens hat das Volk Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus errungen und verteidigt.

Wie ist es möglich, daß Albanien heute ein freies, politisch und wirtschaftlich unabhängiges, wahrhaft sozialistisches Land ist, in dem Armut, Elend und Hunger, Analphabetentum und Malaria beseitigt sind, in dem sich die Wirtschaft planmäßig und stabil entwickelt ohne Ausbeutung, ohne Krisen, Arbeitslosigkeit oder Inflation zu kennen?

Es war nur möglich durch die Führung einer marxistisch-leninistischen Partei, die von Anfang an die unsterblichen Ideale von Marx, Engels, Lenin und Stalin hochhielt und unverfälscht, aber entsprechend den besonderen Bedingungen des Landes, in die Praxis umsetzte.

Weil das albanische Volk über eine solche Führung verfügte, die nur die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes verteidigte und die Schneide des Klassenkampfs stets scharf hielt, ist das



Die Partei wird gegründet (Ölgemälde)

albanische Volk in diesen 35 Jahren stets siegreich hervorgegangen, hat es Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus errungen.

Das albanische Volk hat es niemals mehr zugelassen, daß ihm die einmal gewonnene revolutionäre Führung wieder entrissen wurde. Mutig beschritt es im Verlauf von 3 Jahrzehnten den Weg des Sozialismus und Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der ununterbrochenen Revolutionierung des gesamten Lebens, und führte den scharfen Klassenkampf gegen alle inneren und äußeren Feinde weiter. Als die jugoslawischen Tito-Revisionisten Albanien auf kaltem Weg zu annektieren suchten und ihre Agenten in die PAA einschleusten, erlitten sie auf dem 1. Parteitag der PAA eine vernichtende Niederlage. Als die Chrustschow-Revisionisten in der Sowjetunion die Macht übernahmen und es in eine faschistische, sozialimperialistische Supermacht zu verwandeln begannen, führte die PAA getreu ihrer internationalistischen Pflicht gegenüber

Albaniens: das Hirn unseres Volkes!"

der kommunistischen Weltbewegung und den Völkern einen entschlossenen Kampf zur Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Als die Sowjetrevisionisten Albanien in einen Zitronengarten und ein Touristenzentrum für die neue Bourgeoisie der SU verwandeln und mit Erpressungen das albanische Volk vom selbständigen sozialistischen Aufbau abbringen wollten, antwortete Enver Hoxha für das ganze albanische Volk:

"Das albanische Volk und seine Partei werden, wenn es nötig ist, auch Gras essen, aber sie werden sich niemals um 30 Silberlinge verkaufen; sie ziehen es vor, aufrecht und ehrenvoll zu sterben als in Schmach und als Sklaven zu leben!" Daraufhin stellte die SU alle Hilfe ein, annullierte alle Verträge und Kredite, zog alle Techniker ab und ließ angefangene Projekte liegen. Das albanische Volk ließ sich nicht in die Knie zwingen. Im Vertrauen auf die eigene Kraft baute es selbständig den Sozialismus auf, wobei ihm die VR China eine brüderliche, bedingungslose Hilfe gewährte.

„Heute rückt das Ziel, Albanien in ein Industrie-Agrarland zu verwandeln, täglich näher"

Heute ist Albanien ein sozialistisches Land mit fortgeschrittener Industrie und Landwirtschaft. Die Industrieproduktion des Jahres 1938 wird heute bereits in 4 Tagen erreicht! Während des letzten 5-Jahresplans stieg das Nationaleinkommen in Albanien um 38 %, die Industrieproduktion um 52 %, die Landwirtschaftliche Produktion um 33 %, das Realeinkommen um 14,5 %. Diese Zuwachsraten liegen 2 - 3 mal so hoch wie der Bevölkerungszuwachs! Demgegenüber wurde in den wichtigsten Ländern des kapitalistischen Westens 1971 - 73 nur ein viel geringerer Zuwachs des Nationalprodukts erreicht und gab es 74/75 überhaupt nur Stillstand oder Rückgang. Auch gegenüber der SU lag die Zuwachsrate Albaniens um 35 % höher.

"Heute stellen wir voller Befriedigung fest, daß die rasche Industrialisierung, das von der Partei gesteckte Ziel, Albanien aus einem Agrar-Industrieland in ein Industrie-Agrarland zu verwandeln, täglich näher rückt", sagte Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, der von 1. - 7.11. in Tirana tagte. "Mit den goldenen Händen, dem beharrlichen Willen und der Begabung der Arbeiter begann das grosse Hüttenkombinat von Elbasan den ersten Stahl in der Geschichte Albaniens abzugiessen, die Erdölraffinerie in Ballsh wird demnächst den Betrieb aufnehmen ... Das Wasserkraftwerk am Drin bei Fierza wird wie viele andere Werke ebenfalls bald vollendet sein.."

"Auf den Ruf der Partei hin haben die Genossenschaftsbauern und die Werktätigen der Staatsfarmen mit flammendem Patriotismus, unermüdlicher Arbeit und unerschütterlichem Vertrauen in die eigenen Kräfte dieses Jahr zum ersten Mal den gesamten Brotbedarf des Landes gedeckt."

Die sozialistische Großproduktion auf dem Land hat große Erfolge ermöglicht bei der Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, bei der Neugewinnung und Kultivierung von früher brachliegendem Land, dem Bau von Bewässerungsanlagen in großem Maßstab etc. Die Dörfer haben heute ausnahmslos den Weg des Sozialismus beschritten; die Entwicklungsunterschiede in Stadt und Land wurden weitgehend beseitigt. Seit 1970 ist das ganze Land bis in die höchsten Gebirgsregionen vollständig elektrifiziert, was am ganzen übrigen Balkan noch nicht abgeschlossen ist.

Der neue 5-Jahr-Plan, der am 7. Parteitag gebilligt wurde, wird die Wirtschaft und Kultur im gleichen raschen Tempo weiterentwickeln, wie in den letzten Jahren, trotz der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern und der anhaltenden Blockade durch die Imperialisten und Revisionisten. 1975 - 1980 soll das Nationaleinkommen um weitere 40 % steigen, die Industrieproduktion um 41 - 44 %, die landwirtschaftliche Produktion um 38 %. 1980 wird die Industrieproduktion bereits 65 % der Gesamtproduktion ausmachen. 96 % aller benötigten Konsumgüter werden im Land selbst hergestellt werden. Die Produktion von Brotgetreide wird um weitere 60 % steigen. Das Reallohneinkommen wird um 11 - 14 % steigen; am Land 3 mal so schnell wie in der Stadt. Beachtlich verbessert werden sich auch die Wohnverhältnisse, ärztliche Betreuung, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

„Was diePartei sagt, tut das Volk. Die Partei tut, was das Volk will."

Die Planerstellung - wie die gesamte Leitung und Kontrolle der Produktion - ist in Albanien das Werk der Massen selbst. Die PAA hat die Direktiven für den neuen Plan durch offene Beratungen mit dem Volk erstellt. 160.000 Werktätige nahmen an dieser Volksaussprache teil und machten 45.000 Vorschläge, wovon 30.000 gebilligt wurden. Die Massen entwickelten dabei eine große Schöpferkraft, um neue Ressourcen zu entdecken, die Produktionskennziffern zu erhöhen, die Fristen zu verkürzen, die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken. Zahlreiche Arbeitsbrigaden übernahmen Verpflichtungen, schon 77/78 die für 79/80 gesteckten Aufgaben zu erfüllen.

INDUSTRIELLE GESAMTPRODUKTION 1975
100% 104%
1974 1975

PRODUKTION VON BROTGETREIDE 1975
100% 106%
1974 1975

INDUSTRIELLE GESAMTPRODUKTION 1976
100% 104.5%
1975 1976

LANDWIRTSCHAFTLICHE GESAMTPRODUKTION 1976
100% 115%
1975 1976

Eine ähnlich umfangreiche Volksaussprache wurde Anfang des Jahres über den "Entwurf der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien" durchgeführt, in der die vom albanischen Volk in den 35 Jahren unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens erzielten Erfolge und Erfahrungen klar zum Ausdruck kommen.

"Dieses wichtige Dokument", sagte Enver Hoxha am 7. Parteitag, "verankert auch, indem es die Linie und Erfahrung unserer Partei bei der Fortführung der sozialistischen Revolution zusammenfaßt, die juristischen, politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Bestimmungen, um dem Revisionismus und der Wiederherstellung des Kapitalismus den Weg zu verlegen. Sie verkündet und verankert die Natur unseres Staates als Diktatur des Proletariats an der Macht, sie verkündet und verankert die unteilbare und führende Rolle der Partei in Staat und in der gesamten Gesellschaft. Sie verkündet und verankert den Klassenkampf als hauptsächliche Triebkraft unserer gesamten Gesellschaft".

In Albanien ist das Recht auf Arbeit und Rente jedem Bürger garantiert. Die Frau ist dem Mann gleichgestellt und zu einer aktiven Kraft beim sozialistischen Aufbau geworden. Die ärztliche Versorgung, sowie die obligatorische Ausbildung sind kostenlos. Die Mieten sind die niedrigsten in ganz Europa und betragen nur 2 - 3 % vom Monatslohn. Die Steuern wurden schon vor Jahren schrittweise abgeschafft. Die Unterschiede zwischen dem höchsten und niedrigsten Lohn werden schrittweise verringert. Gegenwärtig beträgt der Unterschied zwischen dem Gehalt eines Ministers und einem Portier weniger als 1:3.

Das Erziehungswesen nahm eine beispiellose Entwicklung gegenüber der alten bürgerlichen Schule, v.a. durch die Revolutionierung seines Inhalts, sowie die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit und physischer und militärischer Ausbildung. Die sozialistische Kunst und Kultur nahm einen großen Aufschwung in Stadt und Land und gab den fortschrittlichen nationalen Traditionen einen neuen Inhalt. Dem religiösen Obskurantismus wurde jede Basis entzogen. Die größten Erfolge der VR Albanien liegen in der Heranbildung neuer Menschen, die vom revolutionären, marxistisch-leninistischen Geist tief durchdrungen sind, und sich unermüdlich und freudig für den Aufbau

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 25

35 Jahre PAA

des Kommunismus einsetzen, dort, wo das Vaterland es braucht. So baut die albanische Jugend in freiwilliger, unbezahlter Arbeit das albanische Eisenbahnnetz auf, gewinnt Neuland, legt Terassen für Olivenpflanzungen an. Viele Jugendliche gehen heute für 1, 2 Jahre oder für immer aufs Land, um das sozialistische Dorf zu entwickeln.

Die PAA führt einen beständigen Kampf, um das Volk gegen den Bürokratismus und Liberalismus zu mobilisieren, und aktiv zum Regieren heranzuführen, die Verwaltungsapparate zu verkleinern, die unmittelbare Arbeiter- und Bauernkontrolle zu vervollkommnen, die Beziehungen zwischen den Kadern und Massen eng zu gestalten. Sie führt einen scharfen Kampf gegen den allseitigen Druck der feindlichen imperialistisch-revisionistischen Einkreisung, v.a. gegen ihre wilde ideologische Aggression.

"Die 35 Jahre revolutionärer Tätigkeit der Partei" sagte Genosse Hoxha am 7. Parteitag, "sind Jahre heroischer Anstrengungen und Schlachten an der Spitze der Arbeiterklasse und des albanischen Volkes, um das Vaterland zu befreien und die Revolution zum Sieg zu führen, Albanien aus Armut und Trümmern herauszuholen, um dieses so inhaltsreiche, gerechte und glückliche Leben aufzubauen, das wir heute geniessen. Das ist eine Zeit der siegreichen Kämpfe gegen zahlreiche innere und äußere Feinde, gegen die US-Imperialisten und die modernen Revisionisten, mit den sowjetischen an der Spitze, eine Zeit von Kämpfen, um unser Recht auf ein stets freies und unabhängiges Leben zu verteidigen, um den Weg des wahren Sozialismus und Kommunismus zu verteidigen".

Die Genossen, die heuer im Sommer die VR Albanien besuchten, erlebten auf Schritt und Tritt die fieberhaften Anstrengungen, die revolutionäre Begeisterung, mit der das albanische Volk das große Fest des 8. November vorbereitete, den Tag des 35. Jahrestags der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens. Überall, auf Baustellen, in Fabriken, Feldern und Schulen ergriffen die Massen revolutionäre Initiativen, um dieses Volksfest mit größtmöglichen Erfolgen auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus zu begehen.

Das albanische Volk ist stolz auf seine Partei: "Was die Partei sagt, tut das Volk. Die Partei tut, was das Volk will. Sie ist das Herz und das Hirn unseres Volkes."(Hoxha)

Diese unverbrüchliche Einheit mit der Partei ist die Gewähr für neue Siege auf dem Weg des vollständigen Aufbaus des Sozialismus.

"Das sozialistische Albanien", sagte Genosse Enver Hoxha am 7. Parteitag, liefert ein großes Beispiel, das zeigt, daß die Entstehung des Revisionismus und die Rückentwicklung zum Kapitalismus kein Verhängnis ist, wie die bürgerlichen Ideologen die Sache hinzustellen versuchen. Es zeugt von der Lebenskraft des Sozialismus, der unverbrüchlichen Stärke der Ideen des Marxismus-Leninismus, die, konsequent angewandt - die Sache der Revolution und der Diktatur des Proletariats sicher vorantreiben."..

"In dieser Periode schwerer Krisen, die die kapitalistische-revisionistische Welt erfaßt haben, sind die Kraft und Beständigkeit des sozialistischen Albanien, unsere politische und wirtschaftliche Stabilität ein Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus, ein Beweis, wie klug die marxistisch-leninistische Linie der Partei, wie richtig das Prinzip ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen!"

Das ganze albanische Volk ist bewaffnet und bestens gerüstet, um jeden Feind zu vernichten, der es wagen sollte, seine Unabhängigkeit zu verletzen oder seine revolutionäre Führung zu unterhöhlen. Das revolutionäre Weltproletariat, die freiheitsliebenden Völker und alle fortschrittlichen Kräfte stehn fest an seiner Seite!

W. G.

ES LEBE DIE RUHMREICHE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS!
ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM ÖSTERREICHISCHEN UND DEM ALBANISCHEN VOLK!

Thailand: Die Militärdiktatur wird den Volkskrieg nicht aufhalten können

Nur kurze Zeit nach dem Militärputsch in Thailand rief die marxistisch-lenistische KP Thailands dazu auf, den bewaffneten Kampf auf dem Land und den Kampf in den Städten zu verbinden, um das Land von der reaktionären Kompradorenbourgeoisie und dem US-Imperialismus zu befreien.Diese hatten den Militärputsch angezettelt, um dem anwachsenden Volkswiderstand Herr zu werden. Dementsprechend lag das Hauptgewicht der Regierungserklärung auch auf der "Verstärkung der Verteidigung" und dem Kampf gegen den Kommunismus; wobei mit der"Verteidigung" der zuständige Minister wiederum nichts anderes im Sinn hat, als "in den kommenden 4 Jahren das Land von kommunistischen Elementen zu reinigen" Um die Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie und ihrer imperialistischen Hintermänner zu halten, und Thailand in eine Festung der Imperialisten und der Reaktionin Indochina zu verwandeln, verschärft die Diktatur die Unterdrückung und den Krieg gegen das Volk. Ungeniert erklärte der neue Ministerpräsident, in wessen Dienst er handelt: "Das erste wird die Wiederherstellung guter Beziehungen zu den USA sein"(Nach: Neue Zürcher Zeitung,23.10.76) Immerhin kontrollieren die USA den Eisen- und Goldbergbau, die Gummiproduktion, Banken und Versicherungen, Luftfahrt und Teile der Leichtindustrie, das Fernmeldewesen. Sie haben sich die Bohrrechte auf die zu erwartenden großen Ölvorkommen gesichert 1967 betrug das in Thailand investierte US-Kapital 100 Millionen Dollar oder zwei Drittel allen ausländischen Kapitals. **Die Pläne der Imperialisten und ihrer Lakaien aber werden nicht aufgehen. In den letzten Jahren hat der bewaffnete Volkskrieg große Fortschritte gemacht, und es gibt befreite Gebiete,die die Regierungstruppen nicht bezwingen können. Schon 1964 hat die KP Thailands das Ziel des Kampfes festgelegt: "Entschlossen den Volkskrieg durchführen, um den US-Imperialismus aus Thailand zu vertreiben und die faschistische diktatorische und verräterische Thanom-Clique zu stürzen, die das Volk und das Land runiniert. Eine Volksregierung einrichten, die sich aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Bauern,des Kleinbürgertums, der Nationalen Bourgeoisie und der patriotischen und demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzt, und die ernsthaft eine Politk der Unabhängigkeit und Demokratie durchführt." (Zehnpunkteprogramm der Kommunistischen Partei Thailands)**

Heute bestehen im Nordosten und Süden des Landes befreite Gebiete, in die sich kein Regierungssoldat wagt. Die Regierung selber gibt zu, daß über mindestens 350 Dörfer die Volksbefreiungskräfte die Kontrolle haben. Die Einkreisungs- und Vernichtungsaktionen der Regierungstruppen schlagen fehl. So berichtet Radio Tirana am 2. September nach einem Kommuniqué des Senders "Stimme des thailändischen Volkes":

"Die Volksstreitkräfte setzen beharrlich den Volkskrieg fort, und erringen einen Sieg nach dem anderen. In den elf Monaten bis Ende Juli machten sie 2 097 Regierungssoldaten kampfunfähig. Erbeuteten 436 Waffen verschiedener Waffengattungen und 21 Funkgeräte, schossen sie 39 Flugzeuge und Hubschrauber ab und zerstörten 56 Fahrzeuge.(...) Die Siege der Streitkräfte des thailändischen Volkes werden bestimmt in Zukunft noch größer sein. Seit zwölf Jahren führen sie beherzt und tapfer den Kampf und halten nicht nur den Truppen der einheimischen Reaktion stand, sondern auch den US-Aggressionstruppen. Sie haben ihre Reihen erweitert und ihre Aktionsgebiete vergrößert. Das sind Siege, die eine feste Grundlage für neue Erfolge und den endgültigen Sieg bilden."

Volksrepublik China:
Die Massen verurteilen die Verbrechen der parteifeindlichen „Vierer-Clique"

In ganz China feiern die Volksmassen die Wahl des Genossen Hua Gou-feng zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der KP Chinas, und gleichzeitig feiern sie den Sieg über die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang-Tjing und Yao Wen-yüan, die das Zentralkomitee der Partei spalten und die Macht in Partei und Staat an sich reißen wollten.

Am 8.1o. hatte das Zentralkomitee der KP Chinas den Beschluß über den Bau einer Gedenkhalle für den großen Führer und Lehrer Vorsitzenden Mao Tsetung und den Beschluß über die Herausgabe der "Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" und die Vorbereitungsarbeiten für die Herausgabe des "Gesamtwerkes Mao Tsetungs" gefaßt. Mit beiden Beschlüssen brachte das ZK der KP Chinas zum Ausdruck, daß es die von Mao vorgezeichnete sozialistische und kommunistische Richtung fortsetzen und weiterhin die Diktatur des Proletariats in China festigen wird.

Seitdem ist die Bewegung unter den chinesischen Massen zur Unterstützung dieser Beschlüsse und zur Unterstützung des von Genossen Hua Gou-feng geführten Zentralkomitees der Partei ständig gewachsen und schrittweise werden in dieser Bewegung die konkreten Inhalte der Auseinandersetzung zwischen der Wang-Dschang-Djiang-Yao-Gruppe und der Mehrheit des Zentralkomitees offengelegt. Diese Auseinandersetzung besteht nicht erst seit dem Tode des Vorsitzenden Mao, sondern hat schon zu dessen Lebzeiten begonnen und wurde auch bereits vor seinem Tode in der Partei geführt.

Mehrmals hatte Mao selbst das Spaltertum, den Karrierismus und das Machtstreben der Vier kritisiert und diese zurecht gewiesen, dieses parteischädigende Verhalten einzustellen. Aber unverbesserlich benutzten die Vier die Krankheit Maos und seinen Tod als Gelegenheit und versuchten, die höchste Partei- und Staatsführung an sich zu reißen. In dieser Situation haben sich Wang, Dschang, Djiang und Yao als offen parteifeindliche und konterrevolutionäre Clique erwiesen, mußten bloßgestellt und zerschlagen werden. Der Genosse Wu Dö sagte am Pekinger Tiänanmen-Platz, wo mehr als 1 Million Menschen die Ernennung Hua Guo-fengs zum Parteivorsitzenden und den Sieg über die Verschwörerclique der Vier feierten, in seiner Rede: "Wir sahen uns der realen Gefahr gegenüber, daß unsere Partei revisionistisch entarten und unser Staat die Farbe wechseln könnte. Unsere Partei befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem Moment ernster Schwierigkeit. In diesem Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Klassen, zwei Wegen und zwei Linien hat sich unsere Partei siegreich erhoben, hat sich das Proletariat siegreich erhoben und hat sich das Volk siegreich erhoben!" (Hsinhua, 25.1o.)

Die Siegesfeiern in Shanghai

Den Volksmassen in China waren die Auseinandersetzungen im Politbüro und im Zentralkomitee der Partei hinsichtlich der Vier schon lange bekannt. Dementsprechend war es für sie auch nicht überraschend, als sie am 7.1o. erfuhren, daß die Viererclique unter Hausarrest gestellt wurde. Intensiv werden seitem die aufklärenden Dokumente der Parteiführung, die in Fabriken Volkskommunen, Schulen und anderen Arbeitsstellen öffentlich verlesen werden, diskutiert.

Über die Stimmung unter den Massen nach dem Sturz der parteifeindlichen Vierer-Clique gibt folgender Bericht von V. W., derzeit Shanghai, Aufschluß:

In den nächsten Tagen gab es laufend Versammlungen in allen Einheiten, wo die Verbrechen und falschen Haltungen der "Vierer-Clique" ausführlicher besprochen wurden. Die Demonstrationszüge nahmen an Stärke und Aufwand zu, in der Stadt war die Stimmung erregt und Massen von Menschen standen überall vor den Wandzeitungen, um den Inhalt zu studieren.

Die Wandzeitungen und Illustrationen stellten Wang Hung-wen einerseits beim Fischen und Jagen dar (Sportarten, die das chinesische Volk nicht kennt und als bourgeois ansieht), andererseits mit Pistolen, bereit alle die ihm im Weg stehen abzuschießen. Ihm wird Rücksichtslosigkeit und Karrierismus vorgeworfen, er habe immer nur Kritik geübt, um sich selbst hochzuspielen. Er habe das Geld des Volkes bei Saufgelagen im Shanghaier "Friedenshotel" vertan und vor den Verlokkungen des Kapitalismus kapituliert. (Die Wände des "Friedenshotels" wurden mit Wandzeitungen behängt, worin die Leitung des Hotels deswegen kritisiert wurde). Den "neuen Adeligen der Arbeiterklasse", so bezeichneten Wang viele Wandzeitungen. Manche zeigen auch Djiang-Tjin und Dschang Tschun-tjiao in einer "Rad-Rikscha". Die mit Hingabe und Haß angefertigten Zeichnungen zeigen, daß diese Gruppe von der Shanghaier Arbeiterschaft zutiefst verachtet wird. Die Vier sind die typischen Vertreter der Bourgeoisie in der Partei, das ist die Meinung der Massen.



Freudig begrüßt die Shanghaier Bevölkerung am 22. Oktober die Wahl von Genossen Hua Guo-feng zum neuen Vorsitzenden der KP Chinas

Am Sonntag, den 24.Oktober selbst zog ein nicht enden wollender Zug von Menschen durch Shanghai. Kinder, Arbeiter, Marine, Volksbefreiungsarmee, Minderheiten: rote Fahnen schwenkend, Trommeln schlagend, kleine Raketen abschießend. Ab 14 Uhr wurde der Verkehr in der Stadt gestoppt, es gab keine Autos mehr, nur mehr die Menschenmassen auf den Straßen. Zum Teil hatten sich die Leute auf kleine Stühle vor die Häuser gesetzt, um den Ansprachen, die über Lautsprecher in den letzten Winkel der Stadt drangen, zu lauschen. Während der Ansprache Wu Dö's war es ganz still, die Menschen sprachen kaum miteinander. Die Atmosphäre, die Stimmung war so ausgesprochen lustig und heiter, gegenüber uns Ausländern waren die Leute nett wie noch nie. Sie winkten von den Fenstern herunter und alle strahlten. "Unser großer Sieg" war in aller Munde. Überall und immer wieder wurden "Die Internationale" und "Der Osten ist rot" gesungen. Die Menschen trugen große Bilder von Mao Tsetung und Hua Guofeng, am Abend wurden alle Lichter der Stadt angezündet - es war ein Fest, wie ich es bis jetzt in China nicht erlebt habe.

Mao: „Bildet keine Fraktionen von vier Leuten; wer das macht, wird straucheln"

Bereits im Juli und Dezember 1974 kritisierte Mao das cliquenhafte Auftreten der Vier in der Partei. Ende 1974, als die führenden Organe der Parteizentrale den IV. Nationalen Volkskongreß vorbereiteten, sagte Mao Tsetung: "Djiang Tjing hat wilde Ambitionen. Sie will, daß Wang Hung-wen Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und sie selbst Vorsitzender des Zentralkomitees der Partei wird." Bei einem Treffen des Politbüros am 3. Mai 1975 warnte Mao die Vier, indem er die drei Grundprinzipien hervorhob: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen. Ihr sollt keine Viererbande bilden, laßt das sein; warum macht ihr in dieser Weise weiter?" (Peking Rundschau 44/76) Am selben Tag erteilte Mao hinsichtlich des Problems der Viererclique die Weisung: "Wenn es nicht in der ersten Hälfte dieses Jahres gelöst wird, dann eben in der zweiten Hälfte; wenn nicht in diesem Jahr, dann im nächsten Jahr; wenn nicht nächstes, so im Jahr darauf." Gegenüber jeder Kritik und Erziehung trieben die Vier ein konterrevolutionäres Doppelspiel: Zustimmung in der Öffentlichkeit, insgeheim aber Opposition. Da die Clique bedeutende Hebel des Propagandaapparates in der Hand hatte, so die wichtigsten Zeitungen und den Rundfunk, konnten sie auf diese Weise viel Verwirrung und Unruhe stiften.

Im Einzelnen äußerte sich das parteifeindliche Auftreten der Vier in ihrem andauernden Spaltertum und ihrem Widerstand gegen die Einheit innerhalb des Zentralkomitees. Mehrmals veröffentlichten sie Beschlüsse und Stellungnahmen und unterzeichneten sie mit ihrem eigenen Namen; eine Praxis, die in dieser Form sogar Mao Tsetung als Parteivorsitzender nicht betrieb. Bestimmte Streitpunkte brachten sie

Fortsetzung nächste Seite

China Die Massen verurteilen die Verbrechen der parteifeindlichen „Vierer-Clique"

Fortsetzung von Seite 27

nicht im Politbüro vor sondern trugen sie allem dem Vorsitzenden Mao vor, wie z.B. eine Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Tschu En-lai. Die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius wollten sie nutzen, um Tschu zum modernen Konfuzius zu erklären, selbst dessen Posten zu besetzen und damit den Vorsitzenden Mao zu isolieren. In der selben Art setzten sie die Bewegung gegen den Wind von rechts, gegen Deng Hsiao-ping dazu ein, um eine Reihe von Partei- und Staatskadern zu diskreditieren und selbst die eigenen Leute in deren Stellungen zu hieven.

Ultrarechte Reaktionäre getarnt als „Linke"

In Worten traten die Vier als sogenannte Linke auf, propagierten die Einschränkung des bürgerlichen Rechtes und verurteilten die materiellen Anreize. Jedoch in der Praxis tauchten sie plötzlich mit dem Vorhaben auf, die Löhne der Arbeiter von Shanghai, und nur von Shanghai, zu erhöhen. Mit diesem Vorhaben, das einem Beschluß des Zentralkomitees, die bestehenden Lohnungleichheiten nicht zu vergrößern, widerspricht, wollten sie Shanghai zu einer ihrer Bastionen machen, indem sie die Arbeiterklasse dieser Stadt für sich kaufen (nach einem Bericht aus Peking von U.K., Korrespondent der "Kommunistischen Volkszeitig"). Tatsächlich ist das eine Politik des materiellen Anreizes, eine ultrarechte Abweichung, die Politik der Bourgeoisie zur Unterhöhlung der Diktatur des Proletariats und zur Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse. Eine Million Menschen der Armee und des Volkes von Shangahi bezeichneten am 24.1o. in einer Massenkundgebung die parteifeindliche Clique der Vier als die "wütendsten Feinde der ganzen Partei, der ganzen Armee und aller Nationalitäten des ganzen Landes und auch (als) die wütendsten Feinde des Volkes von Shanghai". "Sie sind durch und durch konterrevolutionäre Revisionisten, typische Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Partei, die das Blut aus den Arbeitern saugen, und unverbesserliche Wegbereiter des Kapitalismus, die noch immer den kapitalistischen Weg gehen." (Hsinhau, 26.1o.)

Schon vor einiger Zeit kritisierte der Chefredakteur der Pekinger Volkszeitung An Kang die westliche Presse, die beharrlich die Viererbande stets als "Ultralinke" darstelle; "in Wahrheit handle es sich um ultrarechte Reaktionäre". (Neue Züricher Zeitung, 29.1o.)

Die parteifeindliche Haltung der Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique konzentriert sich in ihrem beständigen Zuwiderhandeln gegen die von Mao ausgegebenen Richtlinien gegen die Klassenfeinde innerhalb und außerhalb der Partei: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen." In einem gemeinsamen Leitartikel der "Pekinger Volkszeitung", der "Roten Fahne" und der "Befreiungsarmee" heißt es über diese drei Grundprinzipien:



Kader und Arbeiter diskutieren Dokumente der Parteiführung über die Auseinandersetzungen mit der parteifeindlichen Wang-Tschang-Tschiang-Yao-Clique.

Diese Grundprinzipien sind unser Kriterium zur Unterscheidung der richtigen von der falschen Linie, eine scharfe Waffe, mit der wir die Bourgeoisie in der Partei aufdecken können. Die gesamte Geschichte unserer Partei zeigt, daß unsere Partei nur durch die Befolgung dieser drei Grundprinzipien im Gleichschritt marschieren, bei den Volksmassen uneingeschränkte Unterstützung finden, und ein mächtiges revolutionäres Kontingent organisieren kann, und daß nur so unsere revolutionäre Sache blühend gedeihen kann. Wer den drei Grundprinzipien zuwiderhandelt, der verrät die Sache der proletarischen Revolution und die Grundinteressen der Partei und des Volkes, wer immer dies tut, wird notwendiger weise das Vertrauen der Massen verlieren, scheitern und sich mit Schmach und Schande bedecken. Zehnmal schon haben die Anführer opportunistischer Linien in der Vergangenheit die Partei zu spalten versucht, aber alle sind sie gescheitert. Auch die jetzige parteifeindliche Wang-Dschang-Djiang-Yao-"Viererbande" hat ein klägliches Ende genommen, weil sie Revisionismus praktizierte, Spaltertätigkeit betrieb, sich mit Verschwörungen und Ränken befaßte, die Partei und Staatsführung an sich zu reißen versuchte, und daher das Vertrauen der Massen völlig verlor und in äußerste Isolierung geriet. Die historischen Erfahrungen haben wiederholt gezeigt, daß es keineswegs leicht ist, unsere Partei zugrundezurichten. Unsere Partei hat sich dessen würdig erwiesen, eine vom Vorsitzenden Mao persönlich gegründete, gestählte und erzogene Partei, eine politisch gereifte, marxistisch-leninistische Partei, eine große, ruhmreiche und korrekte Partei genannt zu werden. (aus Peking Rundschau 44/76)

Aus der Rede des Genossen Wu Dö auf der Massenkundgebung in Peking

Auf der Massenkundgebung am 24.1o. in Peking hielt der Genosse Wu Dö, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Revolutionskomitees der Stadt Peking, die Rede. Er hob unter anderem die Bedeutung des Sieges über die Viererbande und die Schlußfolgerungen für die revolutionären Volksmassen Chinas mit folgenden Worten hervor: *"Der Sieg im Kampf gegen die parteifeindliche Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique ist ein gewaltiger Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution, ein großer Sieg der Maotsetungideen. Dafür, daß wir an der vom Vorsitzenden Mao festgelegten grundlegenden Linie und Politik unserer Partei für die Geschichtsperiode des Sozialismus festhalten, die Sache der proletarischen Revolution zu Ende führen, den Revisionismus bekämpfen und verhüten, die Diktatur des Proletariats in unserem Lande konsolidieren, eine Restauration des Kapitalismus verhüten, weiter den Sozialismus aufbauen, an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festhalten, konsequent die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die auswärtigen Angelegenheiten durchführen, uns mit dem Weltproletariat und den revolutionären Völkern aller Länder, vor allem mit den Völkern der Dritten Welt, zusammenschließen und gemeinsam gegen Imperialismus, Revisionismus und die Reaktion, insbesondere gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA kämpfen, ist der Sieg in diesem Kampf von großer aktueller und weitreichender historischer Bedeutung.*

Wir müssen uns aufs engste um das ZK der Partei mit dem Vorsitzenden Hua Guo-feng an der Spitze scharen, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao folgen, das große rote Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen hochhalten, an der grundlegenden Linie der Partei und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten und das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und des Vorsitzenden Mao zu einem neuen Aufschwung bringen. Wir müssen die parteifeindliche Clique um Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan gründlich entlarven und kritisieren. Wir müssen die Kritik an Deng Hsiao-ping und den Kampf gegen den auf eine Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts fortsetzen, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und entwickeln, die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten unter Führung der Arbeiterklasse und auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern konsolidieren und entwickeln. Wir müssen den Klassenkampf als Hauptkettenglied betrachten, die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern und die ausgezeichnete Lage weiterentwickeln. Obwohl es auf unserem Weg vorwärts sicher noch Schwierigkeiten geben, und er nicht geradlinig verlaufen wird, sind wir doch fest davon überzeugt, daß wir einer lichten Zukunft entgegengehen. Unter Führung des ZK der Partei mit dem Vorsitzenden Hua Guo-feng an der Spitze werden wir sicher imstande sein, uns mit allen Kräften zu vereinigen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, alle positiven Faktoren zur Geltung zu bringen und die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau in unserem Land noch besser durchzuführen. Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!

Es lebe die große, ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei Chinas!

Hoch der immer siegreiche Marxismus, der immer siegreiche Leninismus, die immer siegreichen Mao-tsetungideen!" (aus Peking Rundschau Nr.44)